

28. Jahrgang

Nr. 3

September 2017

Sozialimpulse

Rundbrief

Dreigliederung des sozialen Organismus

Soziale Sicherung –
Ziele und Leitlinien

Trump: Eine „nachmoderne“
Ideologie und ihre Perspektiven

Soziale Dreigliederung –
Zur aktuellen Situation

Die Ökonomie und
die Anschauung des Geistes

Betrachtungen, Berichte,
Initiativen, Termine, Literatur

Herausgegeben von der
Initiative Netzwerk Dreigliederung

Inhalt

Soziale Sicherung –

Bausteine zu einer Reform III

Ziele und Leitlinien: Arbeit und Einkommen, Ertragsteilung, Geldqualitäten, Sozialausgleich (Christoph Strawe, Harald Spehl) _____ 3

Eine „nachmoderne“ Ideologie und ihre Perspektiven

Trump und die Zukunft des Westens, 3. und letzter Teil (Roland Benedikter) _____ 11

Betrachtungen _____ 29

Dreigliederung des sozialen Organismus – Ein Beitrag zur gegenwärtigen Situation (Karl-Dieter Bodack) _____ 29

Die Ökonomie und die Anschauung des Geistes (Udo Herrmannstorfer) _____ 32

Zur Werktheorie (Helmut Woll) _____ 35

Berichte _____ 36

Solidargemeinschaften im Gesundheitswesen | Mit Schiller und Beethoven für die Volksabstimmung | SEKEM: Nachhaltigkeitsbericht 2016

Zeichen der Zeit _____ 38

Atomwaffenverbot gebilligt, was nun?

Literatur _____ 40

Dietrich Spitta: Der soziale Organismus als Mysterium | Rainer Müller: König Kunde

Initiativen und Termine _____ 42

Seminar für freiheitliche Ordnung | Sektion für Sozialwissenschaften: Seminarreihe „Sozialkunst“ | Tagung „Ökonomie der Brüderlichkeit“ in Dornach | Menschengerechte Wirtschaft (Göppingen) | Henry George – Bodenreform und Staatsfinanzierung (Berlin, Wuppertal)

Netzwerk Dreigliederung – Treffen 2017 in Achberg _____ 45

Werkstätten und Kolloquien des Instituts für soziale Gegenwartsfragen _____ 47

Impressum

Sozialimpulse – Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus. Herausgegeben von der Initiative Netzwerk Dreigliederung, Libanonstr. 3, D-70184 Stuttgart, Tel. +49 (0) 711 – 23 68 950, E-Mail: netzwerk@sozialimpulse.de, Internet: www.sozialimpulse.de. ISSN 18630480. Redaktion und Verwaltung: Prof. Dr. Christoph Strawe. Lektoratsmitarbeit: Katharina Offenborn. Gestaltungskonzept: Marion Ehram. Logo: Paul Pollock. Druck: Ofizin Scheufele, Stuttgart. Es erscheinen vier Hefte pro Jahr. Versand (Abo) auf Bestellung und gegen Kostenbeitrag (Richtsatz für das volle Jahr € 20,-). Zahlungen bitte durch Überweisung auf Treuhandkonto Czesla (IBAN: DE 65 6005 0101 0001 1616 25, BIC/SWIFT-Code: SOLADEST600) oder in bar. Bitte jeweils das Stichwort „Rundbrief“ angeben. Bezieher in DE können uns auch ein SEPA-Lastschriftmandat erteilen (bitte genauen Betrag angeben). Redaktionsschluss jeweils 1. März, 1. Juni, 1. September und 1. Dezember. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. ■

Editorial

Die Daten für dieses Heft der „Sozialimpulse“ werden nur wenige Stunden nach Schließung der Wahllokale bei den deutschen Bundestagswahlen an die Druckerei gesandt. Die ersten Hochrechnungen zeigen, dass trotz Stimmenverlusten der CDU/CSU Angela Merkel Bundeskanzlerin bleiben kann. Rechnerisch ist dabei nur eine weitere „Große Koalition“ mit der SPD oder eine „Jamaika-Koalition“ aus CDU/CSU, Grünen und FDP möglich, jedenfalls solange eine Einbeziehung der in beängstigender Weise zur drittstärksten Partei avancierten AFD ausgeschlossen bleibt. Die schwer gebeutelte SPD hat inzwischen erklärt, dass sie für eine Regierung mit der Union nicht zur Verfügung steht, sodass nur noch Jamaika zu bleiben scheint. Ob eine solche Koalition zustande kommt, ist aber noch keineswegs gesichert, die Koalitionsverhandlungen dürften kompliziert werden.

Mehr denn je haben sich Menschen erst ganz zuletzt entschieden, wem sie die Stimme geben bzw. ob sie überhaupt zur Wahl gehen. Das deutet auf ein Dilemma: Das Gefühl vieler Menschen, dass keine wirklichen, zukunftsfähigen Alternativen zur Verfügung stehen. Es sei ein müder Wahlkampf gewesen, die TV-Debatte zwischen Angela Merkel und Martin Schulz eher Duett als „Duell“, so war von vielen zu hören. Auch wenn man sich gewiss keine Polarisierung im Stil der Schlamm-schlacht bei den US-Präsidentenwahlen wünscht: Der Eindruck der Ununterscheidbarkeit der Inhalte der etablierten Parteien ist fatal für die demokratische Kultur und wird von rechten „Populisten“ ausgenutzt.

Politikverdruss wird auch dadurch befördert, dass es in Deutschland auf Bundesebene kein Abstimmungs-gesetz gibt, wie es eine immer stärker werdende Demokratiebewegung fordert. Ein solches Gesetz würde dem Souverän auch bei Sachentscheidungen das letzte Wort geben. Wer beispielsweise ein bedingungsloses Grundeinkommen politisch durchsetzen möchte, dem steht heute kein geeignetes demokratisches Instrument dafür zur Verfügung. Er kann allenfalls – wie bei diesen Bundestagswahlen – eine Ein-Themen-Partei (Bündnis Grundeinkommen) wählen. Die Angst vor der „verlorenen Stimme“ angesichts der 5%-Hürde verhinderte aber, dass von dieser Möglichkeit mehr Menschen Gebrauch machten. Bei einer Abstimmung zu dieser Sachfrage wäre dagegen wohl mit einer nicht geringeren Zustimmung als bei der Volksabstimmung in der Schweiz zu rechnen gewesen. Dort sprachen sich Mitte letzten Jahres 22 Prozent der Abstimmenden dafür aus. Die Forderung „Wir wollen abstimmen“ bleibt daher in Deutschland auf der Tagesordnung.

Die Stimmung, man könne ja doch wenig machen, ist auch dadurch bedingt, dass Staat und Politik immer noch auf der einen Seite ihre Grenzen überschreiten und Vormundschaft ausüben, es auf der anderen Seite unterlassen, der Ökonomie so Grenzen zu setzen, dass sie selbst mehr und mehr solidarische Formen ausbilden kann. Daher sollten wir die Forderung: „Wir wollen abstimmen“ ergänzen durch die andere: „Wir wollen selbst verantworten, selbst gestalten und selbst verwalten“. ■

Ihr


Soziale Sicherung

Bausteine zu einer Reform III

Christoph Strawe / Harald Spehl

Vorbemerkung

Der folgende Text ist im Zusammenhang mit der Arbeit im Institut für soziale Gegenwartsfragen e.V. Stuttgart am Thema „Soziale Sicherung im Spannungsfeld zwischen Individuum, Gesellschaft und Staat“ entstanden, bei der es um Analysen und Vorschläge zu Grundeinkommen und Sozialsystemen ging. Nachdem eine ursprünglich geplante Buchpublikation nicht zustande kam, entschlossen wir uns, vorhandenes Material in Form von Bausteinen nach und nach in der Zeitschrift „Sozialimpulse“ zu publizieren.

Baustein I erschien in Heft 2/2016. Hier ging es um die Einleitung in die Thematik und um Grundfragen:

- Soziale Sicherheit und die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit
- Gerechtigkeitsfrage und Bewusstseinsentwicklung: Seelisch-geistige Bedingungen sozialer Sicherheit
- Folgen für die soziale Struktur

Baustein II wurde in Heft 3/2016 publiziert. Es ging dabei um Entwicklungsstand und Trends sozialer Sicherheit in Deutschland:

- Neue Entwicklungsbedingungen sozialer Sicherung und ihre Risiken
- Ist-Zustand der sozialen Sicherung in Deutschland
- Finanzierung der sozialen Sicherung in Deutschland heute – Krise der Finanzierung?

In dieser und der nächsten Folge geht es um Ziele und Leitlinien für eine Reform der sozialen Sicherung.

Für die Konzeption zeichnen jeweils beide Autoren verantwortlich, die Formulierungsarbeit wurde geteilt, die Endredaktion besorgte C. Strawe.

Ziele und Leitlinien: 1. Arbeit und Einkommen¹, Ertragsteilung, Geldqualitäten, Sozialausgleich

Bereits in Baustein I hatten wir die historische Entwicklung betrachtet, die zu den heutigen Sozialsicherungssystemen geführt hat. Nachdem in Baustein II der Ist-Zustand behandelt wurde, müssen noch einmal die Fäden von Baustein I wiederaufgenommen werden. Denn bevor einzelne Lösungsschritte betrachtet werden können, muss die Richtung sinnvoller Veränderungen gründlicher herausgearbeitet werden.

Wir haben dargestellt, dass sich in der neueren Zeit der einzelne Mensch immer mehr emanzipierte, während er zuvor in vorgegebene soziale Strukturen eingebunden war. Dieser Prozess der Individualisierung entfaltete zunehmend seine die Gesellschaft verändernde Dynamik, verbunden mit den laufenden Veränderungen der Gesellschaft, die von der Ökonomie ausgingen und -gehen – wodurch die Grenzen der regionalen Selbstversorgung gesprengt wurden im Sinne einer globalen Vernetzung. Die Gewinnung von Rohstoffen und Energie in großem Maßstab und die sich entwickelnde Arbeitsteilung machten die moderne Massenproduktion möglich, die wiederum den Drang zur Erschließung immer neuer Absatzmärkte erzeugte.

„Das moderne Wirtschaftsleben trennt Bedürfnisstrom und Leistungsstrom, die früher in kleinräumigen Verhältnissen zusammengehalten waren. Die Produkte gehen in die Welt, das Einkommen kommt aus der Welt. Wie bringt man unter solchen Bedingungen die beiden Ströme in der richtigen Weise wieder zusammen? Wie bewältigt man die Herauslösung der Menschen aus traditionellen sozialen Bindungen, die doch auch eine Sicherheit gewährten, die nun verloren geht? Die Landflucht in der Zeit der Industrialisierung, die Konzentration der der Arbeit nachziehenden Menschen in den großen Städten, die heute in der Entwicklung der Megastädte der Länder des Südens ihre Fortsetzung findet, hat ihre Ursache gewiss auch im Streben nach der Emanzipation aus der Enge der alten Verhältnisse, führt aber zugleich zu einem Verlust ‚sozialer Hüllen‘.“²

Die moderne Wirtschaft ist durch die Arbeitsteilung geprägt und damit „Fremdversorgungswirtschaft“, beruht also eigentlich darauf, dass die sich emanzipierenden Menschen zugleich lernen, nach dem Anderen und nicht nach dem eigenen Ego zu fragen. Nun spielen aber, wie bereits dargelegt, in unserem sozialen Denken anthropologische Paradigmen eine

¹ Die Ausführungen zu diesem Themenkomplex stützen sich auf eine von C. Strawe vorgenommene Zusammenfassung eines Vortrags von Udo Herrmannstorfer (Das Recht auf Entwicklung: Sozialversicherung und Grundeinkommen – zwei Wege, ein Ziel. In: Die Idee des Grundeinkommens – Anstoß zu einer Revolution der Sozialsysteme und ihrer Finanzierung, Sozialimpulse Heft 3/2006, S. 5-7, auch http://www.sozialimpulse.de/fileadmin/sozialimpulse/pdf/Grundeinkommen_Sozialsysteme.pdf.)

² Ebda, S. 5f.

Rolle, die dem Menschen gerade diese Fähigkeit weitgehend absprechen. Von zentraler Bedeutung ist die Annahme, dass der wirtschaftende Mensch nur aus Eigennutz tätig werde. Sie impliziert, dass seine Mentalität also im Grunde selbstversorgerisch bleibt, der objektive Altruismus der Arbeitsteilung nicht zur subjektiven Gesinnung werden kann. Wer derart denkt, wird an der Existenz eines Kapitalmarkts, auf dem Unternehmen und Unternehmensanteile gekauft und verkauft werden, ebenso wenig Anstoß nehmen wie an der Existenz eines „Arbeitsmarkts“. Im Gegenteil: Nur Märkte bieten nach dieser Auffassung die nötigen „Anreize“, wirtschaftlich tätig zu werden.³ So sind die Unternehmen größtenteils zu verkäuflichen Vermögenswerten geworden, die ausschließlich den Kapitalgebern gehören. Das hat Konsequenzen.

Arbeit als Ware und Kostenfaktor

Unternehmen sind Orte der Leistungserbringung und zugleich der Einkommensentstehung. Sie generieren Einnahmen aus ihren Leistungen, sie haben Ausgaben – für Vorleistungen anderer Unternehmen und anderes mehr. Die Wertschöpfung in Form der Erträge, die erwirtschaftet werden, wären unter anderem unter die Mitarbeitenden als Einkommen aufzuteilen. Dadurch jedoch, dass das Kapital diese Erträge gewissermaßen mit einer nach außen abschließenden Haut umgibt, so dass sie ausschließlich dem Kapital zugerechnet werden, kommt es nicht zu dieser Aufteilung. Die Löhne erscheinen vielmehr als Kosten, als Abzüge vom Ertrag. Die Frage, wie sich Leistungs- und Bedürfnisstrom sozial begegnen sollen und können, kommt damit gar nicht zum Bewusstsein.

So wird der Lohn aus einem Ertragsteil, der es dem Mitarbeiter (überhaupt erst!) ermöglicht, für andere tätig zu sein, zum eigentlichen Motiv des Tätigwerdens: Arbeitsbezahlung tritt an die Stelle von Ertragsteilung.⁴ Damit verliert der Mensch das soziale Motiv seines Tätigseins und wird im Egoismus wie festgebannt. Andererseits sind die Unternehmensleitenden als Kostenverantwortliche gehalten, die Arbeitskosten zu senken. Werden Mitarbeiter entlassen, sinken zwar die betriebswirtschaftlichen Kosten, doch die nun arbeitslosen Menschen verschwinden nicht aus der Gesellschaft. In einer ausschließlich auf Erwerbsarbeit beruhenden Gesellschaft heißt es für sie: Keine Arbeit – kein Lohn, kein Lohn – keine Existenz.

Das ist die Ausgangssituation, mit der sich Arbeiterbewegung und Gewerkschaften auseinanderzusetzen hatten, um die Lage der Arbeitenden zu verbessern. Dabei geriet aber die Frage der Überwindung der Arbeitsbezahlung weitgehend aus dem Blick. Stattdessen richteten sich die Anstrengungen auf ihre Sicherung und Verbesserung. Zwar wurde viel erreicht, dennoch blieb es bloß bei der Milderung

der Auswirkungen eines falschen Systems. Durch Flächentarifverträge usw. versuchte man, die Löhne gegenüber den Marktschwankungen zu stabilisieren und die Einkommen zu steigern, ohne jedoch am System der Lohnarbeit an sich zu rütteln.

Auf der anderen Seite wuchs innerhalb der herrschenden Klassen die Einsicht, dass die Situation völliger sozialer Schutzlosigkeit revolutionären Bestrebungen Vorschub leisten würde. In Deutschland führte daher Bismarck die Sozialversicherung in Form einer Zwangsversicherung ein. Das Arbeits-einkommen teilt sich dadurch nun in einen direkt ausgezahlten Bestandteil und ein Sozialeinkommen, das in Sozialkassen oder Fonds fließt und im Bedarfsfall – also z.B. im Alter, bei Invalidität oder Arbeitslosigkeit – zur Verfügung steht.

Die auf diese Weise entstandenen Sozialsysteme erschienen solange sicher, als sich die Unternehmen der Heranziehung zur Mitfinanzierung von Sozialkosten nicht entziehen konnten. Das ist heute im Zeitalter der Konkurrenz der Standorte und von Industrie 4.0 anders geworden. Nicht nur, dass durch höheren Kapitaleinsatz ermöglichte neue Produktivitätsschübe lebendige Arbeit entbehrlich machen – ein Prozess, der unumkehrbar ist, weil eine Maschine, die mehr Arbeit kostet, als sie ersetzt, ja gar nicht erst gebaut würde –, sondern es gibt auch noch eine weltweite Konkurrenz um die verbleibende Arbeit. Durch die Verschiebung der Machtbalance zugunsten der Unternehmen gelingt es diesen zunehmend, die staatlichen Akteure zum Abbau von Sozialleistungen, Begrenzungen der Sozialversicherungsbeiträge und Aufweichen der paritätischen Finanzierung der Beiträge zu drängen.

Die Ökonomie verliert damit ihre Sozialbindung. Es geht um Renditen als Selbstzweck, nicht mehr um Gewinn als Mittel realer wirtschaftlicher Leistungserstellung. Mit überhöhten Gewinnen müssen die Aktienkurse hochgehalten werden, damit das Unternehmen nicht von Konkurrenten geschluckt werden kann. Selbst wenn man von dem dadurch entstehenden zusätzlichen Druck auf die Arbeitsplätze einmal absieht: Allein die Tatsache, dass wachsende Produktivität die Vollversorgung der Gesellschaft sicherzustellen vermag, macht Vollbeschäftigung zur Illusion. Zwar eröffnen sich hier und da auch neue Arbeitsfelder in der klassischen Erwerbsarbeitsphäre. Insgesamt aber gibt es dort immer weniger zu tun, weil uns die Maschinen und die Digitalisierung immer mehr abnehmen.

Die Tätigkeitsfelder, auf denen ein wachsender Bedarf entsteht, liegen dort, wo Erwerbseinkommen auf die traditionelle Weise nicht bzw. nicht mehr entstehen: In der Nicht-Ökonomie, in neuen Feldern von Bildungs-, Umwelt-, Kultur-, Sozialarbeit usw. Die Reduktion des Arbeitsbegriffs auf die klassische Erwerbsarbeit wird damit unhaltbar. Die Beantwortung der Frage, wie Einkommen in diesen Bereichen überhaupt entstehen sollen, wird unabweisbar. Ebenso muss die Frage, wie Familienarbeit zu ermöglichen sei, neu gestellt werden.

³ Vgl. Baustein I, Sozialimpulse 2/2016, S. 11f.

⁴ Beim Lohnverhältnis handelt es sich rechtlich um eine Metamorphose der Sklavenmiete im römischen Recht. Der Mensch vermietet heute seine Arbeitskraft, wird nicht mehr als ganzer von einem Eigentümer vermietet. Vgl. C. Strawe: Arbeit, Lohn und Preis – Entwicklungslinien in ihrem Verhältnis. In: Sozialimpulse, Heft 1/2008, S. 6.

Die überkommenen Formen, Löhne und Sozialsysteme zu gewährleisten, sind nicht mehr haltbar. Umdenken ist angesagt, eine Revolution der Begriffe erforderlich – und davon ausgehend eine Umgestaltung der Verhältnisse.

Einkommen als Ermöglichungskategorie⁵

Dieses Umdenken dürfte nun gerade nicht haltmachen vor der Kritik der Erwerbsarbeitsphäre selbst. Denn diese schrumpft zwar, verschwindet aber nicht. Diese Form der Arbeit bestimmt immer noch den Lebensalltag von Milliarden Menschen auf der Welt. Ja mehr noch: Arbeit, die nicht unter die Kategorie der klassischen Erwerbsarbeit fällt, etwa weil sie keine unmittelbar marktfähigen Güter und Leistungen hervorbringt, wird nach wie vor wie Erwerbsarbeit behandelt und bezahlt. Künstlich und gewaltsam wird so die Kommodifizierung der Arbeit aufrechterhalten, statt im Gegenteil alle Arbeit, auch die in der bisherigen Erwerbsarbeitsphäre, in ein neues Verhältnis zum Einkommen zu bringen.

Die wünschenswerte Entwicklungsrichtung wurde schon aufgezeigt: Die Koppelung von Arbeit und Einkommen muss durchbrochen werden und Einkommen aus einer Kategorie der Arbeitsbezahlung, d.h. der Abgeltung vergangener Arbeit, zu einer Ermöglichungskategorie für zukünftige Tätigkeit werden. Diese selbst wird dann frei, ist nicht mehr an Erwerbsmotive gefesselt, sondern kann immer mehr aus Motiven des individuell-kreativen Sich-Einbringen-Wollens und des sozial Geben-Wollens erwachsen, beides Qualitäten, deren eine Gesellschaft, die entwicklungsfähig bleiben will, bedarf. „Der Lohn wird zum Produktionskredit [...]“⁶

Eine Voraussetzung dafür ist die Umformung des Eigentums an Unternehmen dahingehend, dass der Anspruch des Kapitals auf den gesamten Ertrag überwunden wird und dieser damit unter den an der Wertschöpfung beteiligten Menschen und der Gesellschaft verteilt werden kann, anstatt als Abzug vom Ertrag und Kostenfaktor behandelt zu werden.

Rudolf Steiner spricht von einem „vertragsgemäßen Teilungsverhältnis in Bezug auf das [...] gemeinsam Geleistete“⁷.

Wenn man sich bewusst macht, dass Einkommen immer einen Teil der Wertschöpfung darstellt – von der Geld wiederum nur ein Stellvertreter ist –, wird man auch das Konzept der Trennung von Arbeit und Einkommen nicht missverstehen können. Es bedeutet nicht, dass beides gar nichts miteinander zu tun habe. Auch hier geht es um die richtige Art der Integration durch Differenzierung: Wie muss Arbeit, damit sie für andere geleistet werden kann, mit Einkommen ausgestattet werden?

Diese Frage stellt sich nicht nur innerhalb der Unternehmen, sondern hat eine gesamtwirtschaftliche Dimension. Was im Unternehmen als Ertrag geteilt werden kann, muss zunächst über den Preis hereinkommen. Die gesamtökonomischen Preisrelationen bestimmen daher über die Einkommensrelationen. Wie die Entscheidung darüber zustande kommt – dialogisch, in Partnerschaftsorganen oder über Marktmechanismen bzw. über Planbehörden – ist daher von größter Bedeutung.

Gesamtgesellschaftliche Ertragsteilung

Die Frage der Aufteilung der Wertschöpfung ist jedoch mit der ökonomischen Ertragsteilung – auf welcher Ebene auch immer – noch nicht erschöpfend behandelt. Denn vom wirtschaftlichen Ertrag müssen alle leben: die Bildungsarbeiter, wie Künstler, Pfarrer, Wissenschaftler und Erfinder, die Staatsbediensteten und auch die Familienarbeit Leistenden. Außerdem sind da die Kinder, die Alten, die Kranken, die Pflegebedürftigen und all die Menschen, die aus anderen Gründen am Leistungsprozess nicht teilnehmen. Bei Letzteren können wir von Sozialeinkommen im engeren Sinn des Wortes sprechen.

So ergibt sich folgende Gesamtaufteilung des wirtschaftlichen Ertrags, die schon bei der Preisbildung zu berücksichtigen wäre:

- Einkommen der Mitarbeiter
- Vorlieferanten
- Abnutzung Maschinen (AfA⁸) und Neuinvestitionen
- Kapitalkosten, Miete etc.
- Anteil Kultur
- Anteil Staat im engeren Sinne (Steuern etc.)
- Anteil soziale Sicherung

Die Wirtschaft ist Teil der Gesellschaft und darf sich ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung nicht entziehen, wenn sie mit der Gemeinschaft nicht zugleich sich selber beschädigen will.

Der Wirtschaft der Gegenwart steht das Know-how der Vergangenheit überwiegend gratis zur Verfügung, d.h. sie lebt von den Früchten der geistigen Kultur dieser Vergangenheit. Und sie zerstört ihre eigene Zukunft, wenn sie nicht durch ein wie auch immer geartetes gesamtgesellschaftliches Vertragsverhältnis einen Teil der Wertschöpfung dem Geistesleben zuspricht in Form eines Anteils, den die Unternehmen

5 Vgl. R. Steiner: Geisteswissenschaft und soziale Frage (1905/06), In: Lucifer-Gnosis 1903-1908. GA 34, Dornach 1960, S. 213f. | Udo Herrmannstorfer: „Das Soziale Hauptgesetz – die Verwandlung des Egoismus“. In ders.: Scheinmarktwirtschaft, a.a.O., S. 120 – 142 | U. Herrmannstorfer, M. Ross, H. Spehl, C. Strawe: Geisteswissenschaft und soziale Frage. Rudolf Steiners Aufsätze 1905/06 – Keim für die Zukunft. In Sozialimpulse, Heft 2/2005, S. 5 – 13.

6 Udo Herrmannstorfer: Scheinmarktwirtschaft. Arbeit, Boden, Kapital und die Globalisierung der Wirtschaft. Praxis Anthroposophie 6. Stuttgart, 3. Aufl. 1997, S. 140

7 Im Kontext heißt es dort: „[...] es ist die Ablösung des Entlohnungsverhältnisses durch das vertragsgemäße Teilungsverhältnis in Bezug auf das von Arbeitsleiter und Arbeiter gemeinsam Geleistete in Verbindung mit der gesamten Einrichtung des sozialen Organismus ins Auge gefasst“. Der von Steiner kursiv gesetzte Satzteil zeigt, dass er nicht nur an innerbetriebliche Teilungsverhältnisse denkt, sondern die gesamtgesellschaftliche Ebene einbezieht. (R. Steiner: Die Kernpunkte der sozialen Frage in den Lebensnotwendigkeiten der Gegenwart und Zukunft, GA 23, Dornach 1976, S. 136.)

8 Absetzung für Abnutzung

von vornherein einzuberechnen hätten. Dies gilt auch für andere Bereiche. Dass Kinder die Zukunft der Gesellschaft sind, ist so selbstverständlich, dass es nicht eigens begründet werden muss.

Die Wirtschaft ist aber auch auf Rechtsfrieden und eine gesellschaftliche Infrastruktur angewiesen, so dass ein Teilen der Wertschöpfung mit dem Staat sich nicht nur aus ihrer Aufgabe, den Menschen zu dienen, sondern auch aus ihrem wohlverstandenen Eigeninteresse heraus ableiten lässt.

Die im Staat organisierte Rechtsgemeinschaft hat die Menschenrechte zur Grundlage, die den Rechtsraum für menschliche Entwicklung schaffen. Zu ihnen gehört das Recht nicht nur auf Existenz, sondern auch auf Teilhabe. Die Menschenrechte sind kein Gnadenakt der Gemeinschaft, sondern kommen dem Menschen unwiderruflich kraft seines Menschseins zu – unabhängig von dem Beitrag, den er selber zur Wertschöpfung leistet.

Da es in der arbeitsteiligen Gesellschaft ohne Einkommen keine Existenz und keine Entwicklung gibt, ergibt sich allein daraus ein Grundrecht auf Einkommen, das den Rahmen für die wirtschaftliche Tätigkeit bildet. Über Höhe und Ausgestaltung dieses Rechts muss die Rechtsgemeinschaft einen Konsens herstellen. Über seine praktische Realisierung entscheidet der Umfang des Verteilbaren, der wiederum abhängig ist von den realen Leistungen, die Menschen kooperativ erbringen. Daraus folgt auch, dass es durchaus sinnvoll ist, zu fordern, dass die Art und Weise der Realisierung dieses Rechts die Wirtschaft nicht unnötig behindern oder gar erdrücken darf.

Geldqualitäten und Schenkgeld⁹

Über den Sozialstaat zu sprechen heißt, über die Finanzierungskrise eines Teils der Non-Profit-Sphäre zu reden. Vieles davon liegt im Bereich der Nicht-Ökonomie. Im Kern ist die Finanzierung dieses Bereichs, wie eben dargestellt, ein Ertragsteilungsvorgang. Um Lösungswege zu finden, müssen wir vor allem die bei der Teilung der Wertschöpfung in Betracht kommenden Geldprozesse verstehen.

Heute z.B. werden die meisten der genannten Felder der Nicht-Ökonomie über Steuern oder Beiträge finanziert. Dass diese Gelder im Grunde genommen eine *Schenkung* darstellen – der Staat bekommt die Steuern ohne Zweckbindung! – wird durch die Tatsache verdeckt, dass keine *freie Schenkung*, sondern eine Art „*Zwangsschenkung*“ stattfindet.

Es gibt eine Fülle von sich teilweise widersprechenden Geldtheorien und Gelddefinitionen. Geld ist aber beweglich, im steten Wandel begriffen und entzieht sich darum starren Festlegungen. Um es zu verstehen, muss man seinen Metamorphosen

⁹ Vgl. zu diesem Absatz: H.Spehl, C. Strawe: Die Rollen des Geldes. In: Erziehungskunst, Stuttgart, Januar 2012 und: <http://www.erziehungskunst.de/artikel/die-rollen-des-geldes/die-rollen-des-geldes/>. S.a. dies.: „Wirtschafts- und Finanzkrise – und kein Ende? – Wie kommt Vernunft in die wirtschaftlichen und sozialen Prozesse?“, Sozialimpulse, Heft 3/Sept. 2009.

folgen und sich klarmachen, welche Aufgaben es erfüllt. Man kann drei Aufgaben unterscheiden: Kaufen, Leihen und Schenken, wobei letztere in der Wirtschaftswissenschaft bisher kaum angemessen behandelt wurde.

1. Kaufgeld

In seiner Rolle als Kaufgeld vermittelt Geld den Tausch der Güter und Leistungen und macht sie miteinander vergleichbar, was erst die Vertiefung der Arbeitsteilung und die mit ihr verbundene Steigerung der Arbeitsproduktivität möglich macht. Die wirtschaftlichen Leistungen werden zwar heute nicht wirklich gerecht verteilt, bilden aber dennoch die objektive Basis, welche die Forderung nach einer Verbesserung der Lebenslage aller Menschen realistisch macht. Es ist wichtig, dass der Prozess von Kaufen und Verkaufen im Fluss bleibt, im richtigen Rhythmus verläuft. Dies gelingt nur, wenn die Preise ökonomisch richtig und sozial gerecht sind. Darauf hinzuwirken, ist die Aufgabe assoziativer Gestaltung, wobei nicht eine absolute Richtigkeit gemeint ist, sondern das immer neue sich Herantasten an den richtigen Ausgleich der Leistungs- und Lebensverhältnisse.¹⁰

2. Leihgeld

Geld, das nicht zum Kaufen, sondern zum Leihen verwendet wird, macht eine Metamorphose durch. Beim Kaufgeld, das heißt in der Tauschwirtschaft, sind Geld und Leistung immer verschränkt: Ich bekomme für das Geld eine Ware. Das Geld ist dadurch immer gedeckt. Beim Leihgeld verändert sich das radikal. Der Unternehmungsgeist, der in die Zukunft ausgreift, bedarf in der Gegenwart des Geldes, das erst in der Zukunft Früchte bringen wird. Es geht also um die Überbrückung eines Zeitabstands: Der Leistungsort ist die Zukunft. Das bringt immer ein Verlustrisiko mit sich und baut auf das „Prinzip Hoffnung“. Die Deckung ist jetzt keine unmittelbare mehr, sondern liegt in den Fähigkeiten des Kreditnehmers. Aus der Tauschwirtschaft entstand so in der neueren Zeit die Fähigkeitenwirtschaft. Das war die historische Stunde der Banken: In Venedig, in Holland, in England entstanden große Bankinstitute, die die Schaffung und Verwaltung von Leihgeld übernahmen. Damit ergaben sich viele neue Fragen: Was wird finanziert, von wem wird es finanziert, wie viel Kredit gibt es, wer trägt das Risiko, bekommt der Geldgeber einen Zins und wenn ja, in welcher Höhe? Der Geldbedarf wurde durch den expandierenden Kapitalismus immens. Das Geld wurde und wird bis heute einerseits aus Sparguthaben generiert, zu einem gewissen Teil kann es aber auch aus

¹⁰ Eine andere Frage, die die Kaufgeldebene betrifft, ist die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe durch Regionalwährungen. Hier versuchen Menschen, Kaufgeld anders zu verwalten als heute üblich. Auch neue Unternehmensformen, wie die Regionalwert AG im Freiburger Raum – bei der eine bestehende Rechtsform gemeinwesenorientiert umgeschmolzen wurde – sind ein wichtiger Ansatz. Interessant sind auch die Erfahrungen des WIR-Rings in der Schweiz, der einen gestaltbaren Verrechnungskreislauf darstellt. Derzeit wird in Geldreformkreisen diskutiert, wieweit die Weiterentwicklung vom Regiogeld zum nationalen Parallelgeld Ländern wie Griechenland Auswege aus ihre Misere öffnen könnte. Vgl. <http://www.eurorettung.org/103.0.html>

der kurzfristigen Liquidität von Unternehmen kommen. Ein wachsender Teil wird aber frei geschöpft.

Beim Leihgeld haben wir es mit einer neuen Qualität der Individualisierung zu tun. Der moderne Mensch bekommt hier Zugang zu den Mitteln, mit denen er Initiative entfalten kann. Es geht um das Wagen, Entdecken, Schaffen von etwas, was einer Vorfinanzierung bedarf. Daher ist der Begriff „Schulden“ hier nur bedingt richtig. Anders als beim Konsumkredit, mit dem Erträge der Zukunft verbraucht werden, kann durch Produktionskredite Zukunft geschaffen werden.¹¹ Der Kern davon ist, unternehmerische Intelligenz für andere in einer arbeitsteiligen Wirtschaft wirksam werden zu lassen. Dass das Profitmotiv diesen Kern heute häufig überlagert und verdirbt, ist überdeutlich. Dies darf uns aber nicht den Blick dafür verstellen, was hier eigentlich an die Oberfläche drängt und werden will.

Für den Mainstream der Wirtschaftswissenschaften ist Geld, so viele widersprüchliche Diskussionen darüber auch geführt werden, im Kern eine Ware, die auf Geldmärkten gehandelt wird. Der Zins ist so betrachtet dann der Preis des Geldes. Diese Auffassungen verdecken die Ertragsteilung, behindern eine sozial gerechte Handhabung des Geldes und fördern die Pathologien des real existierenden Kapitalismus, in dem die Exponentialfunktion des Zinseszinses eine sozialschädliche Umverteilung und karzinomhaftes Wachstum erzeugt. Eine Beteiligung des Geldgebers am realen Mehr des Ertrages ist dagegen etwas anderes. In welchem Ausmaß das sinnvoll ist, ergibt sich aus rechtlichen Überlegungen, nicht aus ökonomischen Zwängen.

3. Schenkgeld

Ohne Schenkung gäbe es keine Entwicklung. Das Heranwachsen der Menschen wäre nicht möglich ohne Schenkungen. Eltern und teilweise die Gesellschaft ermöglichen sie finanziell, ohne Gegenleistung, Rückzahlung, Verzinsung und so weiter zu verlangen. Schenkgeld schafft somit Potenzial, aber keine Rendite.

Schenkgeld entsteht ebenfalls aus der Ertragsteilung. Gewöhnlich denken wir beim Schenken an Almosen, die man geben kann oder auch nicht. Dass Schenkungsgeld eine zentrale Kategorie unserer Ökonomie ist, ist den wenigsten klar. Dabei handelt es sich nicht einfach um individuelles, sondern um gesellschaftliches Schenken. Wenn Bill Gates Milliarden stiftet, ist damit noch keineswegs die Kategorie der „volkswirtschaftlichen Schenkung“ (Rudolf Steiner) abgedeckt. Was Gates oder ähnliche Stifter fördern, resultiert aus ihrer persönlichen Wertschätzung, ganz abgesehen davon, wie die Milliarden generiert wurden. (Persönliche Schenkungen und Stiftungen sind ganz abgesehen davon wichtig und es ist gut, dass der Staat dazu animiert, indem er die steuerliche Absetzbarkeit dafür gewährt.)

Geld für Bildung, Staatstätigkeit, Soziales usw., also die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts von Deutschland, ist kein Kaufgeld. Es wird auch nicht geliehen. Es ist „eigentlich“ Schenkgeld, was nur aus den genannten Gründen nicht so einfach sichtbar ist.

In der Tat wäre es besser, wenn diese Mittel schon bei der Entstehung abgegeben würden und deshalb vorher eine bewusste Verständigung darüber stattgefunden hätte, was es an Schenkgeld in der Gesellschaft braucht. Je mehr Freiwilligkeit im Schenken gelebt wird, im Großen und im Kleinen, umso größer ist das Potenzial der Schenkung. Der heutige Zwangsschenkungsmechanismus geht nur zu oft einher mit einer inhaltlichen Bestimmung des Staates über die finanzierten Gebiete – zum Beispiel im Schul- und Gesundheitswesen – und damit zur Beschneidung kreativer Freiheit, wo es sich eigentlich nur um eine die Freiheit schützende Rechtsaufsicht handeln dürfte.

Zuletzt mache man sich klar: Das Verschenkte ist zwar weg von mir, bleibt aber in der Gesellschaft vorhanden. Die Bezieher von Schenkgeld essen, trinken, wohnen, reisen und so weiter, das heißt sie verwandeln das Schenkgeld zum größten Teil wieder in Kaufgeld. Damit wird zugleich verhindert, dass es sich staut und virtuelle Blasen wirft, die zu Zusammenbrüchen auf den Finanzmärkten führen. Der organische Kreislauf des Geldes schließt sich, der Geldprozess kann gesunden. Deshalb ist es so wichtig, die Kategorie des Schenkgeldes in den Blick zu nehmen und die Schenkung schrittweise aus der staatlichen Umklammerung zu lösen.

Geldqualitäten und Finanzierung des öffentlichen Sektors¹²

Die Frage nach den Geldqualitäten ist nicht nur für die Sozialsysteme, sondern für den gesamten öffentlichen Sektor von großer Bedeutung. Eine differenzierte Behandlung der Finanzierung der Staatstätigkeit ist ohne die Berücksichtigung dieser Frage kaum möglich.

1. Kernaufgaben des Staates, staatliche Verwaltung:

Hier muss offenkundig der Wertschöpfungs- und Einkommensstrom geteilt werden: Ein Teil wird abgezweigt, er finanziert über Steuern die öffentlichen Haushalte. Es handelt sich – soweit damit Aufgaben finanziert werden, die wir selbst demokratisch dem Staat zuerkannt haben – nicht eigentlich um einen Abzug von unserem Einkommen, sondern um dessen Teilung in einen Privateinkommens- und einen Sozial-einkommensanteil. Insoweit entziehen die Steuern dem Leben auch nicht Geld, sondern das Geld bleibt als Kaufkraft von Beamten und Staatsangestellten usw. im Leben. Immer wenn es an Geld für die Verwirklichung wichtiger Aufgaben fehlt, stimmt die Verteilungsquote nicht. Laufende Ausgaben müssen aus laufenden Ein-

11 Das gilt selbstverständlich nicht, wenn Kreditgeld zu zerstörerischen Zwecken wie Waffenproduktion, Drogenhandel etc. verwendet wird.

12 Vgl. zu diesem Abschnitt: Udo Herrmannstorfer: Geldqualitäten und Finanzierung des öffentlichen Sektors (Zusammenfassung C. Strawe). In: Öffentliche Verschuldung – Rettungsanker oder Katastrophe? Sozialimpulse, Heft 3/2010, S. 16-19, auch <http://www.sozialimpulse.de/fileadmin/sozialimpulse/pdf/Staatsverschuldung.pdf>

nahmen finanziert werden. Eine Kreditfinanzierung ist nur bei der Finanzierung von Sachinvestitionen bzw. Infrastruktur sachgerecht. Der politische Wille, der dem Staat Aufgaben setzt, muss zugleich die Bereitschaft beinhalten, auch die Bedingungen dieser Aufgabenerfüllung in finanzieller Hinsicht zu schaffen.

2. Infrastruktur:

Die materielle Infrastruktur eines Gemeinwesens ist ein weiteres Element, das wir zu betrachten haben. Sie steht allen zur Verfügung, kann individuell genutzt werden. Auf öffentlichen Straßen fahren private PKWs. Hier entstehen Bedingungen des Lebens und Arbeitens, die „ordnungspolitischen“ Charakter haben. Wenn es genügend Buslinien im ländlichen Raum gibt, werden dort mehr Menschen hinziehen. Es ist eine politische Entscheidung, welche Infrastruktur unsere Gesellschaft haben will und was in diesem Zusammenhang öffentliche Aufgabe ist und was nicht.

In der Regel wird man Infrastrukturausgaben oder Konjunkturprogramme zur Verbesserung der Infrastruktur nicht über verzinsliche Anleihen finanzieren. Das gilt überall da, wo die Infrastrukturen frei zur Verfügung stehen sollen und wo gerade deshalb keine zurechenbaren Erträge entstehen. So etwas verlangt Belastungsfreiheit. Bisher wurden solche Infrastrukturen überwiegend durch „gesellschaftliche“ Schenkung in Form von Steuern finanziert, also ohne Rückfluss und Verzinsung. Heute besteht die Neigung, alles dem Investitionsbegriff zu unterwerfen. Natürlich gibt es Infrastrukturausgaben, die hart an der Grenze zur Investition liegen. Wie weit dient etwas mehr privaten Interessen – beispielsweise von Spediteuren – als der Allgemeinheit, wo ist deshalb eine Straßenmaut berechtigt? Solche Fragen dürfen nicht tabuisiert werden. Aber es handelt sich um eine politische Entscheidung, was frei sein muss und wo Nutzungsgebühren berechtigt sind. Die Gewährleistung der Versorgung mit öffentlichen Gütern bedeutet nicht, dass der Staat selber der Betreiber aller Einrichtungen sein muss. Parteibuchwirtschaft in kommunalen Versorgungsunternehmen muss ebenso verhindert werden wie die Kommerzialisierung öffentlicher Güter. Entscheidend ist, dass Formen gefunden werden, die verhindern, dass sich private Interessen der Infrastruktur bemächtigen.

Infrastruktureinrichtungen mit Sachkapitalcharakter (analog zu privaten Investitionen) werden nach Einführung der Doppik (doppelten Buchführung) für die öffentlichen Haushalte (Bund, Länder, Kommunen, Sozialversicherung) aktiviert und in die Bilanz aufgenommen. Ihre periodengerechte, d.h. der Lebensdauer angemessene, Abschreibung führt zu einer Finanzierung entsprechend der Nutzung durch die Nutzer. Das ist heute machbar und angemessen, politische Manipulationen durch Variierung der Nutzungsdauer können durch Transparenz und öffentliche gesellschaftliche Kontrolle verhindert werden. Eine Kreditfinanzierung ist daher sinnvoll. Ob die Tilgung über Gebühren oder über Steuern erfolgen soll, ist im Einzelfall, je nach Nutzerkreis (Anliegerbeiträge, Straßenmaut, Bildungs- und Forschungsinfrastruktur), zu entscheiden. Zinszahlungen für diese Kreditfinan-

zierung führen zu höheren jährlichen Belastungen der Nutzer (Gebühren) oder der gesamten Gesellschaft (Steuern). Dieser Nachteil der Kreditfinanzierung ist abzuwägen gegen die Nachteile einer nicht der Nutzung entsprechenden Finanzierung durch Steuern in Schüben bei der Erstellung der Infrastrukturprojekte. Ein praktischer Weg könnte die Beschränkung der Kreditfinanzierung auf große Infrastrukturprojekte sein.

3. Soziale Sicherungssysteme:

Ein ganz anderes Element sind die sozialen Sicherungssysteme. Die soziale Sicherung ist eine gesellschaftliche Verteilungsaufgabe. Die Gewährleistung von Sozialrechten bleibt – auch bei Selbstverwaltung der Sozialsysteme – Aufgabe des Staates. Es handelt sich hier darum, unterschiedliche Belastungen durch Umverteilungsprozesse auszugleichen. Kredite sind kein geeignetes Umverteilungsinstrument. Denn es wird ja mit ihnen der Ausgleich nicht wirklich geleistet, sondern nur vorfinanziert und die Belastung damit verschoben. Die Finanzierung der laufenden Ausgaben muss aus den laufenden Einnahmen in Form von Schenkung erfolgen. Umlage bleibt eben Umlage. Es gilt hier das schon bei der Staatsverwaltung Gesagte: Die Sozialausgaben sind nur aus der Gegenwartssicht des Einzelnen ein Kaufkraftentzug. Gesamthaft betrachtet entsteht ja Kaufkraft bei Rentnern etc. – und der Einzelne wird selbst dank künftiger Umverteilung als Rentner kaufen können.

Es stimmt auch nicht, dass die Finanzierung sozialer Sicherheit der Gesellschaft Investitionsmittel entzieht. Anlage suchendes, überschüssiges Kapital, das immer abenteuerlichere Anlagemöglichkeiten sucht, ist im Überfluss vorhanden. Die heutigen Zwangselemente der staatlich fixierten Sozialbeiträge und der Steuerfinanzierung der sozialen Leistungen sind tendenziell durch direkte Vereinbarungen über die Teilung der Wertschöpfung einer Periode zwischen dem Wirtschaftsbereich und dem gesellschaftlich organisierten Bereich der sozialen Sicherung abzulösen (bewusste Ertragsteilung).

Sozialausgleich und soziale Sicherung – eine Begriffsklärung

Normalerweise wird das Wort Sozialausgleich für einzelne ausgleichende Maßnahmen im Sozialsystem, etwa innerhalb des Gesundheitswesens, verwendet. Nach der Einführung des Gesundheitsfonds geschieht dies dort „immer dann, wenn der ‚durchschnittliche Zusatzbeitrag‘ die Grenze von zwei Prozent der beitragspflichtigen Einnahmen eines Mitglieds übersteigt“.¹³

Wir dagegen verwenden dieses Wort im Folgenden in einer weiteren begrifflichen Bedeutung. Zum ersten Mal benutzten wir den Ausdruck bei unseren Vorschlägen von 1999 zur Finanzierung der Sozialsysteme unter Globalisierungsbedingungen, als wir

¹³ „Ob das der Fall ist, wird vom Arbeitgeber beziehungsweise von der Rentenversicherung geprüft.“ <http://www.bmg.bund.de/krankensversicherung/beitraege-sozialausgleich/sozialausgleich.html>

von „einem verbrauchsorientierten Sozialausgleich“ als Finanzierungsinstrument sprachen.¹⁴

Die Bezeichnung „Sozialausgleich“ beinhaltet zwei Aspekte:

Umverteilungsaspekt: Sie geht aus vom Menschenrecht auf Entwicklung und dem damit verbundenen Recht auf ein Einkommen, das ein Leben in Würde möglich macht. Das ist von der Gemeinschaft zu gewährleisten. Daher muss ein Ausgleich zwischen den Einkommen stattfinden, der sicherstellt, dass ein entsprechendes Einkommen für alle erreicht wird.

Zweckbindungsaspekt: Der Begriff macht deutlich, dass durch die Umverteilung nicht die allgemeine Staatstätigkeit wie bei einer Steuer¹⁵, sondern ein bestimmter nachvollziehbarer Zweck finanziert werden soll. Dadurch ist das Wort „Sozialausgleich“ geeignet, die Akzeptanz für die Umverteilung zu stärken.

Insofern bezieht sich der „Sozialausgleich“ auf alle Solidartransfers, weshalb wir ihn auch synonym mit dem finanziellen Aspekt der sozialen Sicherung verwenden.

Soziale Sicherung ist eine gesellschaftliche (Um-)Verteilungsaufgabe. Historisch bedingt ist sie in den meisten Ländern, so auch in Deutschland, dem Staat zugewachsen. Ihre gesellschaftliche Organisation hierzulande stellt jedoch immer noch ein gestuftes System dar, das nicht nur Bund, Länder und Kommunen umfasst, sondern auf Beiträge der Individuen, Familien und von neuen Sozialgemeinschaften angewiesen ist.

In Zukunft könnte soziale Sicherung ein deutlich eigenständigeres Feld der gesellschaftlichen Selbstverwaltung werden. Eine vollständige „Privatisierung“ dieses Bereichs ist jedoch nicht zielführend, weil private Versicherungslösungen und Kapitaldeckungsverfahren letztlich auch einer gesellschaftlichen Absicherung bedürfen.

Der Sozialausgleich umfasst Phasen der zeitweiligen oder endgültigen Freistellung oder Unmöglichkeit von Erwerbsarbeit: Geburt, Kindheit, Ausbildung, Weiterbildung/Umschulung, Krankheit, Behinderung, zeitweilige oder endgültige Erwerbsunfähigkeit, Arbeitslosigkeit (oder besser Einkommenslosigkeit), Pflegebedürftigkeit, Alter bzw. Ausscheiden aus der Erwerbstätigkeit, Sterbezeit, Tod. Er umfasst also finanziell einen großen Teil der öffentlichen und privaten Ausgaben.

In Bezug auf die Sozialsysteme ergeben sich viele Fragen, von denen einige auch bereits öffentlich oder wenigstens in interessierten Kreisen diskutiert werden:

- Ist bewusst gestaltete Ertragsteilung Grundlage jedes zukunftsfähigen Systems sozialer Siche-

¹⁴ A.a.O.

¹⁵ „Steuern sind Geldleistungen, die nicht eine Gegenleistung für eine besondere Leistung darstellen und von einem öffentlich-rechtlichen Gemeinwesen zur Erzielung von Einnahmen allen auferlegt werden, bei denen der Tatbestand zutrifft, an den das Gesetz die Leistungspflicht knüpft; die Erzielung von Einnahmen kann Nebenzweck sein.“ (§ 3 der Abgabenordnung, siehe http://www.gesetze-im-internet.de/ao_1977/index.html)

rung? Wie müssten die grundsätzlichen Überlegungen zum Umbau der sozialen Sicherung im Konfliktfeld von individueller Verantwortung und gesellschaftlicher Solidarität aussehen?

- Ist der primäre Gesichtspunkt beim Sozialausgleich, dass er ein Menschenrecht ist oder wird er als eine Zuwendung nach Kassenlage des Staates gesehen? Ist eine Bedürfnisprüfung bei Leistungen der sozialen Sicherung erforderlich, um Missbrauch zu verhindern oder ist eine Bedürfnisprüfung unvereinbar mit der Menschenwürde?
- Sollte das vielfältige System sozialer Sicherung durch einen einheitlichen Sozialausgleich in Form eines bedingungslosen Grundeinkommens ersetzt werden?
- Ist die Aufgabe des Sozialausgleichs die Lebensstandardsicherung oder die Gewährleistung sozialer Mindeststandards mit der Möglichkeit, sich am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen? Wie und von wem werden ggf. gesellschaftliche Mindeststandards festgelegt? Durch Gesetze und Verordnungen, Volksentscheide, Rechtsprechung, Experten, Verbände der Wirtschaft?
- Wenn Lebensstandardsicherung nicht die Aufgabe des Sozialausgleichs ist, welche Formen der Zusatzsicherung kommen dann in Frage?
- Soll die Soziale Sicherung bewusst solidarisch, durch Schenkgeld, finanziert werden oder sind Bildung, Pflege, Gesundheitsleistungen Waren bzw. warenförmig zu gestalten?
- Welche Konsequenzen ergeben sich, wenn der Sozialausgleich als gesellschaftliche und nicht primär als staatliche Aufgabe verstanden wird? Welche Formen der Selbstverwaltung wären dann erforderlich?
- Wie sind einzelne Bereiche der sozialen Sicherung inhaltlich zu gestalten und wie sind sie zu finanzieren?

Vorschläge zur Gestaltung des Sozialausgleichs in der gegenwärtigen Debatte

In den gegenwärtig diskutierten Vorschlägen zu einer Reform sozialer Sicherung werden auf die genannten Fragen jeweils unterschiedliche, oft gegensätzliche Antworten gegeben.

Die Krise der Sozialsicherung ist eine Krise der klassischen lohnabhängigen Erwerbsarbeit. Notwendiges Einkommen entsteht nicht mehr durch Wachstum der Zahl der Erwerbsarbeitsplätze – diese gehen vielmehr tendenziell zurück – und mit ihnen schrumpft auch die Basis, auf der die Finanzierung von Sozialeinkommen bisher aufgebaut war. Dennoch wird Einkommensbildung immer noch weitgehend als Koppelung von Arbeit und Einkommen gesehen. Diese Koppelung wird – wie wir sahen – dergestalt gedacht, dass Einkommen eine Abgeltung vergangener Leistung darstellt, aus der sich Ansprüche auf einen Teil der gegenwärtigen Wertschöpfung ableiten. Dass Einkommen Zukunft, d.h. Entwicklung, ermöglicht, wird noch zu wenig gesehen.

Es liegt in der Natur der Sache, dass die gegenwärtig diskutierten Vorschläge alle das Thema des Zusammenhangs und der notwendigen Differenzierung von Arbeit und Einkommen berühren. Gleichzeitig unterscheiden sie sich erheblich hinsichtlich des Grades an Bewusstheit, mit dem dies geschieht. Ansätze zum Umdenken gibt es eine ganze Reihe, oft jedoch werden sie nicht konsequent verfolgt und es kommt zum Rückfall in die alten Paradigmen. Teilweise herrscht eine heillose Sprachverwirrung, weil keine Klarheit über die Prämissen der verschiedenen Positionen besteht.

An Ansätzen zu einem Umdenken sind zu nennen: Die Kritik an der Herrschaft der Finanzmärkte und die Forderung nach ihrer Kontrolle, die Forderung nach Überwindung des Neoliberalismus und der Rückkehr zum Gedanken einer sozialen Marktwirtschaft, Forderungen nach einer Umverteilung durch Vermögensabgaben, Reichensteuern und dergl., Rückbau der Einkommensspreizung („Abzockerinitiative“ in der Schweiz), vor allem aber die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn und diejenige nach einem bedingungslosen Grundeinkommen [BGE]. Auf diese beiden Forderungen, deren Realisierung jeweils weitere Konsequenzen nach sich ziehen würde, werden wir uns im Folgenden konzentrieren.

Die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn wird von den Gewerkschaften aktiv verfochten und von SPD, Grünen, Linkspartei und Piraten propagiert; die CDU/CSU hatte sich bereits vor den Bundestagswahlen 2013 mit einer eigenen Mindestlohn-light-Variante ebenfalls des Themas bemächtigt. Nach der Bildung einer Großen Koalition wurde die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 € Bestandteil des Koalitionsvertrags. Am 3. Juli 2014 beschloss der Bundestag die Einführung zum 1. Januar 2015, am 11. Juli stimmte der Bundesrat zu.

Lange galt die These, dass Löhne das Ergebnis eines Kampfes auf einem Arbeitsmarkt sind, bei dem die Gewerkschaften eine starke Marktmacht aufbauen müssen, um die Interessen der abhängig Arbeitenden durchzusetzen. Konsequenterweise wurde jeder Versuch einer gesetzlichen Regelung von Löhnen als Eingriff in die Tarifautonomie bekämpft. Der Mindestlohn bringt nun stärker den Staat ins Spiel. Wieweit man sich mit der Forderung nach rechtlich-gesetzlicher Regelung Vorstellungen annähert, wie sie 1919 u.a. auch von R. Steiner mit der von ihm initiierten sozialen Dreigliederungsbewegung vertreten wurden, ist in der Debatte über diesen Arbeitsansatz umstritten.¹⁶

¹⁶ Dass der Warencharakter der Arbeitskraft durch einen gesetzlichen Mindestlohn nicht beseitigt wird, ist dabei noch weitgehend unstrittig. Strittig ist, ob er diese Kommodifizierung verfestigt oder ein Schritt auf dem Weg ihrer Beseitigung sein kann; ferner, ob die von Steiner geforderte Bestimmung von Fragen der Eingliederung der Arbeitskraft in die Gemeinschaft eine Frage des Rechtslebens sei, Regelungen in Bezug auf einen Mindestlohn einschließe oder nicht. „Die Arbeitsfrage kann man nicht in ihrer wahren Gestalt zu einem Teile der sozialen Frage machen, solange man nicht sieht, dass im Wirtschaftsleben Warenerzeugung, Warenaustausch und Warenkonsumtion nach Gesetzen vor sich gehen, die durch Interessen bestimmt werden, deren Machtbereich nicht über die menschliche Arbeitskraft ausgedehnt werden soll.“ (R. Steiner: Die Kernpunkte der sozialen Frage a.a.O., S. 54f.). Wir kommen auf die spezielle Debatte, die von Vertretern des Arbeitsansatzes der sozialen Dreigliederung über bedingungsloses Grundeinkommen, Mindestlohn und Sozialsysteme geführt wird, in einem weiteren Baustein noch einmal zurück.

Für ein bedingungsloses Grundeinkommen als Alternative zum Sozialabbau hat sich in den letzten Jahren eine breite zivilgesellschaftliche Bewegung entwickelt.¹⁷ In der Schweiz wurde eine entsprechende Gesetzesinitiative auf den Weg gebracht, die Gegenstand einer Volksabstimmung war.

Ein solches bedingungsloses Grundeinkommen entkoppelt das Basiseinkommen gänzlich vom Erwerb und drängt so die Sphäre der Lohnarbeit zurück. Diese bleibt allerdings im Bereich des „Zuverdienstes“ bestehen, der über den Einkommenssockel hinaus nicht nur möglich, sondern sogar erleichtert werden soll. Jedoch erhoffen sich die Befürworter des BGE positive Rückwirkungen auf die verbleibende Erwerbsarbeits-sphäre. Mit dem Arbeitszwang entfallende der Druck, jede, auch eine als sinnlos erlebte, Arbeit anzunehmen bzw. die Arbeitgeber würden gezwungen, entsprechend attraktive Arbeitsplätze anzubieten.

Festzuhalten ist indes, dass der Mindestlohn – und mehr noch das Grundeinkommen – einen Paradigmenwechsel darstellen. Die Folgen der Umsetzung einer oder beider Forderungen werden daher notwendig weitere Veränderungen nach sich ziehen, wie weit diese auch immer gehen mögen. Bereits 2006 haben wir von der Idee des Grundeinkommens als „Anstoß zu einer Revolution der Sozialsysteme und ihrer Finanzierung“ gesprochen.¹⁸ Denn je weiter sich die Grundeinkommensidee als solche verbreitet, umso mehr muss ihr Zusammenhang mit weitergehenden Veränderungen auch in ihrer weiteren Ausarbeitung und Entwicklung eine Rolle spielen. Hier gibt es einen strukturellen Nachholbedarf.

Beim Verhältnis eines Grundeinkommens zu den bisherigen Sozialsystemen (Alterssicherung, Gesundheit, Pflege, Arbeitslosenversicherung, Familienförderung) geht es um jene Differenzierungen, von denen bereits in Teil I die Rede war. Die bestehenden Systeme schlicht durch die monatliche Auszahlung eines Grundbetrags ersetzen zu wollen, wäre ebenso kurzschlüssig wie die Vorstellung, alles könne so bleiben, wie es ist, es käme nur ein Grundeinkommen hinzu. Die Frage nach der Entkoppelung von Arbeit und Einkommen holt uns dabei immer wieder ein. Ist ein System der Alterssicherung wirklich zukunftsfähig, dass die Höhe der Auszahlung an die Einkommenshöhe in der Vergangenheit anbindet?¹⁹ Inwieweit werden durch ein Grundeinkommen neue Wege in der Alterssicherung, im Gesundheitswesen, im Umgang mit der sogenannten Arbeitslosigkeit usw. möglich? – Solchen Fragen soll in später folgenden Abschnitten weiter nachgegangen werden. ■

¹⁷ Eine wichtige Rolle in dieser Bewegung spielen das Basic Income Earth Network (<http://www.basicincome.org>) und nationale Gruppierungen wie das Netzwerk Grundeinkommen in Deutschland (<http://www.grundeinkommen.info>). Persönlichkeiten wie dem Unternehmer Götz W. Werner ist es gelungen, für diese Idee auch in den Medien ein unüberhörbares Echo hervorzurufen (<http://www.unternimm-die-zukunft.de/de/goetz-werner/>). Zur Initiative in der Schweiz siehe <http://bedingungslos.ch/> und <http://www.grundeinkommen.ch/>. Europäische Bürgerinitiative Grundeinkommen siehe <http://www.ebi-grundeinkommen.de/europaische-burgerinitiative>

¹⁸ A.a.O.

¹⁹ Dass es sich hier um eine gesellschaftliche Konvention handelt, die durch eine andere ersetzt werden kann, wenn wir es wollen, ergibt sich auch aus einem Vergleich des deutschen Rentensystems etwa mit der Schweizer AHV.

Trump und die Zukunft des Westens

3. und letzter Teil:

Eine „nachmoderne“ Ideologie und ihre Perspektiven

Roland Benedikter

Trumpismus heißt Radikalisierung in Worten und Taten, Bruch mit dem Bisherigen und populistische Personalisierung. „Trumpismus“ funktioniert, ob gewollt oder nicht, „nachmodern“: nicht explizit, sondern implizit. Wo liegen die Perspektiven? Droht ein Amtsenthebungsverfahren? Oder wird Trumps Amtszeit ihrerseits das Amt der US-Präsidentschaft nachhaltig verändern? Diesen Fragen geht Roland Benedikter im dritten und letzten Teil seiner Auseinandersetzung mit der US-Regierung Donald Trumps und der von ihr ausgehenden historischen, politischen und sozialen Passage der Allianz westlicher Demokratien nach. Der Text wurde geschrieben, bevor Steve Bannon das Weiße Haus verließ. Um so interessanter sind die Textstellen S. 19f., in denen es um die Möglichkeit einer solchen Entwicklung geht.

Die Frage ist angesichts der tiefen Krise der US-Präsidentschaft von Donald Trump bereits nach einem halben Amtsjahr, was mit Trumps „Weltneuordnungsprinzipien“ im weiteren Verlauf der Ereignisse geschehen wird – mit oder ohne explizite Ideologie (siehe ersten und zweiten Teil dieser Darstellung im Dezemberheft 2016 und im Juniheft 2017). Dass bereits nach vier Amtsmonaten Ende Mai 2017 ein Sonderermittler, der ehemalige Chef der Bundespolizei FBI (Federal Bureau of Investigation) Robert Mueller, auf die Skandale, Unangemessenheiten und – offenbaren wie vermuteten – nicht-ordnungsgemäßen innen- und außenpolitischen Verwicklungen und Aktivitäten der amtierenden Regierung angesetzt wurde, könnte

Trumps „Weltneuordnungspläne“ schon allein durch eine wachsende Instabilität und abnehmende Glaubwürdigkeit seiner Regierung unterminieren, ja vielleicht sogar vorzeitig torpedieren. Allerdings könnte Muellers Arbeit Jahre in Anspruch nehmen, um hieb- und stichfeste Ergebnisse hervorzubringen. Dasselbe gilt für die Aufklärungsbemühungen anderer Institutionen, die zu Trump ermitteln. Bis dahin wird der Präsident mit der Errichtung seiner „neuen politischen Ordnung“ fortfahren. Wie wahrscheinlich ist ein Amtsenthebungsverfahren Trumps? Und: Wie eng ist die „Welt-Erneuerungsvision“ dieses „einmaligen“ noch vor Kurzem nicht für möglich gehaltenen Präsidenten für die USA eigentlich überhaupt an seine Person gebunden? Wird die „neue politische Ordnung“, die er einerseits selbst auf offener Bühne, andererseits hinter dem Vorhang gemeinsam mit dem Ideologie-Einflüsterer Steve Bannon (und anderen) erbaut, Spuren in der Weltmacht USA hinterlassen, die über ihn selbst hinausreichen – mit oder ohne Amtsenthebungsverfahren? Und wenn ja: Was kann und wird das für die Zukunft der Demokratie bedeuten? Was heißt das für Europa?

I Trumps erstes Amts-Halbjahr: Eine Abwärtsspirale – schneller als gedacht

Im Mai 2017 wurde ein unabhängiger Sonderermittler, der ehemalige FBI-Chef Robert Mueller, auf die zu diesem Zeitpunkt bereits zahllosen Verfehlungen, Vorwürfe und Anklagen der Öffentlichkeit, der Medien, der Institutionen und eigener Mitstreiter auf Trump angesetzt. Zu diesen Vergehen gehörten:

- **Ungeklärte – und vor allem: regelwidrig nicht deklarierte – Russland-Kontakte seines Wahlkampf- und Berater-Teams.** Sie gipfelten Ende Mai 2017 in der Aussage- und Dokumentenverweigerung des früheren Sicherheitsberaters Trumps, Michael Flynn, gegenüber dem dafür zuständigen US-Kongressausschuss.¹ Später erklärte sich Flynn aufgrund einer Strafandrohung zu gewissen Aussagen zu Teilbereichen der Affäre bereit. Anschuldigungen, Russland habe bereits in der Vergangenheit über längere Zeiträume systematisch belastendes Material gegen Trump gesammelt und erpresse den nunmehrigen Präsidenten bereits seit dem Wahlkampf für eigene Ziele, waren von einem angeblichen Spion des britischen Geheimdienstes MI6 bereits vor der Wahl und erneut unmittelbar vor Trumps Amtsantritt durch die Medien gegangen.² Die Vorwürfe wurden von Russlands Präsident Wladimir Putin jedoch sowohl im Vorfeld wie auch nach Trumps Amtsantritt offiziell und inoffiziell bestritten: Er

¹ APA: Trumps Ex-Berater verweigert Aussage, 22.05.2017.

² Bild Zeitung: Angebliche Enthüllungen über den nächsten US-Präsidenten. Enttarnt! Der Mann, der das Trump-Dossier schrieb. Wie glaubwürdig ist der Ex-MI6-Spion?, 12.01.2017, <http://www.bild.de/politik/ausland/donald-trump/das-ist-der-spion-49740392.bild.html>. Vgl. Bradley Hope, Michael Rothfeld and Alan Cullison: Christopher Steele, Ex-British Intelligence Officer, Said to Have Prepared Dossier on Trump. Former spy is director of London-based Orbis Intelligence Ltd. In: The Wall Street Journal, January 11, 2017, <https://www.wsj.com/articles/christopher-steele-ex-british-intelligence-officer-said-to-have-prepared-dossier-on-trump-1484162553?mod=e2tw>.

habe „kein Trump-Dossier“ und „kenne Flynn kaum“.³

- Trump-Schwiegersohn und -Berater Jared Kushner soll bereits vor Amtsantritt Trumps versucht haben, einen *geheimen*, vor US-Abhörung geschützten *Kommunikationskanal* für den Präsidenten nach Russland über russische Diplomaten-Kanäle in einer russischen Vertretung in den USA zu etablieren. Darüber soll er laut US-Geheimdienst im Trump Tower mit dem russischen Botschafter in den USA diskutiert haben. Sogar dieser sei über den Vorschlag mehr als erstaunt gewesen.⁴ Laut offizieller Aussage des ehemaligen, noch von Obama installierten, CIA-Chefs Clapper Ende Mai 2017 besteht kein Zweifel daran, dass Russland mit Wissen des Trump-Teams oder sogar in aktiver Zusammenarbeit mit ihm im US-Wahlkampf „mitgemischt“ und aktiv versucht hat, die Trump-Präsidentschaft mit zu ermöglichen. Das würde einen noch nie dagewesenen Bruch in der amerikanischen Innenpolitik bedeuten.⁵ Clappers Meinung nach stellt Trumps Russland-Affäre an Schwere der Verfehlung, Umfang und Schadens-Implicationen Nixons Watergate „klar in den Schatten.“⁶ Damit legte er im Juni 2017 indirekt nahe, dass die Einleitung eines Amtsenthebungsverfahrens früher oder später faktisch unumgänglich würde.
- Damit hängen mutmaßlich jahrelange kriminelle *Geschäftskontakte Donald Trumps mit russischen Mafia-Kreisen* an zentraler Stelle zusammen, obwohl diese bis zum heutigen Tag nicht ausreichend bewiesen sind. Trump und seine Geschäftspartner sollen wissentlich mit Mafia-Gruppen, die eng mit der russischen Regierung in Zusammenhang stehen, auf amerikanischem Boden kooperiert haben. So stellen dies nicht-polizeiliche Ermittler von formal unabhängigen, faktisch staatlich finanzierten Medien auch in Deutschland dar. Mit der russischen Mafia zusammenhängende Geschäftskreise sollen Trump auf kompliziert vernetzten Wegen auch im Auftrag russischer Regierungskreise seit den 1990er Jahren mehrfach vor dem Bankrott gerettet haben, und zwar im Rahmen einer verdeckten Strategie, die darin bestand, große US-Geschäftsleute mittels großzügiger Transaktionen von Russland abhängig zu machen. Dazu gibt es eine bemerkenswerte ZDF-Recherche, zu der die Autoren fragen: „Gefährliche Verbindungen: Hat sich US-Präsident Donald Trump als Geschäftsmann einer kriminellen Verschwörung schuldig gemacht? Sind seine Verbindungen nach Russland enger, als er behauptet? Dem ZDF liegen Dokumente vor, die das zu belegen scheinen. Seit Monaten untersuchen Ausschüsse des

US-Kongresses die Frage, ob Russland Einfluss auf den Ausgang der US-Wahlen genommen hat und ob es Verbindungen zu Donald Trump und seinem Wahlkampfteam gab. Johannes Hano und Alexander Sarovic [begaben sich] auf Spurensuche. Dabei stießen sie auf Verbindungen zwischen den großen amerikanischen und russischen Mafiasyndikaten und dem Trump Tower. ‚Eine lange Liste hochrangiger Figuren des organisierten Verbrechens residierten im Trump Tower. Nicht nur amerikanische Verbrecher, sondern auch Gangster aus Russland, Kasachstan und der Ukraine. Sie nutzten den Trump-Tower als Zentrum für kriminelle Machenschaften – darunter Glücksspiel, Prostitution und Drogenhandel,‘ erklärt Scott Horton, ein weltweit gefragter Antikorruptionsexperte gegenüber dem ZDF. Bei den Recherchen stoßen [Hano und Sarovic] auch auf Trumps Geschäftsbeziehungen mit der Firma Bayrock. In mindestens einem gemeinsamen Projekt, dem Trump Soho, hielt der US-Präsident Anteile. Einer seiner Partner bei dem Projekt war der Exil-Russe Felix Sater, ein verurteilter Betrüger und Gewaltverbrecher mit den besten Kontakten nach Russland. Doch selbst als Trump von der dubiosen Vergangenheit und den Machenschaften seines Partners erfuhr, führte er die Geschäftsbeziehungen weiter. Damit aber habe sich Donald Trump schuldig gemacht, sagt der Anwalt Fred Oberlander, der gegen Bayrock prozessiert. Das FBI hatte längst ein Auge auf Trump geworfen und begann sich immer mehr für die Vergangenheit des Präsidenten und seine auch heute noch fragwürdigen Geschäftsbeziehungen zu interessieren. Ein Grund dafür, warum FBI-Director James Comey gehen musste? Der mächtigste Mann der Welt könnte unter Druck geraten.“⁷ Die ZDF-Reportage wurde inzwischen angeblich sogar vom ermittelnden FBI für die Untersuchungen angefordert. Comey sagt trotz offener Drohungen Trumps gegen seine Person ab Juni 2017 offiziell zu seiner Beziehung mit dem US-Präsidenten vor dem US-Geheimdienst-ausschuss aus⁸ – und drohte damit, Trump in die Vorphase eines Amtsenthebungsverfahrens zu stürzen. Denn er bestätigte ausdrücklich, dass er sich von Trump angehalten fühlte, die Ermittlungen einzustellen. Außerdem warf er dem amtierenden Präsidenten „Lüge“ vor.⁹ Sollte die Interpretation der Aussagen Comeys eine Behinderung der Ermittlungen durch den Präsidenten erkennen lassen, könnte es für Trump eng werden. Denn einer Beeinflussung des FBI-Chefs durch den Präsidenten zu Ermittlungen gegen sein Team könnten auch die Mehrheits-Republikaner nicht offen zusehen.

- *Vielfältige und undurchsichtige Geschäftsinteressen der Trump-Familie*, die zu ständigen Interessens-

3 Bild Zeitung: Im Interview mit US-Sender NBC News: Putin: „Ich habe keine Trump-Akte... und den ehemaligen Sicherheitsberater Michael Flynn kenne ich kaum“, 05.06.2017, <http://www.bild.de/politik/ausland/donald-trump/putin-ich-kenne-flynn-kaum-52046768.bild.html>

4 APA: Kushner gerät ins Zwielficht, 27.05.2017.

5 Clapper: ‘No doubt’ Russia was behind meddling, <http://www.cnn.com/videos/politics/2017/05/30/james-clapper-overwhelming-evidence-russian-meddling-sot-newday.cnn>.

6 BBC News US & Canada: Trump-Russia probe ‘bigger than Watergate’ says Clapper, 8 June 2017, <http://www.bbc.co.uk/news/world-us-canada-40189857>.

7 ZDFzoom: Gefährliche Verbindungen. Trump und seine Geschäftspartner. ZDF 2017, Erstsendung: 24.05.2017, <https://www.zdf.de/dokumentation/zdfzoom/zdfzoom-gefaehrliche-verbindungen-100.html> und <http://www.heute.de/zdfzoom-dokumentation-gefaehrliche-verbindungen-trump-und-seine-geschaeftspartner-47232790.html>.

8 Ebda

9 Ebda

*konflikten führen und direkt wie auch indirekt mit seiner Aufgabe als Präsident kollidieren.*¹⁰

- *Der Vorwurf des offenen Geheimnisverrats* zu verdeckten Anti-IS-Aktivitäten von US-Verbündeten an Russland bei Treffen mit Außenminister Lawrow und russischen Diplomaten im Weißen Haus in Washington im Mai 2017.¹¹ Bereits im April hatte Trump regelwidrig in Gesprächen mit dem philippinischen Präsidenten Rodrigo Duterte spontan die Position zweier US-Nuklear-U-Boote verraten – beides offenbar willkürlich, um damit anzugeben und sich persönlich als „starker Mann“ zu zeigen.¹²
- *Trumps systematischer und unverhohlener „Krieg“ gegen die vierte demokratische Macht: die Medien.* Die ersten, ebenso ernsten wie unnötigen, Schritte zur Selbstdemontage erfolgten früh, bereits im Februar 2017, in Form von historisch nie dagewesenen Tabubrüchen: So schloss Trump einzelne, nicht genehme Medien aus den Briefings des Weißen Hauses aus.¹³ Alle Kommentatoren unabhängiger Medien, auch der konservativen, waren sich einig, dass „der Schritt, Medien aus dem Weißen Haus auszuschließen, völlig unamerikanisch ist“.¹⁴ Zwischen der Anti-Medien-Kampagne des Wahlkämpfers und jener des US-Präsidenten Trump bestand in keiner wichtigen Rede und öffentlichen Wortmeldung ein Unterschied.¹⁵ Immer wieder nannte Trump auch nach seinem Amtsantritt die Medien „Feinde der Amerikaner“: „In einer Twitter-Botschaft, die der US-Präsident am Freitagnachmittag (Ortszeit) abgesetzt hat, nennt er einzelne amerikanische Medien ‚Feind der Amerikaner‘. Damit geht Trump in seinem Kampf gegen die freie Meinungsäußerung sogar noch einen Schritt weiter als sonst. Bisher bezeichnete er einige Stories – vor allem von Washington Post, New York Times und CNN – als „Fake News“. Auch einzelne Journalisten wurden von ihm als Lügner diffamiert. Jetzt schreibt der Republikaner wörtlich: ‚Die Fake News Medien (scheiternde @nytimes, @NBCNews, @ABC, @CBS, @CNN) sind nicht mein Feind, sie sind der Feind des

Amerikanischen Volkes!“¹⁶ Dazu Australiens Premier Malcolm Turnbull: „Ein Politiker, der sich über die Zeitungen beschwert, ist wie ein Seefahrer, der sich über das Meer beschwert.“¹⁷ Doch der Medienkrieg stellt eine der wenigen stabilen Konstanten nicht nur innerhalb Trumps politischem Aufstieg, sondern seines Lebens dar – und wird daher kaum eine Befriedung finden, auch nicht aus opportunistischen, Umfrage- oder Zustimmungsründen. Auch die Gegenseite hat längst alle Brücken abgebrochen. Der Trump-Aufstieg führte zu einem nie dagewesenen Verjüngungsschub im US-Medienbereich. Intellektuelle und kritische Journalisten blühen auf, die Leserschaft wächst. Unter Trump fühlen sich die Medien tatsächlich als „vierte Kraft“ der offenen Gesellschaft: Nun geht es nicht mehr nur um *etwas*, sondern um *alles*. Nie waren sich die US-Medien stärker ihrer Bedeutung für die Zukunft der weltweiten Demokratie – und der USA als deren historischem „Leuchtturm“ (*beacon*) – bewusst als unter Trump.

- *Trumps zuweilen paradoxe, in allen Fällen aber doppelböde bis konfrontative Frauenpolitiken.* Seine mit Abstand liebste Tochter und Einflüstererin, die Geschäftsfrau und Society-Celebrity Ivanka Trump, will Trumps unverhohlenen Sexismus durch nicht wirklich glaubwürdige „Fraueninitiativen“ kontern – wie unter anderem beim „Women20 Summit“ Ende April 2017 in Berlin.¹⁸ Ivanka ist angesichts Trumps angeblich schwieriger Beziehung zu seiner Frau Melania sowie aufgrund von seiner notorischen „Opferungsbereitschaft“ von Personen in seinem Umfeld – weshalb die Verbliebenen ausnahmslos auf Distanz zu ihm gingen – zur wichtigsten „Beraterin“ und zugleich zum Ersatz der „First Lady“ an seiner Seite aufgestiegen. Von ihr sagt Trump deutlich kokettierend mit inzestuösen Untertönen, womit er Kreise innerhalb der ungebildeten, radikal Religiösen auf dem Lande bedient, er würde sie „daten“, wenn sie nicht seine Tochter wäre – und nimmt sie öffentlich als „Frau an seiner Seite“ auf Reisen mit.
- *Trumps zahlreiche rassistische Anspielungen – weniger gegen Afro-Amerikaner, als vielmehr gegen Latinos und Asiaten, darunter mexikanische Migranten, die er pauschal als „Verbrecher“ bezeichnete – im Verlauf seines vorpolitischen wie auch politischen Lebens.* Das wird nicht einmal in seiner eigenen Partei, bei den Republikanern, ohne gemischtes Murren (rechter Flügel) bis Political-Correctness-Skandalstimmung (Gemäßigte) hingenommen. Trotzdem hoffen die meisten in der Republikanischen Partei gerade unter Trump offenbar einfach auf eines: Vergessen. Denn die Republikaner sind laut dem amerikanischen

10 BBC US & Canada: Donald Trump: A list of potential conflicts of interest, 18 April 2017, June 7, 2017, <http://www.bbc.com/news/world-us-canada-38069298>. Vgl. Jeremy Venook: Trump's interests versus America's, Saudi Arabia Edition. Through a lobbying group, the country spent roughly \$270,000 at the president's hotel in Washington, D.C. In: The Atlantic, <https://www.theatlantic.com/business/archive/2017/06/donald-trump-conflicts-of-interests/508382/>.

11 Jim Acosta et al.: Trump has ‚very, very good‘ meeting with Lavrov, Kislyak at White House. In: CNN, May 10, 2017, <http://edition.cnn.com/2017/05/10/politics/trump-lavrov-tillerson-meeting/>.

12 Associated Press (AP): Trump reveals location of 2 nuclear submarines to Philippines' president. In: Los Angeles Times, May 24, 2017, <http://www.latimes.com/politics/la-fg-trump-philippines-20170524-story,amp.html>.

13 BBC US & Canada: White House bans certain media from briefing, 25 February 2017, <http://www.bbc.com/news/world-us-canada-39085235>. Vgl. Dylan Byers, Sara Murray and Kevin Liptak: White House blocks news organizations from press briefing. In: CNN Media, February 24, 2017, <http://money.cnn.com/2017/02/24/media/cnn-blocked-white-house-gaggle/index.html>.

14 Christina Manduley and Jason Kurtz: Tapper: White House excluding the press is ‚un-American‘. In: CNN Politics, February 24, 2017, <http://www.cnn.com/2017/02/24/politics/jake-tapper-white-house-trump-unamerican-cnntv/index.html>.

15 Kevin Liptak: Trump takes campaign-style CPAC victory lap. In: CNN Politics, February 24, 2017, <http://www.cnn.com/2017/02/24/politics/donald-trump-cpac-speech/index.html>.

16 Bild Zeitung: Trump nimmt Comey ins Visier, 18.02.2017, <http://www.bild.de/politik/trump/donald-trump/nachrichtenticker-48914822.bild.html>.

17 Sputniknews: Australiens Premier rät Trump, sich ein Beispiel an Churchill zu nehmen, 17.02.2017, <https://de.sputniknews.com/politik/20170217314590797-australiens-premier-gibt-trump-rat/>.

18 Die Welt: Buhrufe gegen Ivanka Trump großes Thema in den USA, 26.04.2017, <https://www.welt.de/politik/ausland/article164014129/Buhrufe-gegen-Ivanka-Trump-grosses-Thema-in-den-USA.html>.

Verfassungsgericht (*Supreme Court*), der höchsten amerikanischen Rechtsinstanz, – oft auch als die zweitmächtigste US-Institution nach dem Präsidenten bezeichnet – mit Gutachten vom Mai 2017 selbst der aktiven Ausgrenzung der Afro-amerikanischen Wähler aus dem demokratischen Prozess schuldig. Die Republikanische Partei soll versucht haben, diese Wählergruppe etwa in North Carolina bereits im Wahlkampf zur Präsidentschaft 2012 regelwidrig durch eine Neuordnung der Wahlkreise bewusst und systematisch „einflusslos“ zu machen.¹⁹

- *Trumps aggressive Anti-Wissenschaftspolitik.* Sie umfasste bereits vor und noch verschärft nach Amtsantritt die umfassendsten und einschneidendsten Kürzungen des amerikanischen Wissenschaftsbudgets seit Menschengedenken, einschließlich einer systematischen Verschiebung von Mitteln in den Militär-Forschungshaushalt, um ein Segment der konservativen Wählergruppen zufriedenzustellen.²⁰
- *Trumps – zunehmend wechselseitig aggressive – Feindschaftsbeziehung zu einer mächtigen Gruppe innerhalb der Republikanischen Partei* um den von ihm im Wahlkampf wiederholt unflätig und mit absurden Argumenten beleidigten Arizona-Senator John McCain. McCain versuchte von Anfang an, Trump aus der Präsidentschaftskandidatur auszuschließen, später aus dem Endrennen zu verdrängen und schließlich seine Ernennung auf dem Parteitag der Republikaner zu verunmöglichen. Dies gleichermaßen aus sachlichen wie aus ideologischen und persönlichen Gründen. McCain verglich Trumps Entlassung von FBI-Chef James Comey im Mai 2017 unmissverständlich, sowohl im Hinblick auf die Qualität wie auch auf die Ursachen und Interessenskonflikte, mit Nixons „Watergate“ 1974 – was den Anfang eines parteiinternen „Solidaritätsbruchs“ darstellte. Die Frage ist, wie viele Republikanische Abgeordnete in den kommenden Monaten oder Jahren dem kaum verhohlenen Ruf der McCain-Gruppe nach vorzeitiger Absetzung oder zumindest nach entscheidender interner – und wenn nötig auch aktiv öffentlicher – Schwächung Trumps folgen werden.
- *Der bereits erwähnte, geradezu demonstrative Nepotismus von Trumps Amtsführung,* der von Teilen seiner Familie geradezu öffentlich als neue Dimension amerikanischer „Effizienzpolitik“ gefeiert wird,²¹ wurde auch in seiner eigenen Partei längst zum Dauer-Störthema. Es behindert bis verunmöglicht interne politische Lösungsfindungen.
- *Trump hat nach Meinung seiner prominentesten akademischen Kritiker,* darunter im einflussreichen „U.S. Council on Foreign Relations“ mit seiner wichtigen Zeitschrift *Foreign Affairs*, in wenigen

Monaten nicht nur *außenpolitisch* „alles Porzellan zerschlagen“, sondern auch nach innen die *US-Administration* „zerstört“, indem er laut *Foreign Affairs* seit Amtsantritt „drei wesentliche Verhaltensweisen zeigt: als *normaler, inkompetenter und gefährlicher* Präsident. Der normale Aspekt – also konventionelle Republikanische Politiken, Strategien und Ernennungen – ist [unter Trump], allgemein gesprochen, Politik wie üblich (*politics as usual*). Der Amateur-Aspekt – das verfrühte [und unreife] Herumfummeln und -machen an mehr oder weniger allem – ist etwas, das mehr oder weniger jedes Mal [in den USA] geschieht, wenn die Macht in neue Hände wechselt. Doch das wurde hier noch erheblich verstärkt durch ein ungewöhnlich unerfahrenes Team. Der dritte, der Aspekt der Gefahr durch den Präsidenten, jedoch ist einzigartig. Jede US-Regierung (*administration*) will Neues ankurbeln (*spins*), kämpft mit der Presse und der Bürokratie, versucht, ihre eigene Agenda durchzusetzen, und ist zugleich bestrebt, so wenig wie möglich Einsicht in ihre Arbeit zu geben. Aber ‚normale‘ Weiße Häuser lügen nicht wiederholte Male; sie erklären den *Mainstream-Medien* nicht den Krieg; sie verfolgen keine radikalen Ziele, während sie zugleich professionellen Input lächerlich machen; und sie lehnen es nicht ab, unabhängige Untersuchungen zu akzeptieren. Wie ernst man solche [ungewöhnlichen] Verhaltensweisen zu nehmen hat, hängt davon ab, wie man die Motivationen interpretiert, die hinter ihnen stehen. Im Fall Trumps erzeugen diese offensichtlich ein Spiel, das manche fragen lässt, ob es ‚nur dumm oder bewusst ruchlos‘ ist. Sind zum Beispiel die sehr langsamen Beamten-Ernennungen ein Zeichen für schwaches Management oder ein bewusster Versuch, ‚den Verwaltungsstaat zu dekonstruieren‘, wie es Trump-Guru Steve Bannon ausdrückt? Ist die massenhafte Entlassung erfahrener Führungskräfte (*experienced senior officials*) nur eine verschrobene Art, den Übergang zwischen zwei Präsidenten zu handhaben, oder eine gezielte Säuberung möglicher Hürden und [aufrichtiger] *Whistleblower*? Sind all die Lügen nur Zufall oder eine bewusste Verschwörung, um Kritiker abzulenken und jeden vernünftigen Diskurs zu unterminieren? Wie dem auch sei: Der Schaden ist angerichtet. So weist G. John Ikenberry auf die Schäden hin, die diese Präsidentschaft der liberalen internationalen Ordnung zufügt. Philip Gordon skizziert, wie die Weiterführung des bisherigen Kurses dieser Administration zu drei verschiedenen Kriegen führen könnte. Und Robert Mickey und andere dokumentieren die immer weitergehende Verschlechterung der demokratischen Normen und Praktiken Amerikas [unter Trump].“²²

Wenn der auf all diese Unzulänglichkeiten, Skandale und möglicherweise Fälle von ernstem, bewussten Fehlverhalten aufgrund von Interessenskonflikten im Mai angesetzte US-Sonderermittler Mueller dem Druck

19 BBC: Republicans used race to redraw North Carolina voter maps, 22 May 2017, <http://www.bbc.com/news/world-us-canada-40002569>.

20 Science: What's in Trump's 2018 budget request for science?, May 23, 2017, <http://www.sciencemag.org/news/2017/05/what-s-trump-s-2018-budget-request-science>.

21 Emily Shugerman: Donald Trump's son Eric calls nepotism ‚a beautiful thing‘, a.a.o.

22 Gideon Rose: Present at the Destruction? What's Inside. In: *Foreign Affairs*, May/June 2017 Issue, <https://www.foreignaffairs.com/articles/2017-04-17/present-destruction?cid=int-nil&pgtype=hpg®ion=br2>.

seitens eines zunehmend panischen und in sich zerstrittenen Weißen Hauses sowie der US-Rechten und Teile der opportunistischen US-Politikszene standhält, könnten sich seine Ermittlungen theoretisch zur Vorstufe eines Amtsenthebungsverfahrens entwickeln. Davon hat es in der US-Geschichte nur drei, darunter gegen Richard Nixon 1974 und Bill Clinton 1999 gegeben, die allesamt scheiterten, wobei Nixon jedoch aus formaler Sicht von sich aus zurücktrat, bevor die Anklage greifen konnte. Laut führenden US-Demokraten wie Jack Reed wird eine Befragung Trumps unter Eid durch den Sonderermittler Mueller früher oder später unvermeidlich sein. Reed sagte im Juni 2017 wörtlich: „At some point, Mueller would feel he has to depose the president“.²³ Reed benützte dabei vielsagend den Begriff „depose“, der sowohl „unter Eid befragen“ wie „absetzen“ bedeutet.²⁴

II Droht ein Amtsenthebungsverfahren gegen Trump? Die US-Aufmerksamkeitsökonomie sagt ja. Berühmte Freunde gehen vorbeugend ebenso auf Distanz wie berühmte Gegner.

Im Falle einer formalen Amtsenthebungsklage wird es so oder so eng für Trump. Denn das US-System gegenseitiger Ausbalancierung der Institutionen („check and balance“) erhebt in der Regel nur dann Anklage, wenn es klare Beweise gibt, weshalb in den USA seit Nixon gilt, dass ein eröffnetes Verfahren meist mit einer hohen Schuldwahrscheinlichkeit einhergeht. Clintons Fall Ende der 1990er Jahre war eine Ausnahme in einer historisch, wirtschaftlich und kulturell für den amtierenden Präsidenten günstigen Situation. Sein Amtsenthebungsverfahren wurde von seiner Partei abgeschmettert, obwohl bis heute durchaus Beweise für seine Schuld – in erster Linie der Lüge gegen Kongress und Öffentlichkeit – vorliegen.

Der Wissenschaftler Allan J. Lichtman²⁵, Politik-Professor von der American University in der Hauptstadt Washington DC, der als bisher einziger die Wahl aller US-Präsidenten vorhersagte, einschließlich der äußerst unwahrscheinlich erscheinenden Wahl Trumps, hatte bereits kurz vor Trumps Amtsantritt – und danach immer wieder – die begründete Erwartung geäußert, dass Trump das Ende seiner Amtszeit nicht erreichen werde, sondern einem Amtsenthebungsverfahren unterworfen werden würde, bevor die nächsten Wahlen – angesetzt für November 2020 – stattfinden. Laut CNN von Ende Mai 2017 bereitete sich das Weiße Haus zu diesem Zeitpunkt bereits aktiv auf ein Amtsenthebungsverfahren vor, indem es eine Schar von Anwälten dazu konsultierte und mit ihnen Gegenstrategien entwickelte.²⁶ Trump

23 CNN Politics: Senator: I'd expect Mueller to depose Trump, June 9, 2017, <http://www.cnn.com/videos/politics/2017/06/09/jack-reed-mueller-depose-trump-sot-wolf.cnn>.

24 Ebda.

25 Robert Tannenber: Der Professor, der Trump vorhersah, legt sich wieder fest. In: Die Welt, 18.04.2017, <https://www.welt.de/politik/ausland/article163781334/Der-Professor-der-Trump-vorhersah-legt-sich-wieder-fest.html>.

26 Evan Perez: Sources: White House lawyers research impeachment. In: CNN Politics, May 19, 2017, <http://edition.cnn.com/2017/05/19/politics/donald-trump-white-house-lawyers-research-impeachment/index.html>.

selbst nahm sich für die weiteren Entwicklungen einen eigenen, privaten Verteidigungsanwalt, Marc Kasowitz, der ihm bereits in einigen vopolitischen Verfahren geholfen hatte.²⁷

Unter dem Eindruck der beispiellosen Skandalserie gingen jedoch spätestens seit Mai 2017 sogar Trumps engere „Freunde“ – in der übergroßen Mehrzahl allerdings trotz zum Teil großer persönlicher Popularität wahrlich keine Heilsbringer – auf Distanz zu seiner Politik, darunter, um nur ein Beispiel zu nennen, der Sänger der Gruppe *Aerosmith*, Steve Tyler, der Trump – als einer der wenigen bekannteren US-Künstler – als „engen Freund“ bezeichnete. Denn Trump organisierte vor seiner politischen Karriere Konzerte für Tyler:

„Aerosmith-Sänger Steven Tyler bezeichnet US-Präsident Donald Trump als Freund – von dessen Politik hält er aber nichts. ‚Er ist wahrscheinlich ganz in Ordnung, vermute ich‘, so der 69-jährige. ‚Donald Trump ist ein guter Freund von mir.‘ Er sei bereits bei einigen Aerosmith-Konzerten dabei gewesen. Zu Trumps Politik geht Tyler allerdings auf Distanz. ‚Ich weiß auch nicht, was ihn reitet. Wir sind alle erstaunt, was er anstellt‘, sagte er. ‚Trump schockiert gerade die ganze Welt mit seinem Verhalten.‘“²⁸

Tyler bezeichnet sich allerdings selbst als „verlorenen Menschen“. Er gilt als kitschige Kopie von Rolling Stones Sänger Mick Jagger, dessen Stil er seit seinen Anfängen schamlos kopiert – ein wahrhaft würdiger Trump-Freund, angesichts der zahllosen Plagiats-Vorwürfe gegen Trump selbst und auch gegen dessen Frau Melania. So etwa im Zusammenhang von Melanias berühmter, von Michelle Obama in Teilen direkt abgeschriebener Wahlkampfredede 2016, die die US-Medien genüsslich in der Luft zerrissen.²⁹ Das Trump-Team machte dafür – in typisch Trump'schem Sündenbock-Stil – letztlich eine einzige „unterstützende Mitarbeiterin“ verantwortlich: Es zwang sie mutmaßlich dazu, öffentlich die alleinige Verantwortung dafür zu übernehmen und um Verzeihung für einen rein individuellen Fehler zu bitten.³⁰

Aber auch weit seriösere, politikerfahrenere, in Entertainment und Politik erfolgreichere, zugleich aber nicht minder berühmte sogenannte „Parteifreunde“ gingen früh auf klare und offene Konfrontation zu Trump. So hielt Ende Mai 2017 „der gebürtige Steirer Arnold Schwarzenegger, der in Hollywood Karriere gemacht hat, US-Präsident Donald Trump für einen Vertreter der ‚Steinzeit‘. Der 69-jährige übte am Rande des Filmfestivals im südfranzösischen Cannes scharfe Kritik an Trumps Klima- und Energiepolitik. ‚Er ist zurück im Steinzeitalter‘, sagte

27 Tom Schoenberg and Shannon Pettypiece: Trump Hires Longtime Lawyer Kasowitz for Russia Probe, Source Says. In: Bloomberg News, 24. Mai 2017, <https://www.bloomberg.com/politics/articles/2017-05-24/trump-said-to-hire-longtime-lawyer-kasowitz-for-russia-probes>.

28 Austrian Press Agency (APA): Aerosmith-Sänger distanziert sich, 21. Mai 2017.

29 BBC News: US election: Melania Trump 'plagiarised' Michelle Obama, 19 July 2016, <http://www.bbc.com/news/election-us-2016-36832095>.

30 Chicago Tribune: Trump speechwriter apologizes for plagiarism in Melania Trump's speech, July 20, 2016, <http://www.chicagotribune.com/news/nationworld/politics/ct-melania-trump-speechwriter-plagiarism-20160720-story.html>.

der frühere Gouverneur von Kalifornien über seinen republikanischen Parteifreund. Er rügte insbesondere ein Dekret Trumps von Ende März. Damit hatte der Präsident mehrere Klimaschutzbestimmungen seines Vorgängers Barack Obama aufgehoben.³¹

Im Juni 2017 verbreitete Schwarzenegger, als ehemaliger gemäßigter Republikanischer Gouverneur aufgrund von Erfolgen seiner Politik z.B. im Umweltbereich in Kalifornien nach wie vor beliebt und auch landesweit parteiintern angesehen, im Internet eine bemerkenswerte Video-Rede, in der er Trump direkter denn je angriff, ja im „Du-Stil“ frontal zur Rede stellte und zur Umkehr seines „Trumpismus“ aufforderte. Die Rede wurde bis Anfang Juni mehr als 74 Millionen Mal weltweit angesehen. Schwarzenegger wies darauf hin, dass „ein Mann allein die Revolution der sauberen Energien nicht aufhalten kann! Ein Mann allein kann uns nicht alle in die Vergangenheit zurückführen. Ihr Job, Herr Trump, als Präsident ist es, die Menschen zu beschützen. 200.000 Menschen in den USA sterben jedes Jahr an Luftverschmutzung – und mehr als die Hälfte unserer Flüsse und Bäche ist so verschmutzt, dass unsere Gesundheit gefährdet ist. Aus Angst vor der ungewissen Zukunft blicken viele Menschen lieber zurück. Aber das ist der falsche Weg. Manche von uns wissen, wie eine Zukunft mit sauberer Energie aussieht. Und daran ist nichts Beängstigendes. Wir erinnern uns an die furchtlosen Anführer, die uns in die Zukunft geleitet haben. Mr. President, entscheiden Sie sich für die Zukunft. Der Bundesstaat Kalifornien hat eine Vorreiterrolle in den USA eingenommen. Mit den Gesetzen, die zu meiner Zeit als Gouverneur verabschiedet wurden, ist Kalifornien zum führenden Bundesstaat in den Bereichen Umweltschutz und Wirtschaftswachstum aufgestiegen. Umweltschutz wird unsere Wirtschaft nicht zerstören – er wird sie weiter ankurbeln!“³²

Schwarzenegger ging so weit zu sagen – „Sehen Sie, Herr Trump, die Menschen werden aufstehen. Lokale und regionale Regierungen werden aufstehen. Sie werden den Leerraum füllen, den Sie erzeugen!“³³ – und die lokalen, regionalen und Bundesstaaten-Regierungsebenen aufzufordern, die Anti-Umwelt-Agenda Trumps zu unterlaufen, um „Washington DC nicht das Heft in die Hand zu geben.“³⁴ Laut Schwarzenegger können 70% aller Umweltauflagen der USA auf lokaler, regionaler und Bundesstaatenebene kontrolliert werden – und daher sei eine „Grassroots-Revolution“ gegen die aktuelle Regierung das einzige Mittel, um die Zukunft mutig zu ergreifen. In den USA werde nun eine große „Revolution von unten“ gegen den „Trump da oben“ stattfinden – wie bei allen großen, fortschrittlichen Bewegungen der Geschichte.³⁵ Die Welt brauche,

so Schwarzenegger, eine „Grassroots-Revolution gegen den Trumpismus, um den Planeten zu retten.“³⁶

Damit identifizierte Schwarzenegger Trump nun plötzlich in wohlbegründeter Umkehr aller (rhetorischen) Verhältnisse mit dem allseits verhassten Washington DC und seiner „Insider-Mentalität“ – zur durchaus großen Beunruhigung des Trump-„Establishments“, das in „Schwarzi“ sofort einen neuen Hauptfeind „von Innen“ erkannte. Wäre er nur der einzige!

Bereits vor Trumps Amtsantritt hatte Anfang Januar 2017 Oskar-Preisträgerin Meryl Streep, stellvertretend für die breite „schweigende demokratische Mehrheit“ in der US-Unterhaltungsindustrie und von der gesamten Industrie-Community anerkannt als glaubwürdige Demokratie-Aktivistin, bei der Verleihung des Cecil B. DeMille Awards an sie im Rahmen der weltweit verfolgten Golden-Globe-Feiern in Los Angeles eine emotionale Rede gegen Trump gehalten. Diese erregte sowohl national wie international Aufmerksamkeit. Darin bemerkte sie unter anderem zum Kern des „Trumpismus“ als Weltanschauung und Weltansatz, indem sie Trumps Verspottung eines behinderten Reporters im Wahlkampf 2016 zum Beispiel nahm, das Folgende:

„Sie und wir alle in diesem Raum gehören derzeit zum am meisten verleumdeten Segment der amerikanischen Gesellschaft. Es gab da eine schauspielerische Leistung (*performance*) in diesem Jahr [2016], die mich besonders betroffen machte [...] – nicht, weil sie gut war; da war nichts Gutes an ihr. Aber sie war effektiv und erzeugte die gewünschte Wirkung: Lacher bei den Zuhörern. Es war jener Moment, in dem die Person, die auf dem am meisten respektierten Sitz unseres Landes zu sitzen beansprucht, öffentlich einen behinderten Reporter nachöffte. Jemanden also, den diese Person an Privilegien, Macht und Möglichkeiten, dagegenzuhalten weit übertraf. Es brach mein Herz, als ich das sah, ich kann es nicht aus meinem Kopf kriegen, denn es handelte sich nicht um einen Film, sondern um das reale Leben. Wenn dieser Instinkt zu demütigen Gestalt annimmt durch jemanden, der auf der öffentlichen Bühne steht, durch jemanden der Macht hat, sickert das herunter in die Leben von jedem von uns. Denn ein solches Verhalten gibt in gewisser Weise anderen Menschen die Erlaubnis, dasselbe zu tun. Respektlosigkeit erzeugt Respektlosigkeit, Gewalt erzeugt Gewalt. Wenn die Mächtigen ihre Position dazu benutzen, andere zu mobben, dann verlieren wir alle. Und das bringt mich auf die Rolle der Presse: Wir brauchen eine seriöse Presse, die die Mächtigen zur Verantwortung zieht, sie öffentlich bloßstellt für jeden Fehltritt. Eben deshalb haben unser Gründerväter die Presse und ihre Freiheit in der Verfassung verankert.“³⁷

Der vielfach preisgekrönte Schauspieler Robert de Niro dagegen ist der Ansicht, „Trumpismus“ bedeute,

31 APA: Schwarzenegger kritisiert Trump, 23.05.2017.

32 Bild Zeitung: Wegen Aufkündigung des Klima-Deals: Schwarzenegger geigt Trump die Meinung, 02.06.2017, <http://www.bild.de/politik/ausland/donald-trump/video-botschaft-schwarzenegger-attacke-wegen-klimaabkommen-52018290.bild.html>. Originalvideo mit der vollen Rede: Ebda.

33 Originalvideo, a.a.O.

34 Ebda.

35 Ebda.

36 Ebda.

37 Daniel Victor and Giovanni Russonello: Meryl Streep's Golden Globes Speech. In: The New York Times, January 8, 2017, https://www.nytimes.com/2017/01/08/arts/television/meryl-streep-golden-globes-speech.html?_r=0.

dass „die USA jetzt eine tragische Idioten-Komödie darstellen“. Bei einer Rede an der Brown University im US-amerikanischen Bundesstaat Rhode Island teilte Schauspiel-Ikone Robert De Niro gegen US-Präsident Donald Trump aus. Die USA waren bis vor kurzem noch ein ‚inspirierendes, erhebendes Drama‘. Unter der Trump-Präsidentschaft [aber] schaue er nur noch CNN, um ‚über den Idioten informiert zu bleiben‘. Den Absolventen der Universität gab De Niro einen Rat: ‚Werdet nicht berühmt, nur, um berühmt zu sein. Wir haben einen Präsidenten, der deswegen im Amt ist, weil er in einer dieser [Reality-] Shows war‘, so der 73-Jährige. ‚Und wo hat uns das hingeführt? [...] Wir befinden uns in einem Albtraum‘.³⁸

Und de Niro weiter: „Ich meine, er ist so unfassbar dumm. Er ist ein Punk, ein Hund, ein Schwein. Colin Powell hat es am besten gesagt: Er ist ein nationales Desaster. Er ist eine Peinlichkeit für dieses Land. Es macht mich so wütend, dass dieser Narr, dieser Volltrottel, da hinkam, wo er heute ist. Er erzählt, wie er gern Menschen ins Gesicht schlagen würde? Nun, ich würde ihm gern ins Gesicht schlagen!“³⁹

Ähnlich wie de Niro, aber etwas moderater und gelassener, kann auch einer der Protagonisten der sowohl national wie international populärsten Fernsehserie über US-Politik im Weißen Haus, Kevin Spacey, über Trump nur noch „staunen“. Er hält unter dem Einfluss des „Trumpismus“ Politik zunehmend für eine „Reality Show“:

„Kevin Spacey, Darsteller des intriganten Präsidenten Underwood in der US-Serie ‚House of Cards‘, hält nicht zuletzt wegen Donald Trump die echte Politik für die neue Realityshow. ‚Ich glaube, das ist mittlerweile deutlich zu erkennen‘, so der Schauspieler. ‚Kaum ein Tag vergeht, da man nicht mit Staunen auf die Nachrichten reagiert.“⁴⁰

Sowohl die nationale wie die internationale „Aufmerksamkeitsökonomie“, beide großteils oberflächlich und meist sensationsheischend, wandte sich bereits nach wenigen Amtsmonaten vergleichsweise geschlossen gegen Trump. Dabei müsste die Unterhaltungsindustrie ihrer eigenen, in vielen Aspekten erbarmungslosen Logik nach eigentlich für ihn dankbar sein. Denn Trump erhöht er in jeder Hinsicht ihre Einschaltquoten und Zuschauerraten.

Wer den Einfluss von „Stars“ auf die öffentliche Meinung der USA kennt, weiß, welcher Druck sich hier für Trump zusätzlich zur juristischen, politischen, institutionellen und sozialen Bedrohung aufbaut. Dieser Druck ist umso größer, als Trump auch als Politiker zu

einem wesentlichen Teil selbst Produkt dieser US-Unterhaltungsindustrie ist – vor allem mittels seiner „The Apprentice“-Reality-Show⁴¹ (seit 2004), als deren bezahlter „Executive Producer“ er laut *New York Times* auch noch nach Amtsantritt als US-Präsident aufschien (!), aber auch darüber hinaus in seinem sich maßgeblich aus Fernsehauftritten ableitenden Namenskult, der sein eigentliches Wirtschaftsgut ausmacht. Deshalb bricht Trump durch Prominenten-Störfeuer ein wesentlicher Teil seiner Popularität weg, oder wird zumindest hinterfragt oder faktisch lächerlich gemacht. Für seine Gegner in der US-Unterhaltungsindustrie hat Trump denn auch ungewollt sein Gutes: Er verleiht den Unterhaltungsmedien Auftrieb und einen neuen Frühling als proto-„intellektuelle“ Verteidiger der Demokratie. Oder wie es die US-Sängerin und Musikerin Alicia Keys anlässlich einer Ehrung durch die Menschenrechtsorganisation Amnesty International ausdrückte: „Donald Trump tut der Bürgerrechtsbewegung in den USA gut. Zum ersten Mal ist jetzt alles offen zu sehen.“⁴²

III Das einzig Sichere an Trumps Medienkrieg: Es wird keinen Frieden geben. Die seriös-liberalen US-Medien nehmen nur Trumps Kapitulationserklärung entgegen.

Die Sichtweise Keys' hat angesichts der Fakten zumindest teilweise ihre Berechtigung. Vor allem die mediale US-Öffentlichkeit würde das mehrheitlich ähnlich sehen. Deshalb haben die US-Medien landesweit – mit Ausnahme der rechtskonservativen „Fox News“, dem einflussreichsten Netzwerk der populistischen Rechts-Konservativen, sowie der rechtsnationalen, zum Teil offen rassistischen „Breitbart“-Mediengruppe seines „Chefberaters“ Steven Bannon – Trump ganz ausdrücklich und offen, wie es selten vorher in der amerikanischen Geschichte geschehen ist, den Krieg erklärt, noch verstärkt dadurch, dass Trump ihnen seinerseits – wie erwähnt – wiederholt vor und nach Amtsantritt explizit den Krieg erklärt hatte. Trump tat dies bereits seit den ersten Tagen seiner Kandidatur mit dem Hinweis, es gebe letztlich ja gar keine Unterscheidung zwischen Wahrheit und Lüge. Die Lehre daraus? Alle sogenannte „unabhängige“ Berichterstattung, ja alle Fakten an sich, seien vom „Establishment“ und „den Eliten“ manipuliert, die die landesweiten Medien kontrollierten oder zumindest im Netz ihrer Weltanschauung gefangen hielten.

Die *New York Times*, das Flaggschiff der US-Liberalen, lancierte als Reaktion auf den „Trumpismus“ im Februar 2017 eine „Wahrheitskampagne“ (*Truth Campaign*) gegen die „Fake-News“- und „Alternative-Fakten“-Propaganda des Trump-Teams⁴³, und zwar bis zu dessen erwarteter Anklage wegen

38 Yahoo Nachrichten: „Die USA sind jetzt eine tragische Idioten-Komödie.“ Robert de Niro teilt gegen Trump aus, 30. Mai 2017, <https://de.yahoo.com/kino/die-usa-sind-jetzt-eine-tragische-idioten-komodie-robert-de-niro-teilt-gegen-trump-aus-110616829.html>.

39 Ebda.

40 APA: Kevin Spacey staunt, 22.05.2017. Vgl. Roland Benedikter: US-Wahlkampf: Wettstreit zwischen Realität und Satire. Politischer Essay. In: Politik & Kommunikation. Deutschlands Fachmagazin für politische Kommunikation, Online-Ausgabe, Schwerpunkt: US-Präsidentenschaftswahlen, 21. Oktober 2016, Berlin 2016, S. 1-6, <http://www.politik-kommunikation.de/ressorts/artikel/wettstreit-zwischen-reali-taet-und-satire-710831536>.

41 Michael Kranish, Marc Fisher: The Inside Story of How 'The Apprentice' Rescued Donald Trump. In: *Fortune*, September 08, 2016, <http://fortune.com/2016/09/08/donald-trump-the-apprentice-burnett/>.

42 APA: Alicia Keys ausgezeichnet, 29.05.2017.

43 Joe Concha: New York Times launches major ad campaign: 'The Truth'. In: *The Hill*, February 23, 2017, <http://thehill.com/media/320787-new-york-times-launches-major-ad-campaign-the-truth>.

Verletzung, ja Gefährdung, der US-Verfassung und -Demokratie. Dagegen wählte die konservative *Washington Post* für sich den neuen Wahlspruch „Demokratie stirbt in der Dunkelheit“ (*Democracy Dies In Darkness*⁴⁴). Das war eine bislang in der US-Geschichte beispiellose Aktion eines großen nationalen Medienhauses der Konservativen gegen den eigenen Präsidenten. Positiv denkende Beobachter interpretierten dies als Zeichen der Vielfalt innerhalb der US-Konservativen, in der sich die Pragmatik gegen die Ideologie und den Opportunismus behauptete, ohne dass dies von der Partei theoretisch aufgegriffen werde. Andere sahen darin freilich nur den „Bezos-Effekt“: ein Ergebnis der Tatsache, dass ein offener Trump-Feind, der liberale Silikon-Valley-Unternehmer und Amazon-Besitzer Jeff Bezos, die altehrwürdige „Post“ 2013 gekauft und zu einem modernen Blatt erneuert hatte, ohne ihre Qualität zu schmälern – im Gegenteil.⁴⁵

Andere große Medienhäuser wie *USA Today* oder *Huffington Post* reagierten ähnlich, aber weniger spektakulär.

Der Bruch zwischen Trump und der aufgeklärt-progressiven Medienlandschaft sowohl liberaler wie konservativer Neigung scheint kaum mehr heilbar. In der US-Kultur gibt es traditionell keine Aussöhnung nach einer solchen Kriegserklärung, sondern nur die Kapitulation einer der beiden Gegner. Das US-Prinzip lautet bereits seit dem britisch-amerikanischen Unabhängigkeitskrieg: „Du entscheidest, dass und wann der Krieg beginnt. Ich entscheide, wann er aufhört“.

Durch die „Suspendierung ohne Rückkehr“ des Trump-Vertrauten und mächtigsten *Anchormans* von *Fox News*, Bill O'Reilly⁴⁶, im April 2017 wegen angeblich jahrzehntelanger vielfacher sexueller Belästigungen wurde Trumps mediale Stellung – und damit seine Annahme und argumentative Unterstützung in der US-Öffentlichkeit – weiter erheblich geschwächt. O'Reilly galt als einer der nicht-expliziten, tagespolitisch „verdeckten“ Hauptpropagatoren des „Trumpismus“, lange bevor Trump ins Amt kam. Umgekehrt gilt Trump seit langer Zeit als treuer Konsument und Anhänger von O'Reillys Argumentation, Urteilsbildung und Meinungsmache, die weit vor seine jüngere politische Karriere in die Zeiten seiner (offiziell von ihm selbst erklärten) sechs Bankrotte⁴⁷ reicht.

44 Joe Concha: The Washington Post: 'Democracy dies in darkness'. In: The Hill, February 22, 2017, <http://thehill.com/homenews/media/320619-the-washington-post-democracy-dies-in-darkness>. Vgl. Der Standard Wien: „Democracy Dies in Darkness“: Neues Motto für die „Washington Post“, 23. Februar 2017, <http://derstandard.at/2000053074007/Democracy-dies-in-darkness-Neues-Motto-fuer-die-Washington-Post>; sowie Michael Hanfeld: Amerikas Presse: Harte Zeiten für Trump. Die „Washington Post“ und die „New York Times“ haben sich neue Werbesprüche ausgedacht. Darin sagen sie Donald Trump den Kampf an. Im Fall der „Post“ hat die Sache aber einen Haken. In: Die Welt, 24.02.2017, <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/amerikas-presse-sagt-us-praesident-donald-trump-den-kampf-an-14892474.html>.

45 Eugene Kim: How Amazon CEO Jeff Bezos reinvented The Washington Post, the 140-year-old newspaper he bought for \$250 million. In: Business Insider, May 15, 2016, <http://www.businessinsider.com/how-the-washington-post-changed-after-jeff-bezos-acquisition-2016-5?IR=T>.

46 Digg.com: No longer doing it live. Bill O'Reilly Will Get \$25 Million From Fox After Getting Fired, April 19, 2017, <http://digg.com/2017/bill-oreilly-fired-sexual-harassment-allegations>.

47 The Washington Post: Fact Check: Has Trump declared ban-

IV Keine Mitte, keine Gnade. „Trumpismus“-Kritik durch intellektuelle Meinungsführer: Auch in den USA ist sie sowohl sachlich wie *ad personam* vernichtend.

Von Trump im Gegensatz zur Unterhaltungsindustrie zwar spöttisch ignoriert, aber mittelfristig weit mächtiger, als der zutiefst anti-intellektuelle Präsident denkt, hat sich auch unter den intellektuellen Meinungsmachern Amerikas eine klare Haltung zum „Trumpismus“ herausgebildet. Diese ist vernichtend. Und sie verfügt über ein schier nicht enden wollendes Arsenal an schwer widerlegbaren Argumenten gegen den Präsidenten – sowohl sachlich wie gegen seine Person als „Politikmacher“. Einig sind sich die Intellektuellen Amerikas darin, dass Trump kein „Erbauer“, sondern einer „Zertrümmerer“ ist, von dem man letztlich nicht wisse, ob er mit oder ohne schlüssige Vision, und mit oder ohne zusammenhängende Ideologie weltumspannende Brüche erzeugen will.

Einer der ständigen „Dekonstrukteure“ Trumps ist der landesweit bekannte Politikanalytiker, Autor des Buches „Die Zukunft der Freiheit: Illiberale Demokratie in Amerika und weltweit“ (*The Future of Freedom: Illiberal Democracy at home and abroad*⁴⁸) und Kolumnist Fareed Zakaria. Seine Grunderkenntnis zum „Trumpismus“ lässt sich in einem Satz zusammenfassen: Es scheint so, als sei der Großteil der Trump-Politiken „beinahe bewusst und systematisch“⁴⁹ darauf bedacht, das System von *check und balance* außer Kraft zu setzen, das für die amerikanische Demokratie grundlegend ist – um die wechselseitige Kontrolle, Begrenzung und Mäßigung der Institutionen zu unterlaufen.⁵⁰ Zakaria hatte bereits am Ende des Wahlkampfes 2016 Trump als „Krebs der amerikanischen Demokratie“⁵¹ bezeichnet. Er schrieb nach Trumps Wahl einen vielbeachteten Beitrag für die Zeitschrift *Foreign Affairs* über die neue „Macht des Populismus“ (*The Power of Populism*), in dem er das Phänomen als ein Hauptsymptom in einer weit umfassenderen und grundsätzlichen Bedrohung der weltweiten Demokratie verurteilte.⁵² Und Zakaria hat auch die Ideologie der Trump-Administration herauszuarbeiten versucht, indem er Trumps Chefstrategen, den zweitmächtigsten Mann Steven Bannon, untersuchte – und auf eine Vielzahl an Widersprüchen zwischen Worten und Taten hinwies.

In diesem Beitrag strich er, wichtig für die Rezeption und Deutung des „Trumpismus“ in US-Intellektuellenkreisen und -Universitäten, dass Bannon den „Trumpismus“ als Wiederauferstehung der „Solidarität“

kruptcy four or six times?, September 27, 2016, https://www.washingtonpost.com/politics/2016/live-updates/general-election/real-time-fact-checking-and-analysis-of-the-first-presidential-debate/fact-check-has-trump-declared-bankruptcy-four-or-six-times/?utm_term=.cbad70b51c4a.

48 Fareed Zakaria: *The Future of Freedom: Illiberal Democracy at Home and Abroad*, W. W. Norton & Company 2007.

49 Fareed Zakaria, in: CNN: Tonight with Don Lemon, 30.01.2017. 50 Ebda.

51 Alexandra King: Fareed Zakaria: Trump is a cancer on American democracy. In: CNN, November 7, 2016, <http://edition.cnn.com/2016/11/06/opinions/fareeds-take-on-trump/>.

52 Fareed Zakaria: Populism on the March. Why the West is in Trouble. In: *Foreign Affairs*, November/December 2016 Issue, <https://www.foreignaffairs.com/articles/united-states/2016-10-17/populism-march>.

der eher kollektivistischen Phasen amerikanischer Geschichte zu „verkaufen“ suche. Bannon mache sich dabei die Sehnsucht nach mehr Gemeinschaft in weiten Kreisen der US-Bürgerschaft außerhalb der Städte zugute – und deute die repressiven, assimilibierenden und ausschließenden Elemente, die in diesen Phasen die amerikanischen Kleinstädte und Dörfer *auch* geprägt habe, bewusst als „gesunde Volkselemente“. Diese stellt Bannon dann als scheinbar „zivilreligiöse“ Impulse „von unten“ an die Stelle sozialer Regelungen, Gesetze und Regierungsmaßnahmen. In Wirklichkeit handle es sich bei der Interpretation des „Trumpismus“ als „Bannonismus“ aber um nichts anderes als um fehlgeleitete Nostalgie nach dem kollektivistischen Impuls der 1930-1950er Jahre, der an die Stelle des US-Individualismus treten soll, der von Bannon als bloßer „Narzissmus“ der 1960er Generation gedeutet wird, während er doch laut Zakaria das Herz der amerikanischen Kultur und Gesellschaft seit jeher in ihren Grundlagen ausmache.

Kleinbürgerlicher Kollektivismus mit dem engstirnigen Mief der 1950er Jahre auf dem „weißen“, wenig gebildeten und fundamentalistisch religiösen Agrarland: Das ist „Trumpismus“ in der Bannon’schen Interpretation für Zakaria.⁵³ Der daraus hervorgehende Nationalismus verwechselt die Phase der 1930er bis 1950er Jahre und jene Trumps, die aus einer gewissen Sehnsucht nach dieser Vergangenheit lebt, mit dem amerikanischen Geist an sich. Und eben diese Verwechslung einer kleinbürgerlich-engen Phase amerikanischer Gesellschaftsentwicklung mit „dem“ amerikanischen Geist von Gemeinschaft an sich ist laut Zakaria für den Trumpismus typisch – auch wenn ihr Namensgeber Donald Trump selbst letztlich von alledem mangels intellektueller Kapazitäten und Interessen keine Ahnung hat und die Interpretation seiner Handlungen dem Werk Bannons überlässt. Dies nicht zuletzt auch deshalb, um sich, wie für Trump stets typisch, ja im innersten Kern kennzeichnend, sich von allem mit einem Paukenschlag „befreien“ zu können, soweit dies nötig werden sollte – nämlich mit einer Absetzung Bannons. Um dann wiederum ideologiefrei, also „unschuldig“ dastehen zu können.

Wenn das die – zwischen Fakten und Interpretation „schiefe“ – Grundlage des „Trumpismus“ ist, dann stehen laut Zakaria auch die faktischen „Welterklärungs“-Ideen der populistischen Wende Bannons weit neben der Realität. Bannon und Trump glauben, dass „das Volk“ „die Macht“ gegen „das System“ und die gebildeten Schichten zurückfordere. Doch die eigentlichen, nämlich durch Fakten gestützt erkennbaren „Weltneuordnungsprinzipien“, die *in der Realität* Amerikas und des Westens wirken und Trump mit hervorgebracht haben, sind, so Zakaria, ganz andere. Hinter den bislang vergleichsweise erfolglos angestrebten „Umsturz“-Ideen des Trump-Teams wirken weit gemäßigte und flexiblere Mechanismen mit anderen Zielen, als von Trumps Ideologen angegeben. Diese Mechanismen zielen von sich

aus keineswegs auf einen „Trumpismus“ hin, sondern sind das Ergebnis amerikanischer und globaler Systemverschiebungen. Darunter das Ende der Mitte, die gewachsene Mobilität des Wahlverhaltens, die Technologisierung der Arbeitswelt und das Aussterben des „Postmaterialismus“ als Geisteshaltung eines sich stabil und wohlhabend fühlenden Mittelstandes. Diese Trends haben in ihrem komplexen historischen Zusammentreffen den „Trumpismus“ begünstigt, aber nicht als solchen gefordert oder gar gewollt. Zakaria:

„Was ist Populismus? Er bedeutet verschiedene Dinge für verschiedene Gruppen. Aber alle Versionen teilen einen Verdacht und eine Feindschaft gegen Eliten, Mainstream-Politiken und etablierte Institutionen. Populismus sieht sich selbst als Strömung, die für die vergessene ‚normale‘ Person spricht, und er entwirft sich oft als die Stimme des wahren Patriotismus. ‚Das einzige Gegengift (*antidote*) gegen Jahrzehnte ruinöser Herrschaft seitens einer kleinen Handvoll Eliten ist eine mutige Infusion an Volkswillen (*popular will*). Zu jeder größeren Angelegenheit, die dieses Land betrifft, liegt das Volk immer richtig, und die regierende Elite liegt falsch‘, schrieb Trump im *Wall Street Journal* im April 2016... Der heutige Populismus... ist weder einzigartig noch besonders aufregend. Die westlichen Länder haben lange eine starke extreme Linke gehabt, die die Mainstream-Linksparteien angeklagt hat, zu marktorientiert und firmenfreundlich (*accomodating of big business*) zu sein. Nach dem Kalten Krieg bewegten sich die Zentrum-Linksparteien weiter zur Mitte hin – so etwa Bill Clinton in den Vereinigten Staaten und Tony Blair in Großbritannien –, und sie öffneten so einen Leerraum, den die Populisten füllen konnten. Doch dieser Leerraum blieb bis zur globalen Finanzkrise 2007-08 leer, bis der darauf folgende Abstieg die Haushalte in den Vereinigten Staaten Billionen an Wohlstand verlieren ließ und zu Arbeitslosigkeit führte... Es ist wenig verwunderlich, dass die schwerste Wirtschaftskrise seit der Großen Depression die Populisten... mit einer Quelle an Energie versorgte.“⁵⁴

Interessanterweise verbanden sich laut Zakaria damit in den USA seit Ende der 1990er Jahre zwei Wähler-Trends, die an sich gegenläufig zu den Effekten und Folgen der Wirtschaftskrise stehen: Der Verlust der Bedeutung traditioneller Zuordnung von sozialen Schichten zu großen Volksparteien, und die ideologische Neutralisierung der Gruppe der „Postmaterialisten“, also jener idealistischen Bevölkerungsgruppe, die moderne Werte über Religion, Fundamentalkollektivismus und Wirtschaftsanliegen stellen:

„Am wichtigsten... scheint der Niedergang von Wirtschaft als Zentrum der Politik. Üblicherweise wird Politik bis heute mittels des klassischen Links-Rechts-Gegensatzes gedacht, der das 20. Jahrhundert kennzeichnete. Linksparteien werden mit gesteigerten Staatsausgaben assoziiert, einem größeren Wohlfahrtsstaat und Unternehmensregulierung. Rechtslastige Parteien dagegen wollten begrenzte Regierung, weniger Sicherheitsnetze, und mehr *laissez-faire* Po-

53 Fareed Zakaria: Stephen Bannon’s words and actions don’t add up. In: The Washington Post, February 9, 2017, https://www.washingtonpost.com/opinions/stephen-bannons-words-and-actions-dont-add-up/2017/02/09/33010a94-ef19-11e6-9973-c5efb7ccfb0d_story.html?utm_term=.a555d43326a5.

54 Fareed Zakaria: Populism on the march, a.a.O.

litiken. Traditionellerweise hat das Wählerverhalten diese ideologischen Ordnungsmuster verfolgt und gestärkt, mit der Arbeiterklasse als Wählern der Linken und der Mittel- und Oberklasse für die Rechte. Das Einkommen war üblicherweise die beste Voraussetzung für die politische Wahl einer Person. Doch dieses alte Wählerverhalten hat sich laut Wissenschaftlern wie [Ronald] Inglehart und [Pippa] Norris unterschwellig bereits seit Jahrzehnten zu verändern begonnen. Bereits in den 1990er Jahren... fiel das klassentypische Wählerverhalten auf den tiefsten Stand, der je registriert wurde, sodass kaum noch Raum für weiteren Verfall blieb. Heute ist der wirtschaftliche Status eines Amerikaners ein schlechter Indikator für sein Wahlverhalten. Ihre oder seine Sichtweisen in Bezug auf soziale Fragen – zum Beispiel gleichgeschlechtliche Partnerschaften (*same-sex marriage*) – sind ein sehr viel genauerer Führer in der Frage, ob er oder sie Republikaner oder Demokraten unterstützen wird. Derselbe Trend gilt auch für Partei-Plattformen. Wirtschaftliche Angelegenheiten wurden weniger wichtig. Nichtwirtschaftliche Fragen, darunter solche, die mit Geschlecht, Rasse und der Umwelt zusammenhängen, wurden sehr viel wichtiger.“⁵⁵

Das bedeutet insgesamt eine Abnahme rein wirtschaftlicher Wählerfaktoren zugunsten einer Zunahme von ideologischen und Weltanschauungsfaktoren in den USA seit der Spätphase der Bill-Clinton-Präsidentschaft. Für den – seitdem langsamen und latenten und erst seit kurzem schnellen und expliziten – Aufstieg des „Trumpismus“ bedeutet dies, dass er paradoxerweise weniger Trumps Agenda, nämlich dem von ihm vielbeschworenen „Verfall des kleinen Mannes“, sondern eher Bannons Ideologie, nämlich einer neuen „Volksrechten“, zu verdanken ist. Was Trump weniger erkannt, als vielmehr aus dem „Unternehmerbauch“ heraus „gespürt“ haben dürfte – und den Grund für Bannons ebenso unerwarteten wie rapiden Aufstieg ins Zentrum der Macht darstellte. Die Frage, die sich daraus ergibt, ist, welche Rolle wirtschaftlicher Pragmatismus (Trump) versus ideologischer Weltanschauungsfundamentalismus (Bannon) in Zukunft innerhalb der Trump-Präsidentschaft spielen wird, welcher der beiden Pfeiler sich zugunsten des anderen ausbreiten wird, und ob ein sich daraus ergebender innerer Machtkampf zwischen „Trumpianern“ und „Bannonianern“, der innerhalb des Trump-Teams längst begonnen zu haben scheint, mittel- bis langfristig in der Waage halten wird lassen.

Zu guter Letzt spielte laut Zakaria neben *demographischen* Verschiebungen, die die Mehrheit der US-Mittelschicht ebenso verunsicherten wie zunehmend beunruhigten, *Technologie* eine wesentliche Rolle für den Aufstieg des „Trumpismus“:

„Eine weitere wichtige Ursache ist die Informations-Revolution. Neue Technologien... verstärken die Effekte der Globalisierung und führen mehr als der Handel dazu, dass gewisse Arten von Arbeit (*certain kinds of jobs*) obsolet werden. Nehmen Sie zum

Beispiel die neuen, erstaunlichen Technologien, die von Google und Uber vorangetrieben werden und fahrerlose Autos möglich machen. Was auch immer die anderen Effekte dieses Trends sein werden, er kann nicht positiv sein für die mehr als drei Millionen Amerikaner, die professionelle Lastwagenfahrer (*professional truck drivers*) sind. Der von männlichen Amerikanern am meisten ausgeübte Job ist heute der, ein Auto, einen Bus oder einen Lastwagen zu fahren, wie Derek Thompson von der Zeitschrift *The Atlantic* hervorhob.“⁵⁶

Doch Trump scheint von all diesen Mechanismen und ihrer komplexen Verflechtung hinter seinem Aufstieg wenig Ahnung zu haben. Sie scheinen ihn in seiner angeblichen „Offensive für das einfache Volk“ auch nur insofern zu kümmern, als er bislang ihr Haupt-Profiteur ist. Die Frage hinsichtlich der sich daraus ergebenden Perspektive ist, ob dieses (zum Teil aktive und methodische) Nichtwissen ein Vor- oder Nachteil für die progressiven Schichten der US-Bevölkerung ist.

Völlige Ahnungslosigkeit gilt laut Zakaria schließlich auch für Trumps Außenpolitik. Das erkenne man etwa an seiner Anti-IS-Politik, die in der aktuellen historischen Passage mit Amerikas Nahost-, und also auch Globalpolitik, untrennbar verknüpft ist. Als Beleg zieht Zakaria die Skandale der ersten Auslandsreise Trumps nach Saudi-Arabien im Mai 2017 heran. Die Saudis hätten Trump laut Zakaria „hereingelegt“, indem sie ihre eigene, langjährige Unterstützung rechtsradikaler islamischer Trends auf den Iran ablenkten, obwohl erwiesen sei, dass der Großteil des islamistischen Terrors von sunnitischen Gruppen ausgehe, die systemisch von Saudi-Arabien unterstützt werden, kaum jedoch von schiitischen Gruppen, die traditionell dem Iran nahestehen. Trotz dieser Offensichtlichkeit von Fakten und Daten hätte Trump in lächerlicher Weise in Saudi-Arabien den Iran für den sunnitischen Terror verantwortlich gemacht, um einen mehr als 100 Milliarden US-Dollar schweren Waffendeal zu stützen, und zwar deshalb, weil er eben keinerlei Ahnung von Ideologie oder gar Religion hinter der Politik habe.⁵⁷ Wenn Zakarias Analyse zutrifft, hätte sich damit erneut gezeigt, dass der „Trumpismus“ in seiner Ideologie ein „Bannonismus“ ist – und zwar mit oder ohne die Person des Präsidenten bzw. seine Zustimmung oder Ablehnung.

Ein zweiter prominenter Kritiker Trumps ist der konservative Vordenker, Fellow am Freeman Spogli Institute for International Studies der Stanford Universität und Autor des „Endes des Geschichte“⁵⁸, Francis Fukuyama. Auch er erklärt den Trumpismus zu einem „fake“, einer Schein-Welterklärung, der jedes Fundament fehle. Davon ausgehend stellt er praktisch alle Maßnahmen und Ziele, die das Trump-Team verfolgt, in Frage – eben weil sie weder mit

56 Ebd.

57 CNN Politics: Fareed's take: Trump and Saudi Arabia, May 28, 2017, <http://edition.cnn.com/videos/politics/2017/05/28/fareeds-take-saudi-arabia-terrorism.cnn>.

58 Francis Fukuyama: *The End of History and the Last Man*, Free Press 1992.

55 Ebd.

der Realität noch der zu erwartenden Zukunft etwas zu tun hätten. Fukuyamas Kritik an Trumps Agenda konzentriert sich – im Unterschied zu anderen Kritikern und Medien, die sich allzu oft an der provokanten Person (ad personam) des Präsidenten aufhängen (und nicht selten auch dort hängen bleiben) –, strikt ad rem und ad ideologiem. Für Fukuyama steht mit Blick auf Trumps innenpolitische Agenda der „Rückkehr des einfachen Volkes“ ins Zentrum der US-Politik an zentraler Stelle die Frage nach der Zukunft der Technologie, und ob Trumps Strategie der „Zurückbringung von Arbeitsplätzen“ in traditionellen Industrien überhaupt realistisch sein kann, weil diese durch Automatisierung und künstliche Intelligenz aussterben und durch höher qualifizierte ersetzt werden. Das werde Trumps mit großem Trara inszenierte „Renaissance des einfachen blue collar Arbeiters“ samt der dahinterstehenden fordistischen Fließbandideologie verunmöglichen. Was wiederum die Ahnungslosigkeit des Immobilien- und Kapitalpekulanten Trump in Volkswirtschaftsfragen untermauere. Fukuyama:

„Donald Trumps beeindruckender Sieg über Hillary Clinton am 8. November [2016] zeigte in einem wichtigen Sinn, dass Amerikas Demokratie noch funktioniert. Trump ist es brilliant gelungen, den vernachlässigten und unterrepräsentierten Teil der Wählerschaft zu mobilisieren: die weiße Arbeiterklasse. Er hat ihre Agenda an die Spitze der Prioritäten des Landes gesetzt. Aber nun wird er liefern müssen; und genau da liegt das Problem. [Trump] hat zwei sehr reale Probleme der amerikanischen Politik identifiziert: wachsende Ungleichheit, die die arbeitende Klasse sehr hart getroffen hat, und die Vereinnahmung des politischen Systems durch gut organisierte Interessengruppen. Unglücklicherweise hat er keinen Plan für die Lösung auch nur eines der beiden Probleme. Ungleichheit wird heute in erster Linie und vor allem durch technologische Fortschritte angetrieben, zweitens durch Globalisierung. Beides hat die amerikanischen Arbeiter dem Wettbewerb durch hunderte Millionen Menschen in anderen Ländern ausgesetzt. Trump hat dazu extravagante Versprechen gemacht, z.B., dass er die Arbeitsplätze zurück in die Vereinigten Staaten bringen werde, und zwar in Sektoren wie traditioneller Fabrik-Produktion (manufacturing) und Kohle, indem er ganz einfach bestehende Handelsverträge neu verhandelt, darunter NAFTA, oder indem er Umweltregeln außer Kraft setzt. [Trump] scheint nicht zu erkennen, dass der US-Fabrikproduktionssektor (manufacturing sector) seit der Rezession von 2008 faktisch expandierte und wuchs, obwohl die Beschäftigung in diesem Sektor gesunken ist. Das Problem daran ist, dass die neue Arbeit in hochgradig automatisierten Fabriken geleistet wird. Währenddessen verfällt Kohle [als Energieträger und Wirtschaftsfaktor] nicht so sehr wegen der Umweltpolitiken des ehemaligen Präsidenten Barack Obama, sondern dank der Revolution von Naturgas mittels Fracking. Welche Politiken könnte die Trump-Regierung anwenden, um diese Trends umzukehren? Wird Trump die Entwicklung neuer Technologien durch die besten Firmen Amerikas regulieren wollen, [um sie zu begrenzen]? Wird er Amerikas multinationalen Firmen einen Bann auferle-

gen, in Fabriken außerhalb des Landes zu investieren, wenn doch der größte Teil des Einkommens dieser Firmen aus ausländischen Märkten kommt? Das einzig wirkliche Steuerungselement (policy instrument), das er zur Verfügung haben wird, sind Strafzölle, die wahrscheinlich einen Handelskrieg zur Folge haben und Arbeitsplätze im Exportsektor kosten für Firmen wie Apple, Boeing und General Electric.“⁵⁹

V Trump: Ein amerikanischer Faschist?

In Folge dieser Verhältnisse – Trumps „disruptive“ Politiken und Bannons öffentliche ideologische Belehrungen des „amerikanischen Volkes“ – erschien am 12. Mai 2017 in der *New York Times* ein bemerkenswerter Artikel, der die Stimmung der liberalen und aufgeklärten Intellektuellen und Eliten, aber auch von Teilen der zusehends besorgten gebildeten Bevölkerung (vor allem an den amerikanischen Küsten) auf den Punkt brachte. Der Verfasser war Henry Wallace, Enkel des Vizepräsidenten (1941-1945) der USA unter Franklin D. Roosevelt, Henry Wallace, und Vorsitzender des von diesem gegründeten *Wallace Global Fund*. Wallace schrieb als Grundsatzanalyse der Ideologie von, hinter und um den „Bannon-Bannerträger“⁶⁰ Trump:

„Vor 73 Jahren bat die *New York Times* den amtierenden Vizepräsidenten, einen Artikel darüber zu schreiben, ob es in Amerika Faschisten gebe, und was sie vorhätten. Das war eine alarmierende Frage. Und der damalige Vizepräsident nahm sie sehr ernst. Sein Artikel: „Die Gefahr eines amerikanischen Faschismus“ beschrieb eine Generation von Super-Nationalisten, die politische Macht anstrebten, indem sie die Amerikaner täuschten und mit deren Ängsten spielten, aber in Wirklichkeit nur am Schutz ihres eigenen Reichtums und ihrer Privilegien interessiert waren. Dieser Vizepräsident war mein Großvater, Henry A. Wallace. Und aus meiner Sicht sah er bereits damals Trump voraus.“⁶¹

Schon diese Einleitung ließ für die historische Analyse des „Trumpismus“ durch führende amerikanische Meinungsträger wenig Gutes vermuten. Doch der Autor zeigte sich als weit gemäßigter, wissenschaftlich und historisch informierter und in der Sache realistischer, als der Beginn des Beitrags vermuten ließ:

„Um es ganz klar zu sagen: Ich glaube nicht, dass der präzise Begriff ‚Faschismus‘ – so wie bei Mussolini und Hitler – in fairer Weise auf Herrn Trump angewendet werden kann. Mussolini war Proponent eines ‚Korporatismus‘, was bei manchen Gelehrten als eine Art ‚Verschmelzung von Staat und Firmenmacht‘ definiert wird. Doch eben durch diese Linse scheint der Gebrauch die-

59 Francis Fukuyama: Trump and American Political Decay. After the 2016 election. In: *Foreign Affairs*, November 9, 2016, <https://www.foreignaffairs.com/articles/united-states/2016-11-09/trump-and-american-political-decay>.

60 Gwynn Gilford and Nikhil Sonnad: Under the Banner of Bannon. What Steve Bannon really wants. In: *Quartz*, February 3, 2017, <https://qz.com/898134/what-steve-bannon-really-wants/>.

61 Henry Scott Wallace: American Fascism, in 1944 and Today. In: *The New York Times*, May 12, 2017, <https://www.nytimes.com/2017/05/12/opinion/american-fascism-trump.html>.

ses Begriffs durch meinen Großvater [auch] durchaus vorausweisend [auf die Gegenwart].“⁶²

Was genau meinte Wallace mit seiner – in der Essenz widersprüchlichen – Eingangs-Darstellung? Seine folgenden Ausführungen erklärten den „Trumpismus“ aus einem weiteren, paradoxiefreundlichen und daher – verglichen mit der Natur des „Trumpismus“ – vielleicht zentral wichtigen Blickwinkel. Dieser wird in der deutschsprachigen Welt bislang in seiner konstitutiven Einheit einander im Prinzip entgegenstehender Elemente oft ignoriert oder zumindest wenig wahrgenommen. Doch gerade die „widerspruchs-integrative“ Natur des „Trumpismus“ scheint für seine Gegenwart und Zukunft entscheidend – ist sie doch seine „nachmoderne“ Charakteristik über bisherige Links-Rechts-Muster hinaus. Gerade Wallaces Blickwinkel kann deshalb meiner Meinung nach einen wesentlichen Aspekt der Gesamt-Urteilsbildung darstellen. Dies gerade auch im Hinblick auf die im Verlauf der (möglicherweise) verbleibenden Amtszeit Trumps noch anstehenden Ereignisse:

„Mein Großvater warnte vor Profitmachern und Rattenfängern (*hucksters*), die populistische Themen aufgreifen, indem sie die Menschen und Institutionen dazu manipulieren, das Gegenteil [des Gewünschten] anzustreben. Sie geben an, auf der Seite der gewöhnlichen, arbeitenden Menschen zu stehen – ,indem sie Lippenbekenntnisse abgeben zu Demokratie und allgemeiner Wohlfahrt‘, schrieb er. Aber zugleich ,misstrauen sie der Demokratie, weil sie für gleiche Chancen steht‘. Sie stellen ,unvermeidlich Geld und Macht über Menschen‘, fuhr [mein Großvater] fort. ,Sie verlange freies Unternehmertum (*free enterprise*), sind aber die Sprecher für Monopole und verdeckte Interessen (*spokesmen for monopoly and vested interest*).‘ Sie geben auch vor, ,Super-Patrioten zu sein, aber sie würden jede Freiheit zerstören, die von der Verfassung garantiert ist.‘ Sie schwafeln darüber, Amerika an die erste Stelle zu setzen, aber das ist nur ein Vorwand. ,Sie benützen Isolationismus als einen Slogan, um ihren eigenen, selbstbezogenen Imperialismus zu verdecken‘. Sie brauchen Sündenböcke und nähren massive ,Intoleranz gegen alle von anderer Rasse, Partei, Klasse, Religion, Kultur, Region oder Nation.‘“⁶³

Das würde in der Essenz bedeuten: Proto-Faschisten vom Stil eines Donald Trump täuschen die US-Bevölkerung – bewusst wie auch unbewusst. Das würde Trump zu einem zeitgemäßen „Faschisten des globalen Zeitalters“ machen. Doch dieser Vergleich hinkt, und er wäre zweifellos überzogen und an der Wurzel unrichtig. Denn erneut: US- und europäischer Faschismus sind laut Wallace nicht deckungsgleich:

„Mein Großvater erkannte den großen Unterschied (*great difference*) zwischen amerikanischen Faschisten und den mörderischen Autoritär-Herrschern anderer Ländern an. Die amerikanische Variante braucht keine Gewalt. Die Menschen anzulügen ist so viel einfacher. Man ,vergiftet die Kanäle öffent-

licher Information‘, schrieb er. Das Problem dieser Leute ist ,nie, wie man die Wahrheit am besten dem Publikum präsentiert, sondern wie man Neuigkeiten so gebraucht, um das Publikum zu täuschen.‘ Diese Leute gebrauchen Lügen strategisch, um eine Entzweiung der Bürgerschaft zu erreichen – solange das ihre autoritären Eingriffe (*authoritarian crackdowns*) rechtfertigt. Mittels ,willkürlicher Perversion von Wahrheit und Fakten‘, so mein Großvater, ,kultivieren ihre Zeitungen und Propaganda sorgsam jeden Spalt von Nichteinigkeit.‘ So werden Lügen über noch nie dagewesene Raten von Kriminalität einen Polizeistaat legitimieren. Lügen über Immigranten, die Vergewaltiger sein sollen, und Terroristen sollen die Errichtung einer großen Grenzmauer rechtfertigen, außerdem Massen-Ausweisungen und religions-begründete Immigrationsverbote, Lügen über [angebliche] Millionen illegaler Stimmen bei Wahlen haben das Ziel, die Unterdrückung von benachteiligten Gruppen zu entschuldigen.“⁶⁴

Wallace ist um konkrete, aktualitätsbezogene Beispiele der jahrzehntealten Analyse seines Großvaters hinsichtlich der heutigen Trump-Administration keineswegs verlegen: „Hier sind einige meiner Favoriten [aus dem Zitatenschatz meines Großvaters von damals]: Autokraten ,geben Kredit an Pauschal-Verdächtigungen, die keine faktische Grundlage haben.‘ Aber es gibt noch mehr [ähnliche] Beispiele [in der Gegenwart]: ,Die größte‘ Inaugurations-Menge aller Zeiten. ,Ich habe die Mehrheit der Stimmen gewonnen (*I won the popular vote*), und: ,Obama hat meine Aufnahmen abgehört‘ (*Obama had my wires tapped*).‘... Klimawandel ist ,nicht existent‘ und ,mythologisch.‘ ,Die Russland-Trump Interessenskonflikt-Geschichte ist ein totaler Witz‘, und die FBI-Untersuchung dazu war nur ein ,vom Steuerzahler bezahltes Manöver‘ – nun hervorgehoben durch die fristlose Entlassung (*firing*) von FBI-Direktor James Comey. Das ultimative Ziel? ,Ihr finales Ziel, auf das all ihre Täuschungen hinzielen, ist es, die politische Macht einzunehmen – damit sie, indem sie die Macht des Staates und die Macht des Marktes gleichzeitig benutzen, den normalen Menschen in ewiger Unterwerfung halten können.‘ Das klingt irgendwie... nach Präsident Trump.“⁶⁵

Und was wären, abschließend, laut Wallace, die „Gegenmittel“ zu solcher Vereinnahmung von Demokratie? Dieser Punkt scheint, wenn seine Vorannahmen stimmen, alles entscheidend. „Das Gegenmittel? Für meinen Großvater lagen sie in der Phrase vom ,normalen Menschen.‘ Im Jahr 1942 wies er bekanntermaßen Konservative zurück, die für ein ,Amerikanisches Jahrhundert‘ eintraten, das größte Land der Erde, das die Welt dominieren sollte. Nonsense, sagte mein Großvater in seiner Rede: Wir Amerikaner ,sind genauso wenig eine Meister-rasse (*a master race*) wie die Nazis.‘ Stattdessen forderte er ein ,Jahrhundert des normalen Menschen‘ – normale Leute, die aufstehen und für ihre Rechte kämpfen, mit ordentlicher Arbeit, organisiert (in Gewerkschaften), die eine verantwortliche Regierung

62 Ebda.

63 Ebda.

64 Ebda.

65 Ebda.

fordern, die sich zu ‚größerer Wohlfahrt‘ verpflichtet, statt zu Privilegien einiger weniger, einschließlich angemessener Schulen für ihre Kinder (die die ‚Wahrheiten der realen Welt‘ lehren). Demokratie, so sagte [mein Großvater] in seinem Essay aus dem Jahr 1944, muss ‚Menschen an die erste Stelle und Dollars an die zweite Stelle‘ setzen. Wenn es irgendeinen Trost in seinem Essay von vor 73 Jahren gibt, dann der, dass dieser Kampf nicht neu ist. Er war sogar seinerzeit nicht neu. Die Hauptfrage ist heute, wie unsere Demokratie und unsere spröde (*brash*) neue Aktivisten-Generation damit umgehen wird.“⁶⁶

Zwar unterstreichen US-Intellektuelle wie Sheri Berman vom Barnard College der Columbia University New York gegenüber Wallaces Argumentation und Beispielen völlig zu Recht, dass „Populismus nicht Faschismus ist“⁶⁷ – jedenfalls nicht an sich und nicht automatisch. Zugleich weisen die meisten aber auch darauf hin, dass der aktuelle US-Populismus eben und gerade in Gestalt des „Trumpismus“, gewollt oder ungewollt ein Nährboden oder gar „Vorboten“⁶⁸ für einen kommenden Faschismus-Trend innerhalb westlicher Demokratien sein könnte. Er könnte, so ihre Meinung, eben wegen der komplexen dahinterstehenden Mechanismen auch nach Trumps Abgang nicht das letzte grenzwertige Phänomen in diese Richtung darstellen.

Fakt ist: Trumps bisherige Amtszeit folgte mehr als anderem, und sicher mehr als einem (wenn auch typisch amerikanischen) „Faschismus“, einem fundamentalen „Spaltungsprinzip“ – und zwar mehr oder weniger bewusst vom ersten Augenblick an. Trumps Spaltungstätigkeit richtete sich nicht nur gegen die innere Kohäsion der USA, sondern auch und vor allem gegen den Westen. Besorgniserregend scheint, dass, wie die Untersuchungen der zuständigen US-Institutionen gegen das Trump-Team nahelegen, dies – möglicherweise zum Teil gewollt, wahrscheinlicher aber aus schlichter Unfähigkeit und Überforderung ungewollt – im Dienst ausländischer Mächte erfolgte, die Trump für den Zweck der Schwächung der USA, Europas, des Westens und insgesamt des bisherigen, liberal-demokratischen Zentrums der bestehenden Weltordnung benutzen.⁶⁹

Deshalb stiegen nach wenigen Monaten seiner Amtszeit die Sorgen nicht nur der Eliten, sondern weit breiterer US-Kreise – nicht nur bezüglich der innenpolitischen Entwicklung, sondern auch bezüglich der Rolle des „Trumpismus“ im Hinblick auf die bestehende internationale Ordnung. Diese wurde der Idee nach ja von den USA als militärischer Garantie- und Legitimationsmacht und von Europa als Zivilmacht seit dem Ende des Kalten Krieges als globale liberale Friedensordnung, als wirtschaftliche Globalisierung mit dem Effekt der zivilreligiösen Ausbreitung von Demokratie und als technische

Vernetzung zugunsten der Herausbildung einer ersten menschheitlichen „Noosphäre“ errichtet. Die führende Zeitschrift *Foreign Affairs*, eine Publikation des amerikanischen *Council on Foreign Relations* in der Hauptstadt Washington, brachte diese von den USA über die USA hinausreichenden Sorgen zum „Trumpismus“ in einem Satz auf den Punkt:

„Lange vor Donald Trumps Wahl zum US-Präsidenten begann die von den USA gesponserte liberale internationale Ordnung an ihren Rändern zu bröckeln. Was erst wird geschehen, wenn Trump, ein erklärter Gegner dieser Ordnung, die Kontrolle über die amerikanische Außenpolitik übernimmt?“⁷⁰

VI Trumps weitere Amtszeit: Revolte der Republikaner? Ein Grundtrend: Die fortschreitende Schwächung Trumps in der eigenen Partei. Wie lange dauert es, bis sich die Republikaner gegen ihren Präsidenten wenden (müssen)?

Wie Trumps Ideologie konkret in die Praxis und in angewandte politische Maßnahmen zur „Neuordnung“ des Landes und danach auch der Welt überführt werden soll, hat Trump im ersten Halbjahr seines Amtsantritts bereits eindrucksvoll vorexerziert – mit, gelinde gesagt, gemischten Ergebnissen. Diese drohen, sich nachhaltig und dauerhaft gegen Trump und den „Trumpismus“, wie immer er auch von verschiedenen Gruppen interpretiert werden mag, an der Basis seiner Politiken zu wenden – so es einen „Trumpismus“ als Ideologie denn tatsächlich gibt. Der Zweifel sind viele; aber die Praxis hat auch ihre Stimme.

Die Gesamtentwicklung seit Trumps Amtsantritt führt, je mehr das Trump-Team (polemisch) agitiert, jedenfalls zu einem klaren Gegentrend: Der fortschreitenden Schwächung Trumps in der eigenen Partei. Die objektive, ausdrücklich nicht parteinehmende Frage für die kommenden Jahre lautet deshalb sowohl aus nationaler wie aus internationaler Sicht: Wie lange dauert es, bis sich die Republikaner gegen ihren Präsidenten wenden (müssen)?

In der Tat stand Trump im Sommer 2017, also bereits zu einem ungewöhnlich frühen Zeitpunkt seiner Amtszeit, mit dem Rücken zur Wand. Während die Medien quer durch das gesamte politische und ideologische Spektrum – mit Ausnahme des rechtskonservativen „Fox“-Netzwerks und der radikalen „Breitbart“-Gruppe seines Beraters Steve Bannon – ihm den bedingungslosen Krieg bis zur Kapitulation erklärt und die oppositionellen Demokraten wohl noch nie in ihrer Geschichte ein so eindeutiges und „dankbares“ Feindbild für ihre Selbsterneuerung und den Gewinn der Zwischenwahlen im November 2018 hatten, wurde auch das Murren in der eigenen Republikanischen Partei unüberhörbar lauter. Das kündigt nichts Gutes

66 Henry Scott Wallace: *American Fascism, in 1944 and Today*, a.a.O.

67 Sheri Berman: *Populism is Not Fascism. But It Could Be a Harbinger*. In: *Foreign Affairs*, November/December 2016 Issue, Volume 95, Number 6, pp. 39-45.

68 Ebda.

69 BBC one Panorama: *Trump's America*. Homepage, <http://www.bbc.co.uk/programmes/b083h0qs>.

70 *Foreign Affairs: Out of Order? The Future of the International System*, January/February Issue 2016, January 17, 2017, <https://www.foreignaffairs.com/events/2017-01-17/january-issue-launch-out-order-future-international-system> und <https://www.foreignaffairs.com/stream-foreign-affairs-january-issue-launch-out-order-future-international-system>.

für den selbsternannten „Retter des Volkes“ und Restaurator eines „wieder großen Amerika“ an.

Der ehemalige CIA-Direktor Barack Obamas (2013-2017) George O. Brennan enthüllte Ende Mai 2017, Trumps Wahlkampfteam habe – Brennans Informationen nach – tatsächlich ungebührliche Kontakte mit russischen Vertretern gehabt.⁷¹ Trump habe überdies mit seinem spontanen Ausplaudern von Staatsgeheimnissen bei Treffen mit russischen Diplomaten, darunter im Gespräch mit Russlands Außenminister Sergei W. Lawrow, gleich mehrfach „die Protokolle verletzt“⁷². Er habe damit sowohl eigene wie verbündete Geheimdienste substantiell gefährdet. Beide Entwicklungen der Russland-Affäre schwächten Trumps Position auch innerhalb der eigenen Republikanischen Partei erheblich.

Trumps Außenpolitik wurde überdies bereits zu einem außergewöhnlich frühen Zeitpunkt seiner Amtszeit Ziel von Angriffen seiner Parteikollegen, darunter des ehemaligen Wahlkampfkonkurrenten um das Präsidentenamt und Augenarztes Rand Paul. Paul forderte, wie es ihm als Kongressmitglied zusteht, im Mai 2017 eine formelle Überprüfung des von Trump soeben abgeschlossenen 110 Milliarden-Waffendeals mit Saudi-Arabien durch das Parlament ein, da er eine Verwicklung der USA in den Konflikt Saudi-Arabiens im Yemen befürchtete und die riesige, strategisch gegen Saudi-Arabiens Todfeind Iran gerichtete Waffenlieferung auch aus humanitären Gründen für nicht rechtens hielt.⁷³ Obwohl Rand sich bereits mehrfach gegen große Waffendeals eingesetzt hat, könnte das Beispiel in der Republikanischen Partei Wurzeln schlagen, den Präsidenten nicht mittels direkter Rhetorik, sondern vielmehr über formal von den Regeln der Institutionen vorgesehenen Verfahren ständig in Kleinkämpfe von Rechtfertigung und Legitimation zu verwickeln, um seine Agenda „vernunftorientiert“ einzugrenzen und einzubremsen. Damit ist eine indirekte Blockadepolitik von Trumps eigener Partei, den Republikanern, zu befürchten, da die Mehrheit ihrer Kongressmitglieder daran interessiert ist, ihren Präsidenten zu mäßigen und zu entschleunigen, wenn nicht gar im Sinn von „check and balance“ soweit als möglich zu neutralisieren, um die Mitte der Gesellschaft, und damit den Mittelstand, nicht völlig in die Hände der Demokraten zu treiben.

Zu den unzähligen Verfehlungen, Unfähigkeitsbeweisen und Skandalen kamen bereits seit Anfang der Amtszeit Trumps offene „Zusammenstöße“ des Weißen Hauses mit seinem eigenen Ethik-Büro (*Office of Government Ethics*⁷⁴) in Sachen Durchlässigkeit

zwischen Beamtenpositionen und Lobbyismus hinzu – ein in Washington aufgrund von Interessenskonflikten und Geheimnisweitergabe beim in den USA üblichen Wechsel von Spitzenbeamten in Lobbypositionen und umgekehrt besonders heikles Thema. Spitzenbeamte werden in der Regel bei Präsidentenwechseln ausgetauscht und nützen dann ihre Beziehungen und Erfahrung im Dienst von Lobbyorganisationen, der Privatwirtschaft oder ausländischen Auftraggebern weidlich aus – was zu Schutzregeln z.B. in Form einer Sperrfrist von mehreren Jahren geführt hat, sodass entsprechende Tätigkeiten erst danach ausgeübt werden können. Trump erklärte die meisten bestehenden Schutzregeln für überflüssig, indem er sie entweder aufweichte, abschaffte oder übergang. Das machte ihn gerade auch in der eigenen republikanischen Partei angreifbar, die ja wesentlich von den streng religiösen Amerikanern lebt, denen (traditionelle) Ethik entscheidend ist.⁷⁵

Strikt wirtschaftliche Maßnahmen blieben ebenfalls nicht ohne Kritik in den eigenen Reihen. Darunter Trumps Vorhaben, bereits ab dem ersten Amtsjahr über einen Zeitraum von 10 Jahren die Hälfte der strategischen Ölreserve der USA zu verkaufen, um damit ein Budgeteinkommen von 16,6 Milliarden US-Dollar zu generieren. Damit würde bei gleichzeitiger Ankurbelung der US-Schieferöl- und Gasförderung der weltweite Ölpreis gedrückt und, so Trumps Argument, die Verbraucher dauerhaft vor steigenden Ölpreisen geschützt. Gleichzeitig würde die US- wie die Weltwirtschaft angekurbelt.⁷⁶ Kritiker warnen allerdings davor, dass dies die US-Verbraucher eben gerade neuen Risiken aussetze, da nach Ablauf der Frist bei gleichzeitiger Abwendung Trumps von erneuerbaren Energien die USA stärker von internationalen Ölpreisschwankungen abhängig würden als bei einer größeren Reserve.

Dass Trump sich zudem – wie erwartet und offenbar in aktivem Widerstand gegen jeden Lerneffekt – außenpolitisch ständig als unerfahrener Anfänger erwies, ja sich als Elefant im Porzellanladen benahm, in geradezu provokanter Demonstration von fehlendem historischen Wissen und Sensibilität, sorgt in der Republikanischen Partei ebenfalls für zunehmende Verstörung, ja Scham. Dass Trump etwa im Rahmen seiner ersten Auslandsreise ins Gedenkbuch der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem schrieb: „So fantastisch! + werde es nie vergessen“ („so amazing + will never forget“)⁷⁷ war nur einer der extremen Fehlritte, die nicht nur bei der starken jüdischen Lobby in Washington, sondern auch bei Republikanern für tiefere Irritation als nur Kopfschütteln sorgte.

Die meiste Kritik in den ersten Amtsmonaten musste Trump allerdings auch aus seiner eigenen Partei

71 Tom LoBianco: Ex-CIA chief John Brennan: Russians contacted Trump campaign. In: CNN, May 23, 2017, <http://www.cnn.com/2017/05/23/politics/john-brennan-house-intelligence-committee/index.html>.

72 CNN: Brennan: Trump may have violated protocols, May 23, 2017, <http://www.cnn.com/videos/us/2017/05/23/john-brennan-trump-may-have-violated-protocols-sot.cnn>.

73 Jeremy Herb: Sen. Rand Paul plans to force vote on \$110 billion Saudi arms deal. In: CNN, May 23, 2017, <http://www.cnn.com/2017/05/23/politics/rand-paul-saudi-arms-deal/index.html>.

74 United States Office for Government Ethics (USOGE): <https://www.oge.gov/>. Vgl. USOGE: Standards of Ethical Conduct for Employees of the Executive Branch, January 1, 2017, [https://www.oge.gov/Web/oge.nsf/0/076ABBBFC3B026A785257F14006929A2/\\$FILE/SOC%20as%20of%2081%20FR%2081641%20FINAL.pdf](https://www.oge.gov/Web/oge.nsf/0/076ABBBFC3B026A785257F14006929A2/$FILE/SOC%20as%20of%2081%20FR%2081641%20FINAL.pdf).

75 Jill Disis: White House clashes with ethics office. In: CNN, May 22, 2017, <http://money.cnn.com/2017/05/22/news/ethics-waiver-response-oge/index.html>.

76 Matt Egan: Your Money, your America. Trump wants to sell half of emergency US oil reserve. In: CNN, May 23, 2017, <http://money.cnn.com/2017/05/23/investing/strategic-petroleum-reserve-trump-budget-us-emergency-oil/index.html>.

77 Die Welt: Trumps Yad-Vashem Eintrag: „So was schreibt man, wenn man auf der Zugspitze steht“, 24. Mai 2017, <https://www.welt.de/politik/ausland/article164874166/So-was-schreibt-man-wenn-man-auf-der-Zugspitze-steht.html>.

für sein erstes, von ihm programmatisch für die gesamte Amtszeit gemeintes Staatsbudget, einstecken. Laut unabhängigen Beobachtern sah dieses im Kern massive „Geschenke“ für die Reichen und starke Belastungen für die ärmeren Bevölkerungsschichten vor.⁷⁸ Auch vielen Republikanern ging die „Simplifizierungstendenz“ Trumps in Richtung ungeschminkte Verstärkung von Ungleichheit zu weit. Trump sah vor allem eine Kürzung des Wissenschaftsbudgets beziehungsweise dessen Verlagerung in die Militärforschung sowie besonders starke Einschnitte bei sozialen und Umweltprogrammen vor.⁷⁹ Auch konservative Experten sahen in Trumps erstem Budget für die USA eine „Wahlkampfveranstaltung auf Papier“, die jeder seriösen Einschätzung von Entwicklungsperspektiven und Anforderungen der USA in den kommenden Jahren widerspreche.⁸⁰ Dabei mache sich die Trump-Administration die wirtschafts- und finanzpolitischen Erfolge Obamas schamlos zunutze, leugne sie zugleich aber bei jeder Gelegenheit pauschal und faktenfremd, ja behaupte, sie allesamt rückgängig machen zu müssen: darunter die Tatsachen von 77 aufeinanderfolgenden Wochen mit Beschäftigungszunahme, eine Arbeitslosenquote von 4,7% nach US-Zählung sowie die Hinzufügung von 235.000 Arbeitsplätzen allein im Februar 2017, was kombiniert eine weitere Leitzinserhöhung seitens der US-Federal Reserve Bank ermöglichte und damit den bereits 2015 von Fed-Chefin Janet Yellen angestrebten Zinstrend „back to normal“ unterstützte. Während Trump diese Erfolge eifrig auf die eigenen Fahnen schreibt, sind sich Sachverständige einig, dass diese Entwicklung langfristig angelegte Trends reflektiert und allein der Obama-Administration zuzuschreiben ist, wobei Trump reiner Nutznießer der Maßnahmen seines Vorgängers ist.⁸¹

Gerade auf dieser Grundlage war Trumps Budgetvorlage vom Mai 2017 umso angreifbarer. In seinem ersten, programmatischen Budgetentwurf zeigt sich Trumps innenpolitische Vision – einschließlich der Beantwortung der Frage, was genau „Make America great again“ bedeutet – diesseits der Schminke pathetischer Rhetorik am deutlichsten. Denn Trumps Budgetentwurf erhielt – auch und gerade durch wirtschafts- und wettbewerbsfreundliche (neoliberale) Expertenforen – die Bewertung von Unausgewogenheit, Radikalität und Oberflächlichkeit:

„Trumps erstes Budget kann so zusammengefasst werden: Große Geschenke für die Reichen, große Einschnitte für die Armen. Er würde der Verteidigungsindustrie und den reichen Steuerzahlern erheb-

lich mehr Geld geben, und er würde dafür bezahlen, wenn es nach ihm geht, mit einer nie dagewesenen Zusammenkürzung des Sicherheitsnetzes für Amerikas Arme. Trump hat ein ‚Panzer und Steuerkürzungen‘-Budget vorgelegt. Mick Mulvaney, Trumps Budgetdirektor, hat das klar zum Ausdruck gebracht. Die größten Einsparungen im Budget kommen von folgenden Posten:

1. Kürzungen von Medicaid: mehr als 600 Milliarden US\$ verteilt über zehn Jahre.⁸² Medicaid ist ein staatliches Hilfsprogramm für die Armen, die sich eine medizinische Behandlung anderweitig nicht leisten können;
- „2. Kürzungen von Essensmarken (SNAP) um 193 Milliarden US\$ über zehn Jahre.“⁸³ Die Essensmarken sind eine staatliche Hilfe, mit der jene Essen kaufen oder Essenseinrichtungen nutzen können, die sich von ihrem Einkommen nicht selbst ernähren können;
- „3. Kürzungen von Studentenbeihilfen um 143 Milliarden US\$ über zehn Jahre.“⁸⁴ In den USA erreicht die Verschuldung von Studierenden jedes Jahr neue Rekordwerte, weil die fehlenden Staatsbeihilfen für die Bildungseinrichtungen die Preise für ein Studium derart in die Höhe treiben, dass es sich die Mittelklasse nicht mehr leisten kann, was ein entscheidender Faktor ihres Abstiegs ist;
- „4. Kürzungen der Pensionen von Staatsangestellten um 63 Milliarden US\$ über zehn Jahre.

Mulvaney sollte wahrscheinlich eine fünfte Gewehrkugel hinzufügen: Behindertenprogramme wurden auch massiv beschnitten. All jene, die sich für die Armen einsetzen, stehen wie gelähmt vor dem Ausmaß der Einschnitte. Das ist ‚eine umgekehrte Robin Hood Agenda‘, erklärte etwa das Center on Budget and Policy Priorities, ein linksorientierter Think-tank, der eine der Stimmen für die Amerikaner mit geringem Einkommen in Washington ist.“⁸⁵

Und das bedeutet zusammengefasst, auch aus Sicht vieler Mitglieder der Republikanischen Partei: Die Grundlagen von Amerikas sozialem Sicherheitsnetz sind durch Trumps programmatischer Budgetkeule sowohl in ihren Prinzipien wie in der Praxis gefährdet.⁸⁶ Denn: Wer soll eigentlich Nutznießer von Trumps Budgetplänen sein? Paradoxerweise am allerwenigsten jene ungelerten Arbeiter und Unterklasse-Angehörigen, Proletarier und kleinen Angestellten, die Trump in ihrer Not und Unkenntnis gewählt haben:

„Welche Steuerzahler profitieren denn in Wirklichkeit von Trump? Die Trump-Administration verteidigt ihre ‚Neuordnungsvision‘ als ein ‚Steuerzahler zuerst‘-Budget. Aber es bleibt ein Mysterium, ob eine typische amerikanische Familie damit in irgendeiner Weise besser wegkommen wird als vorher. Was wir

78 Heather Long: Trump's budget: Big gifts for the rich, big cuts for the poor. In: CNN Money, May 22, 2017, <http://money.cnn.com/2017/05/22/news/economy/trump-budget-gift-to-rich/index.html>.

79 Dan Merica: Trump admin defends sweeping budget cuts to social, environmental programs. In: CNN, May 23, 2017, <http://www.cnn.com/2017/05/23/politics/mulvaney-defends-trump-budget-cuts/index.html>.

80 Chris Cillizza: Donald Trumps budget: ‚2+2=7‘. America's fiscal guru says Trump's budget is a ‚campaign rally on paper‘. In: CNN Money, <http://edition.cnn.com/2017/05/23/politics/trump-budget-2017/>.

81 James Hohman: The daily 202: Trump team taking more and more credit for Obama successes. In: The Washington Post, March 10, 2017, https://www.washingtonpost.com/news/powerpost/paloma/daily-202/2017/03/10/daily-202-trump-team-taking-more-and-more-credit-for-obama-successes/58c2661ae9b69b1406c75d59/?utm_term=.27df12ae5598.

82 Heather Long: Trump's budget: Big gifts for the rich, big cuts for the poor, a.a.O.

83 Ebda.

84 Ebda.

85 Ebda.

86 Tami Luhby: America's safety net is at risk from Trump's budget ax. In: CNN Money, May 23, 2017, <http://money.cnn.com/2017/05/22/news/economy/safety-net-trump-budget/index.html?iid=EL>.

soweit wissen, ist, dass die Reichen, einschließlich Trump selbst, sehr viel weniger Steuern zahlen werden. ‚Die klare Mehrzahl der Vorteile geht an Personen mit hohem Einkommen‘, sagt Joe Rosenberg, ein Senior Research Associate am Tax Policy Center, einem überparteilichen Think-tank. Alle Spitzensteuersätze für Firmen und Personen gehen nach unten. Trump eliminiert auch die Obamacare-Zusatzsteuer für reiche Investoren. Er gibt reichen Investoren, die mehr als 200.000 US\$ pro Jahr verdienen Steuererleichterungen, während die Hälfte Amerikas nichts an der Börse investiert hat, und zwar hauptsächlich deshalb, weil sie kein Extrageld hat, um es zu investieren. Das vermutlich größte Geschenk an die Reichen ist die Eliminierung der Vermögenssteuer auf Sachwerte (*estate tax*). Heute wird diese Steuer nur auf Güter angewandt, die mehr als 5,5 Millionen US\$ wert sind, aber Trump will sie ganz abschaffen.⁸⁷

Dass das aus Sicht des Immobilienmagnaten⁸⁸ Trump nicht uneigennützig erfolgt, weil der Präsident selbst – wenn auch verdeckt über seine Familie – einer der Hauptnutznießer der Abschaffung der Reichensteuer auf Immobilienwerte ist, versteht sich von selbst. Die offen praktizierte Selbstbedienungsmentalität Trumps sorgt sogar an der ansonsten im Hinblick auf gnadenlose persönliche Bereicherung mit allen Mitteln nicht gerade zimperlichen Wall Street für Erstaunen: ‚Sogar manche an der Wall Street sind über dieses Budget überrascht. ‚Das Herzstück dieses Ausgabenprogramms sind Kürzungen von fast 1 Billion US\$ über zehn Jahre an Medicaid, Essensmarken und anderen Anti-Armutsprogrammen‘, sagt Greg Valliere, Chefstrategist bei Horizon Investments. Er sagt voraus, dass dieses Budget im US-Senat ‚auf eine Mauer treffen‘ könnte. Senatoren, die diese Programme kennen, wissen, dass sie praktisch alle Genden und Ebenen des Landes betreffen. Fast einer von fünf Amerikanern benutzt heute Medicaid, und mehr als einer von zehn lebt von Essensmarken. Ein erheblicher Anteil an Menschen, die von Regierungshilfe (*government aid*) leben, haben Trump gewählt. Sieben der 10 Bundesstaaten mit dem höchsten Anteil ihrer Einwohner auf Essensmarken gingen bei der Wahl an Trump. Der entscheidende *swing state* Florida war unter ihnen. Zusätzlich zu den Essensmarken will Trump auch die Behindertenhilfe Social Security Disability Insurance bis zur Unkenntlichkeit beschneiden, ein Kernprogramm für Menschen, die physisch unfähig sind zu arbeiten, sowie die Temporäre Beihilfe für Familien in Not (*Temporary Assistance to Needy Families*), ein Kern-Welfareprogramm. Mulvaney... argumentierte, Trump könne mit diesen Kürzungen Millionen Menschen von Staatshilfen wegbekommen und zurück an die Arbeit bringen. ‚Wenn sie von Essensmarken leben, aber körperlich dazu fähig sind, ist es für uns notwendig, dass sie arbeiten gehen‘, sagte Mulvaney. Der Hauptvorwurf seitens der Firmen ist aber demgegenüber, dass sie keine gut ausgebildeten Facharbeiter (*skilled workers*) finden

können. Menschen, die von Staatshilfeprogrammen kommen, sind überwältigend arm. Im Allgemeinen haben sie keinerlei Ausbildung genossen und verfügen über kein Training für die heutige Hochtechnologie-Wirtschaft.⁸⁹

Doch die Hauptvorwürfe gegen Trumps Budgetpläne liegen ganz simpel in den Zahlen, die laut Experten nicht der Realität entsprechen. Nicht nur machten Experten die Rechenkünste von Trumps Team lächerlich, indem sie nachwiesen, dass 2 Billionen US\$ zweimal verrechnet wurden, was ‚für einen Schüler im Anfängerkurse Wirtschaft ein ‚ungenügend‘ bedeutet hätte‘.⁹⁰ Doch auch im Gesamtentwurf kann das Budgetversprechen kaum halten, was es vorschlägt:

„Experten aus allen Teilen des politischen Spektrums sagen, das größte Problem mit Trumps Staatsbudget sei, dass die Mathematik schlicht nicht stimmt. Trumps Budget wird den Staatsschulden der USA fast sicher Billionen hinzufügen. Trump versprach in seiner Wahlkampagne, die Sozialversicherung für die Armen sowie Medicare nicht anzutasten. Aber nun ändert der Präsident seine Meinung und schlägt Einschnitte in die soziale Unfall- und Invaliditätsversicherung (*Social Security Disability Insurance*) vor. Dazu will Trump eine Steigerung von 54 Milliarden US\$ pro Jahr an Militärausgaben. Nimmt man all dies zusammen, dann bleibt nichts anderes übrig, als mit einem Fleischermesser den Rest des Budgets zusammenzuschneiden. Die Liberalen schreien auf über diese Beschneidung der Armen, vor allem von Programmen wie Essensmarken, die Millionen amerikanische Kinder vor dem Verhungern bewahren. Moderate Konservative sorgen sich um die Einschnitte bei der Erziehung und in der wissenschaftlichen Forschung. Praktisch jeder Wirtschaftswissenschaftler stimmt darin überein, dass es von ausschlaggebender Bedeutung ist, der Jugend ein innovatives Training zu gewähren, um für die Arbeitsplätze der Zukunft und damit für eine gesunde Wirtschaft von morgen gerüstet zu sein – vor allem dann, wenn man, wie Trump hofft, das US-Wachstum von 1,9% auf 3% pro Jahr zu steigern. Trump eliminiert jedoch alle Binnenfinanzierung, die tatsächlich in die Zukunft investiert: Erziehung und Grundlagenforschung. Insgesamt ist sein Budget 2017 gut für die Reichen, fürchterlich für die Armen und ein Fragezeichen für die Mittelklasse.“⁹¹

Es ist trotz solcher Kritik, auch aus den eigenen Reihen und sogar aus mehr oder weniger radikalen neoliberalen Kreisen, kaum zu erwarten, dass Trumps Budgetvorlagen der kommenden Jahre substantiell von der 2017 programmatisch eingeschlagenen Linie abweichen werden, da sein oberstes Prinzip die Erfüllung von und Übereinstimmung mit seinen (allseits extremen und oft wenig realistischen) Wahlversprechen ist – mit ungewissen Folgen.

87 Heather Long: Trump's budget: Big gifts for the rich, big cuts for the poor, a.a.O.

88 Carl Hegemann und Boris Groys: Trump und das Ende des Faustischen. In: Carl Hegemann (Hrsg.): Wie man ein Arschloch wird. Kapitalismus und Kolonisierung, Alexander Verlag Berlin 2017, https://www.alexander-verlag.com/programm/titel/401-Wie_man_ein_Arschloch_wird.html.

89 Heather Long: Trump's budget: Big gifts for the rich, big cuts for the poor, a.a.O.

90 BBC News US & Canada: White House denies ‚egregious‘ budget accounting error, 24 May 2017, <http://www.bbc.com/news/world-us-canada-40023720>.

91 Heather Long: Trump's budget: Big gifts for the rich, big cuts for the poor, a.a.O.

VII Zwei Fragen für die weitere Amtszeit

Obwohl mit alledem nicht automatisch feststeht, dass Trumps Schwächung in der eigenen Republikanischen Partei notgedrungen immer weiter fortschreiten wird, sondern viel vom Verhalten seiner Wählergruppe in der mittelfristigen Entwicklung der Umfragewerte abhängen wird, ist die damit verbundene Tendenz des Legitimationsverlusts des Präsidenten doch eine ständige Bedrohung für die Trump-Administration. Sie wird die weitere Amtszeit des National-Populisten prägen. Die Frage ist erstens, ob, und, wenn ja, unter welchen Bedingungen, das Fass innerhalb der Republikaner zum Überlaufen kommen könnte; zweitens, inwieweit die in der Opposition stehenden und nach der Niederlage Clintons in einem ebenso chaotischen wie grundlegenden Neufindungsprozess befindlichen Demokraten dazu beitragen können – und wie sie mit der vieldimensionalen Angreifbarkeit des Präsidenten konkret umgehen.

Ironischerweise scheint es gerade die unglaubliche, so nie dagewesene und daher geradezu verwirrende Vielzahl an Angriffsflächen, dubiosen bis unlauteren Aktivitäten und offenen Versagensfällen des Präsidenten zu sein, die es der US-Opposition erschwert, einen klaren Fall zu konstruieren, anhand dessen sie die Präsidentschaft Trumps an ein vorzeitiges Ende durchdeklinieren kann, wie das etwa bei Richard Nixon der Fall war. Nixon hatte alle Regeln eingehalten und sich staatsmännisch systemimmanent bewegt, außerdem die Rolle der Medien in der Wahrheitsfindung anerkannt, aber *einen* klaren Fehltritt begangen.

Dagegen ist Trump derart deplaziert und multidimensional regelfremd, lehnt die Medien pauschal ab und leugnet zudem mit seiner „Alternative-Fakten“-Manie in nie dagewesener Weise jede Möglichkeit von Wahrheitsfindung an sich, dass jede rationale Opposition an die Grenze eines „ganz Anderen“ stößt, welches das System an sich ablehnt oder aktiv unterminiert und damit die Spielregeln einseitig und willkürlich außer Kraft setzt. Dazu kommt: Mit der Aushebelung sämtlicher üblicher Verfahrensweisen der bisherigen politischen Kultur durch Trump – an sich ein zivilreligiöses „Heiligtum“ der US-Zivilisation und in der angelsächsischen Selbstdeutung Grundlage der amerikanischen Weltmacht seit dem Ende des 19. und insbesondere seit dem ersten Drittel des 20. Jahrhunderts – sind sowohl die eigenen Republikaner wie die Demokraten bis auf weiteres überfordert.

Offen ist, wie lange die Anpassung der Letzteren an die neuen Verhältnisse, die Justierung an ihnen und die Schaffung einer aktiven, organisierten Gegenbewegung dauert, die sich in konstruktivem Geist an einer gut kommunizierbaren Gegenvision und Gegenideologie für das Land orientiert.

Für die Republikaner dagegen gelten andere Entwicklungsaussichten. Fest steht: Die Republikanische Partei befindet sich mit und – im wahrsten Sinne des Wortes – „unter“ Trump in einer nur scheinbaren Konsolidierung. Diese könnte in den kommenden Jahren in einen Prozess der Erneuerung münden. Für die Beur-

teilung der Perspektiven sind zwei Aspekte ausschlaggebend. Ein Effekt ist ihre – bis auf weiteres erzwungene – Vereinigung, da Trump in den ersten Wochen seiner Amtszeit zumindest bei seinen Anhängern ein Momentum erzeugt hat, dem sich niemand in der Partei versagen kann. Zweitens aber vor allem auch ihre latente Befreiung, ja Reinigung von der Tea-Party-Gefangenschaft, die die Partei über ein Jahrzehnt – nämlich seit dem Wahlkampf, der zu Obamas erstem Sieg führte – in Bann geschlagen und jeden denkenden und charismatischen Kandidaten faktisch ausgeschlossen hat. Mit Trump verfällt die Tea Party Fraktion in der Republikanischen Partei, vor allem aber auch ihre außerparlamentarische, kontextpolitische und zivilgesellschaftliche Dimension, Tag für Tag immer schneller, da die Ikone und Ein-Person-Identität Trump sämtliche Tea-Party-Radikalismen in sich selbst versammelt und personalisiert. Damit wird durch Trump, den unwahrscheinlichsten und am wenigsten eingeplanten Faktor, so etwa Stanford Scholar Thomas O’Keefe Ende Januar 2017 im Gespräch mit dem Autor, der gefährlichste, lähmendste und spalterischste Aspekt in der Republikanischen Partei beseitigt oder zumindest seine Kernrolle aufgehoben. Trump könnte also zumindest im Hinblick auf die Republikanische Partei langfristig – nämlich über ihn selbst hinaus gedacht – letztlich eine „positive Überraschung“ sein...

VIII Ausblick: Gründe, warum Trump noch Zeit bekommen wird

Was erwartet uns angesichts dieser Verhältnisse im weiteren Verlauf der Amtszeit dieses ungewöhnlichsten aller US-Präsidenten der Geschichte? Wohin werden sich Trumps bewusst regressive „Welterneuerungsprinzipien“ bewegen?

Am 18. Mai forderte der afroamerikanische Demokrat Al Green aus Texas als erster Parlamentarier offiziell ein Amtsenthebungsverfahren gegen Präsident Trump – wegen Amtsmissbrauchs. Trump habe im Fall der Absetzung von FBI-Chef Comey die Untersuchung gegen sich im Hinblick auf seine undurchsichtigen Russland-Kontakte und deren Rolle für seinen Wahlsieg blockieren wollen. „Der Präsident muss unter Anklage gestellt werden“⁹², so Green. „Ein Amtsenthebungsverfahren heißt noch nicht unbedingt, dass der Präsident schuldig gesprochen wird. Aber es heißt, dass das Parlament die Pflicht hat zu ermitteln.“⁹³

Wichtiger jedoch: Nach nicht einmal einem halben Jahr im Amt geht nicht nur Alan Lichtman davon aus, dass auch eine Revolte der Republikanischen Partei gegen den „eigenen“ Präsidenten möglich ist. Dies allerdings voraussichtlich erst nach den Zwischenwahlen im November 2018, da bis dahin viele Republikaner um ihre Wiederwahl fürchten. Bei den immer zwei Jahre nach einer Präsidentschaftswahl stattfindenden „Zwischenwahlen“ (midterm elections) werden das Repräsentantenhaus und ein Teil des Senats neu gewählt. Ein amtierender Präsident verliert

92 RAI Televideo: Green alla camera: Impeachment per Trump, 18 Maggio 2017, p. 151.01.

93 Ebda.

diese Wahlen in der Regel in Friedenszeiten, da die Amerikaner nach der Hälfte der Amtszeit fast immer das Signal geben, der Präsident werde beobachtet und müsse es noch besser machen. Dieser Ausgleich nach Wahl eines Präsidenten durch Stärkung der parlamentarischen Opposition nach zwei Jahren ist auch deshalb Teil der DNA der US-Wähler, weil sie das System der „check and balance“ verinnerlicht haben. Außerdem lieben sie tief im Herzen einen „fairen fight“ zwischen gleichwertigen Gegnern, um Spannung und Inspiration zu fördern, und neigen daher immer dazu, den Schwächeren zu stärken – im Fall eines amtierenden Präsidenten die Opposition.

Die Folge? Sollte sich die in beiden Kammern des Kongresses numerisch klar dominierende „Grand Old Party“ nach einer klaren Niederlage bei den Zwischenwahlen im November 2018 gegen ihren von Anfang an ungeliebten Wahlkampf-Sieger wenden, droht – zum zweiten Mal nach Richard Nixon – eine öffentliche Kampagne für die Option eines Amtsenthebungsverfahrens. Sollte schließlich gar ein „Impeachment“-Prozess eingeleitet werden, wie damals bei Nixon, würde das fast unweigerlich zum Ende Trumps führen, da, wie erwähnt, solche Verfahren in Amerika – wie auch solche gegen andere hochrangige Amtsträger und Beamte – nie formalisiert werden, wenn nicht vergleichsweise sicher ist, dass genügend Beweise für einen erfolgreichen Abschluss vorliegen. Ein solches Verfahren kann allerdings mehrere Jahre dauern und würde deshalb die Präsidentschaft zwar dauerhaft belasten, aber nicht kurzfristig zum Ende der gerade begonnenen Trump-Ära führen. Daher würde auch nur die Eröffnung eines Verfahrens den USA, ihrer Regierung und ihren Institutionen derartig langanhaltende Unruhe und Instabilität bescheren und die Legitimität des Präsidenten so nachhaltig schädigen, dass das Murren auf allen Ebenen immer größer würde.

Deshalb würde Trump es auch nur bei Androhung bzw. der öffentlich konkret im Raum stehenden Option eines „Impeachments“ sehr schwer haben, das Ende seiner Amtszeit zu erreichen, geschweige denn, eine zweite Amtszeit anzustreben. Dies auch dann, wenn er, wie gewohnt, seine Unberechenbarkeit zu seinem Vorteil nutzt – und dramatische Maßnahmen gegen sein eigenes Team setzt, um seine bewährte gnadenlose „Sündenbock“-Praxis im Sinn eines Alleinherrschers, also die reihenweise Opferung enger Vertrauter zum eigenen Machterhalt, ins Werk setzt.

Paradoxe Weise werden trotz dieser Umstände jedoch bis auf weiteres beide Parteien, die im amerikanischen Parlament vertreten sind, darauf erpicht sein, Trump weitere Zeit vor Einleitung eines solchen Verfahrens einzuräumen – und zwar aus Eigeninteresse. *Drei* Gründe sind dafür ausschlaggebend, dass Trump noch Zeit im Amt bekommen wird – und man ihn also nicht zu schnell abschreiben sollte.

Erstens: Die Republikaner wollen bis zu den Zwischenwahlen im nächsten November 2018 ihre Sitze behalten und ihre Mehrheit ausnützen. Sie sind

nicht interessiert, dass bis dahin etwas Entscheidendes mit ihrem Präsidenten passiert.

Zweitens: Die Demokraten, die in der Opposition stehen, wollen, dass Trump noch Zeit hat, sich völlig bloßzustellen und sich in der amerikanischen Öffentlichkeit und vor der ganzen Welt weiter zu demonstrieren. Sie wollen Trump noch Zeit geben, weitere Skandale zu produzieren, damit sie die nächsten Wahlen umso höher gewinnen, und damit ein derartiger nationalistischer Rechtspopulist wie Trump Amerika nicht so schnell wieder in seinen Bann zieht.

Drittens: Beide Parteien wollen verhindern, dass durch ein zu schnelles Amtsenthebungsverfahren bereits nach wenigen Monaten die Stammwähler von Trump zu Verschwörungstheorien greifen und sich das Argument verbreitet, das Establishment und die „alten Eliten“ der Ostküste hätten, da sie Trump nicht an der Urne besiegen konnten, nun zum Mittel der Verleumdung samt anschließendem Sturz des amtierenden Präsidenten mittels außerdemokratischen (juridischen) Mitteln gegriffen. Ein solcher Verschwörungsmythos nach einem verfrühten Sturz Trumps würde der noch stärkeren Polarisierung der amerikanischen Bevölkerung Vorschub leisten, Rachegefühle und möglicherweise Extremismus hervorrufen und damit die Demokratie langfristiger gefährden als die Trump-Ära selbst.

Beide Parteien sind aufgrund dieser drei Gründe also interessiert daran, dass Trump vor einem etwaigen Eingriff des nunmehrigen Sonderermittlers Robert Mueller noch Zeit bekommt. Das und die Tatsache, dass Trump mit 40% zwar die schlechtesten Umfragewerte aller Präsidenten nach wenigen Monaten im Amt aufweist, aber unter seinen Wählern immer noch eine Zustimmungsrate von 80% genießt, sind die Gründe dafür, warum die Republikaner auf Zeit spielen und Trump noch nicht fallen lassen, stattdessen nur „weniger Drama im Weißen Haus“ fordern.

Was die weitere Entwicklung bringt, wird auf diesen Grundlagen zu sehen sein. ■

Der Autor:

Roland Benedikter, Dr. Dr. Dr., ist Forschungsprofessor für Multidisziplinäre Politikanalyse in residence am Willy Brandt Zentrum der Universität Wrocław-Breslau, Global Futures Scholar an der Europäischen Akademie Bozen und Senior Research Fellow am Council on Hemispheric Affairs Washington DC. Kontakt: rolandbenedikter@yahoo.de

Betrachtungen und Berichte

„Dreigliederung des sozialen Organismus“

Ein Beitrag zur heutigen Situation

Karl-Dieter Bodack

Immer häufiger taucht zur Zeit die Frage auf, ob und wie der Sozialimpuls Rudolf Steiners, den er ab dem Jahre 1917 vielfältig entwickelte und mit großem persönlichen Einsatz vertrat, heute, nach einhundert Jahren, wirksam werden könnte. Denn zur gleichen Zeit äußerte er:

„Welche Aussichten für das Ostern nach dreiunddreißig Jahren verspricht das Weihnachten von diesem Jahre? – Denn alle Dinge im geschichtlichen Werden erstehen nach dreiunddreißig Jahren in verwandelter Gestalt aus dem Grabe, durch eine Gewalt, die zusammenhängt mit dem Heiligsten und Erlösendsten, das die Menschheit durch das Mysterium von Golgatha bekommen hat. ... Weiß ich diesen Zusammenhang zwischen dieser und der folgenden Generation, dann habe ich gewonnen – so kann sich jeder sagen – einen Impuls in aller Arbeit, der hinausreicht über den Tag.“ (GA 180, 23.12.1917).

Will man erkennen, welche „Auferstehung“ sein Impuls der „Dreigliederung des sozialen Organismus“ heute erwartet oder geschaffen werden kann, so bedarf es der Erkenntnis, welche Wirkungen dieser Impuls im Rhythmus der vorherigen 33^{1/3} Jahre zeitigte.

Die Jahre um 1950

Blicken wir auf die dramatischen Entwicklungen im deutschsprachigen Raum, so kommt die Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik ins Blickfeld. In durchaus bewegten, ja dramatischen Geschehnissen entstanden zwei neue Staaten mit neuen Verfassungen. Ein Konvent prominenter Persönlichkeiten auf der Insel Herrenchiemsee schuf das Konzept einer Verfassung

für die Bundesrepublik. Es wurde durch ein Länderparlament in ein „Grundgesetz“ gegossen und beschlossen, das am 23. 5. 1949 in Kraft trat. Darin finden sich im ersten Abschnitt für alle staatlichen Organe, für Institutionen und Bürger verbindliche Grundsätze, die wesentliche Elemente von Rudolf Steiners Sozialimpuls widerspiegeln, vor allem:

- *Art. 2 (1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt ... (2)...* Die Freiheit der Person ist unverletzlich.
- *Art. 3 (1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. ...*
- (3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.
- *Art. 4 (1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.*
- *Art. 5 (1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet.... (3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei....*
- *Art. 7 (1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.*
- (4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
- *Art. 9 (1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.*
- (3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet.
- *Art. 12 (1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen.*
- *Art. 14 (1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.*
- (2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.

Demnach sind offensichtlich:

- die Freiheitsbereiche für ein „Geistesleben“
- die „Gleichheit“ aller Bürger im „Rechtsleben“
- die „Brüderlichkeit“ („Wohl der Allgemeinheit“) und Vereinigungsfreiheit in der Wirtschaft gemäß

der Grundforderungen Rudolf Steiners für einen sozialen Organismus von 1917 veranlagt.

Die „Dreigliederung“ wird im Artikel 7, Absatz 4 für die Schulen nach „Privatrecht“ (das bedeutet außerhalb des „öffentlichen Rechts des Staates“) in Bezug auf die „Dreigliederung“ besonders prägnant:

- Lehrziele und wissenschaftliche Ausbildung der Lehrer,
- gleiche Zugangsrechte für alle Kinder, unabhängig von den „Besitzverhältnissen“ der Eltern,
- gesicherte rechtliche Stellung der Lehrer,
- gesicherte Einkommensverhältnisse für die Lehrer.

Es ist dies sicher nicht exakt diejenige „Dreigliederung des sozialen Organismus“, die Rudolf Steiner vor dem Hintergrund des Kaiserreiches und des 1. Weltkriegs entwarf. Denn es herrschten nach den Erfahrungen des Nationalsozialismus und des 2. Weltkriegs ja ganz andere gesellschaftliche Umstände, unter denen, so darf vermutet werden, Rudolf Steiner keinesfalls die gleichen Vorschläge gemacht hätte wie im Jahre 1917. Auch sagt er nicht, dass Impulse 1:1 wiederkehren, sondern: „Denn alle Dinge im geschichtlichen Werden erstehen nach dreiunddreißig Jahren in verwandelter Gestalt aus dem Grabe...“ Es spricht vieles dafür, dass sich diese Aussage in der Schaffung des Grundgesetzes mit den dargestellten Inhalten bestätigt sehen kann.

Die Jahre um 1983

Die danach folgenden dreiunddreißig Jahre sind im mitteleuropäischen Raum gekennzeichnet durch eine strikte Spaltung durch den „Eisernen Vorhang“. Dies stand sicher ganz im Gegensatz zu den von Rudolf Steiner erkannten Aufgaben Mitteleuropas, fehlten doch im „Orchester“ weitgehend die Stimmen Ost-Mitteldeutschlands, Polens und der Tschechoslowakei. In dieser absoluten Grenzziehung und Konfrontation versuchten die „Westmächte“ die Sowjet-Union und ihre angegliederten Völker wirtschaftlich niederzuringen – zum „Sieg des Kapitalismus“. Auch dies ein Ziel, das konträr zu den Aufgaben Mitteleuropas stand, wie sie Rudolf Steiner erkannte.

1983 kam es zu einer völlig überraschenden Initiative: Franz-Josef Strauss, Ministerpräsident des „Freistaats Bayern“, vermittelte der DDR einen Milliardenkredit, von der Bundesrepublik verbürgt! Zusammen mit einem zweiten Milliardenkredit wurde damit die DDR vor dem drohenden Bankrott gerettet und der darbenden Bevölkerung eine bessere Güterversorgung geschenkt.

Im gleichen Jahr erhielt Lech Walesa, der polnische Kämpfer für mehr Rechte der Arbeiter, den Friedensnobelpreis: Er spendete das Preisgeld von 1,5 Millionen schwedischen Kronen der katholischen Kirche zur Unterstützung privatrechtlich arbeitender Bauern, die ihr Land nicht dem Staat übergeben hatten. Zugleich kumulieren die Friedensdemonstrationen in der Bundesrepublik gegen die „Nachrüstung“ mit bis zu einer Million Teilnehmern. Waren dies die Aus-

löser des nun beginnenden Wandels, der schließlich in den Fall des „Eisernen Vorhangs“ mündete?

Mit diesem Wandel ist Michail Gorbatschow unlösbar verbunden: 1983 reist er nach Kanada zu Gesprächen mit dem Ministerpräsidenten und Abgeordneten, 1984 trifft er Margret Thatcher in London, sie empfiehlt Ronald Reagan, ihn in die USA einzuladen: „Man kann gut mit ihm reden“, sagte sie. Er war es, der den Ungarn erlaubte, den Grenzzaun zum Westen verfallen und die in die Prager Botschaft geflüchteten DDR-Bürger in die Bundesrepublik ausreisen zu lassen.

Sind dies die Zeichen dafür, dass Rudolf Steiners Intentionen eines zukünftigen sozialen Lebens, seine Erkenntnisse über die besonderen Aufgaben Mitteleuropas wiederauferstanden sind – in verwandelter Form, in einer Weise, die den Sorgen und Nöten dieser Jahre Rechnung trug?

Die Jahre um 2017

Wie schätzen wir unsere heutige Lage im Fokus der Intentionen Rudolf Steiners ein? Welches sind aktuelle Nöte, die deren Auferstehung fordern – verwandelt und bezogen auf unsere Zeitsituation?

Zunächst ist eine wider Erwarten große Anzahl von Initiativen, Einrichtungen und Unternehmen aus anthroposophischen Impulsen festzustellen:

- Mehr als tausend Waldorfschulen und zweitausend Waldorfkindergärten in allen Erdteilen,
- heilpädagogische Heime und sozialpädagogischen Einrichtungen in ähnlich großer Zahl,
- mehrere Hochschulen und Kliniken mit anthroposophischen Lehrinhalten und Arbeitsweisen,
- mehrere Banken und Großunternehmen,
- tausende „Demeter“-Höfe.

Die quantitative Ausbreitung anthroposophisch initiiertter Einrichtungen und Unternehmen in Deutschland und in vielen anderen Ländern ist wahrhaftig beeindruckend. Sie zeigt letzten Endes, dass die Grundrechte des Grundgesetzes wie auch die Verfassungen anderer Länder (1950) und die Schritte zur Überwindung der Ost-West-Teilung 1983 sehr wohl einer solchen Ausbreitung dienlich waren, dass also die beiden vorangegangenen 33-Jahres-Schritte im Sinne Rudolf Steiners soziale Umwälzungen brachten, die offensichtlich den anthroposophischen Sozialimpuls förderten. Wo zeigen sich heute Probleme, wo müssten wir einen erneuten Verwandlungsschritt erwarten, der zu deren Lösung beiträgt?

Dem Verfasser sind mehrere Waldorflehrer bekannt, die trotz ihrer anthroposophischen Ausbildung nach einigen Lehrer-Jahren die Waldorfschulen verließen und an staatlichen Schulen unterrichteten. Wie ist das erklärbar, wo es doch einen Mangel an Lehrern an so vielen Waldorfschulen gibt?

In der Zeitschrift „Anthroposophie“ (Heft 277, Michail 2016) schrieb Thomas Marti: „...Soweit ich

aber sehe, scheitern die Anthroposophie und ihre Bewegungen nur höchst selten an einem mangelhaften Wissen oder Theorievermögen ihrer Vertreter, sondern an einem ausgeprägt unterentwickelten Vermögen zur Gestaltung sozialer Prozesse, womit nicht nur die Vorgänge und Wechselwirkung mit der nichtanthroposophischen Welt gemeint sind, sondern hauptsächlich die Vorgänge in den eigenen Reihen. Ob dies nur Ausdruck mangelhafter Erkenntnisarbeit ist? Nicht selten ist jedenfalls zu beobachten oder leidvoll zu erfahren, dass z.B. verdeckte Machtausübung, Intrigen, Parteiengezänk... die Tatkraft von Kollegien und ihrer Mitglieder bis zur völligen Handlungsunfähigkeit herabblähen und die Einrichtung an den Rand ihrer Existenz treiben...."

Dies entspricht Erfahrungen des Autors: Bei seiner Beratungsarbeit findet er Kollegien und Gremien, die eine „Dreigliederung“ irgendwo im Wolkenkuckuckshaus sehen, in der eigenen Schule jedoch nicht wahrnehmen, wie die Widersacher in Machtstrukturen und -verhalten wirken, die durch eine entsprechende Sozialgestaltung gezähmt werden könnten und müssten!

Während der Verfasser bei seiner Arbeit in der Deutschen Bundesbahn gute Erfolge damit erzielte, indem er zur Schaffung von Innovationen im Sinne Rudolf Steiners mehr „Geistesleben“, mehr „hierarchiefreie Räume“, einrichten konnte, praktizierte die Waldorfschule, die zwei seiner Kinder besuchten, hierarchische Führung mit einem kleinen Kreis quasi eingeweihter Vorstände mit einem de facto Ausschluss der Schulgemeinschaft vom „Geistesleben“, dem Ausschluss also von Ideen, Intentionen und Fähigkeiten der vielen tüchtigen Eltern! In „Anthroposophie weltweit“ (Ausgabe 4, 2016) konnte der Verfasser zu einem Vergleich durchschnittlicher Gehälter der Mitarbeiter in Waldorfschulen, der eine Differenz von 664 Euro/Monat betrug, veröffentlichen:

„...Da die staatlichen Zuschüsse der freien Schulen in Deutschland den überwiegenden Anteil ihrer Einnahmen bilden und durch Gesetze geregelt sind, ist zu fragen, wodurch die Unterschiede in den finanziellen Situationen der freien Schulen verursacht werden. Liegen Gründe und Ursachen – gerade in Schulen des „freien Geisteslebens“ – in einem behinderten, ja oft ‚amputierten‘ Geistesleben? Es kann sich dann nicht entfalten, wenn darin nur wenige mitwirken und viele ausgeschlossen sind oder sich ausgeschlossen sehen. Liegt es an der Führungskonzentration auf Wenige? Denn damit werden Fähigkeitspotenziale und Erfahrungen Anderer ignoriert, wird Unzufriedenheit geweckt, und letzten Endes Konflikte hervorgerufen, die Eltern und Schüler fern halten oder vertreiben....“

„Dreigliederung des sozialen Organismus 2017...?“

Ist dies unsere aktuelle Aufgabe nach drei mal 33¹/₃ Jahren des Sozialimpulses Rudolf Steiners? Sie könnten auf dem Verständnis der Geisteskräfte Luzifers, Ahrimans und Christi Wirken im Ätherischen aufbauen. Deren Wirkenssphären in Einrichtungen und Unternehmen wären im Sinne der „sozialen Dreigliederung“ so zu gestalten, dass diese drei Sphären im Gleichgewicht gehalten werden.

Der Verfasser konnte dies mehrfach zusammen mit den Mitwirkenden von Unternehmen und Einrichtungen versuchen und fand, dass damit langfristig heilsam und erfolgreich gearbeitet werden konnte: Bislang verborgene Kräfte wurden aktiviert, das gegenseitige Vertrauen und die Qualität der Arbeiten wuchs; nicht zuletzt: Neu gestaltete Geldbewegungen erlaubten höhere Gehälter!

Dabei kommt es darauf an, gemäß dem „Grundsteinspruch“ Rudolf Steiners allen Mitwirkenden alle drei Wirkensfelder zu eröffnen. Das kann dadurch möglich werden, dass die Organisations-Modalitäten differenziert werden:

Diese drei Arbeitsweisen können den sozialen Organismus so differenziert ausgestaltet, dass jedes Lebensfeld seine eigene Gestalt erhält und ein Gleichgewicht der drei Felder für jeden Mitarbeiter erreicht werden kann. Damit grenzen sich Luzifer und Ahriman gegeneinander ab, in der Rechtssphäre kann es durch eine adäquate Gestaltung gelingen, Christi Wirkensmächte einzuladen und wirksam werden zu lassen. So können für alle Mitwirkenden Arbeitsatmosphären entstehen, in denen sie sich individuell entwickeln können und in dem dann auch eine bestmögliche Entwicklung des gemeinsamen Unternehmens erreicht werden kann. ■

- Teamverhalten in Situationen, in denen die „Geistessphäre“ zu pflegen ist,
- Führung in Situationen, die der Rechtssphäre zuzuordnen sind,
- „Delegation der Verantwortlichkeit“, immer dann, wenn wirtschaftliches, das heißt „solidarisches Handeln“ gefordert ist.

Mögliche Arbeitsweisen sind detailliert dargestellt in:

Karl-Dieter Bodack:

Sich selbst entdecken, Andere verstehen – Schritte zu Selbstentwicklung und erfolgreicher Zusammenarbeit (zugleich eine Einführung in die Dreigliederung), 8. Auflage, Aachen, 2016

Dreigliederung im sozialen Leben, ein Schulungsweg, Anthroposophie, Heft 279, Ostern 2017, und Sozialimpulse, Stuttgart, Heft 4, 2016

Soziale Dreigliederung verbessert die Effizienz, Anthroposophie weltweit, Heft 4, 2016

Unternehmenseigentümer erhalten Gewinne... Gib es „Gewinne“ auch für die Arbeitenden... (hier im Kontext mit der Gemeinwohlbilanzierung), Humane Wirtschaft, Wuppertal, Heft 1, 2016

100 Jahre Dreigliederung, info3, Frankfurt, Heft Mai, 2017

Die Ökonomie und die Anschauung des Geistes¹

Udo Herrmannstorfer

Die Frage nach dem Entwicklungsgewinn

Der Mensch ist ein Werde-Wesen, das ab einem bestimmten Punkt selber zum Subjekt seiner Entwicklung werden kann. „Jeder individuelle Mensch, kann man sagen, trägt, der Anlage und Bestimmung nach, einen reinen idealischen Menschen in sich, mit dessen unveränderlicher Einheit in allen seinen Abwechslungen übereinzustimmen, die große Aufgabe seines Daseins ist.“ Das schrieb Friedrich Schiller im ersten Kapitel seiner Ästhetischen Briefe. Dieser Gesichtspunkt müsste auch zentral für die Gestaltung der sozialen Verhältnisse sein. Das geht heute oft unter, wir verfallen in Aktionismus und überlegen nicht zuerst einmal, welcher Entwicklungsgewinn bei unserem Tun entstehen soll.

Wir könnten es uns ja auch viel einfacher machen, könnten alles durch ein System zu lösen versuchen, nach dem Motto: Wenn man die Gesellschaft steuern will, müssen alle Menschen ihre Vernunft unwiderruflich abgeben, ohne Einsprache, damit man aus der allgemeinen Vernunft das Beste für alle machen kann. Das hat zugegebenermaßen etwas Verlockendes. Man könnte auch alles irgendwie koordinieren und berechnen, das ginge dank der heutigen Computersysteme ebenfalls – ohne all den Aufwand, den wir betreiben. Wozu machen wir das? Die Differenzen zwischen der Polarität von Individualität und ihrer Freiheit auf der einen Seite und der globalen Ökonomie, wo wir als ganze Menschheit betroffen sind, auf der anderen, sind ein klarer Hinweis auf einen Entwicklungsauftrag. Aus den Polen von Wahrnehmen und Denken soll sich Erkenntnis entwickeln. So ist das auch hier: Wie bringen wir die beiden Pole so zusammen, dass ein Neues daraus entsteht?

Es kann ja nicht um ein Zurückfallen in etwas Altes, sondern nur um einen Entwicklungsfortschritt gehen. Was werden soll, ist etwas, das weit über das vordergründig Ökonomische hinausgeht und den Menschen wieder in das Geschehen einbindet.

Was verloren ging

Die ökonomischen Fragen kamen überhaupt erst vor 200 – 300 Jahren auf. Grundsätzlich gilt: Wenn

etwas zur Frage wird, weist das zugleich darauf hin, dass etwas verlorengegangen ist. Das Auftauchen der ökonomischen Frage weist auf den Verlust an alter Sozialität hin. Es war früher keine Frage, ob jemand zu essen hat oder nicht. Das wurde einfach geregelt. Das Thema kommt uns aber sehr abstrakt entgegen, wenn wir uns überlegen müssen, wie man das regeln soll, wenn der einzelne nicht mehr Teil einer Gruppe ist, die für ihn sorgt.

Dann sucht die Ökonomie Antworten bei der Philosophie, versucht dort Anleihen zu machen. Alle sogenannten großen Ökonomen der damaligen Zeit waren Philosophen, die sich dann auch der Ökonomie oder dem Staat zugewendet haben. Die Philosophie war aber selbst nicht mehr antwortfähig – das ist die Tragik: Jetzt wurden die Philosophen endlich gefragt und hatten nichts zu sagen! So wurde der Geist eben außen vorgelassen und das Marktmodell entstand, das im Grunde geistlos ist und nur quantitativ Dynamiken in Verbindung setzt und berechnet – ein reiner Funktionsmechanismus. Der Geist hat sich verflüchtigt, das Soziale ist verschwunden, der Mensch ist außen vor. Es geht nur noch um das System, das von alleine funktioniert, das man perfektionieren kann. Gleichzeitig gehen auch die menschlichen Motive verloren – weshalb man nicht nur abstrakt das Thema Freiheit behandeln muss, sondern auch ethische Fragen. Mit der fortschreitenden Entwicklung ist beides auseinandergefallen – und jetzt tauchen verzweifelte Fragen nach den ethischen Zielen auf.

Zwischen luziferischer Ökonomie und ahrimanischer Sozialtechnologie

Weil eine größere Einordnung fehlt, bleibt nur noch der Egoismus als Motiv und nimmt diese wichtige Stelle zur Gänze ein. Im Unterschied zu früher sagen wir heute nicht, der Egoismus ist Teil des Menschen – sondern er ist *das* Motiv des Menschen geworden. Das verändert die ganze Sache: Dem Egoismus werden Rechte eingeräumt, die ihm nicht zustehen! Es geht nicht an, ihn zum Maßstab zu machen. Damit liefern wir die Ökonomie dem Luziferischen aus.

Und das Gestaltungsfeld des Sozialen überlassen wir Ahriman, der es rein aus dem System heraus rechnet. Diese Kräfte, die beide zur menschlichen Entwicklung beitragen, fallen aus dieser heraus und wir überlassen ihnen die Felder, die wir selbst gestalten sollten. Wir müssen heute lernen, mit diesen beiden Kräften so umzugehen, dass ein Drittes erscheinen kann und damit Fortschritt entsteht. Denn die Widersachermächte sollen uns Entwicklungsbeiträge und -anreize liefern. Das bedeutet: Wir müssen heute lernen, mit der Dreiheit umzugehen. Das neue Bild, in dem wir stehen, ist das Christliche, die Mitte zwischen diesen beiden Kräften.

Sobald diese Frage aufkommt, muss etwas Wichtiges geschehen im Sozialen. Es ist nicht so, dass Rudolf Steiner sich die Dreigliederung einfach ausgedacht hat. Er erkannte: In dem Moment, wo die Ökono-

¹ Es handelt sich bei diesem Text um die freie Wiedergabe eines Referats, das Udo Herrmannstorfer am 11. Juni 2016 in Stuttgart bei einem Kolloquium über das Thema „Spiritualität und Ökonomie“ gehalten hat. Die Verschriftlichung besorgte Katharina Offenborn.

mie Gefahr läuft, an diese Kräfte ausgeliefert zu werden, muss sie sich abtrennen vom Geiste, damit der Weg zur Brüderlichkeit nicht vollkommen abgesperrt wird durch das, was da im Geistigen als Widersachermacht wirkt. Solange wir diese Gefahr nicht abwenden können, solange muss das auch so bleiben. Die Dreigliederung ist die Rettung davor, dass die Entwicklung vollkommen bergab geht, sie ist im Grunde eine Schutzmaßnahme.

Selbstverantwortung, Selbstgestaltung, Selbstverwaltung

Liberalismus hat zwar mit Freiheit zu tun, ist aber nicht bloß Freiheit. Er ist eine Art, über die Welt zu denken und darin zu stehen. Das Problem ist, dass er sich nicht auf einen Bereich bzw. eine Funktion beschränkt. In dem Moment, wo man den Staat, das Rechtsleben und das Wirtschaftsleben anders konfiguriert, muss etwas ergänzend hinzukommen und sein eigenes Leben entfalten, will das Ganze nicht nur schweben. Soll die Sozialität den Menschen nicht wieder verschlucken, muss der einzelne aus Selbstverantwortung heraus die Antwort finden und sagen: Ich will, dass es so ist. Du musst es auch sagen. Das sind Antworten im Zeichen der Freiheit, ist Liberalität umgesetzt ins Soziale. Der erste Schritt besteht darin, die Verantwortung selbst wahrzunehmen.

Der zweite Schritt besteht darin, dass die Menschen das Beziehungsgeflecht, das sie dafür brauchen, ebenfalls selbst in die Hand nehmen – das wäre *Selbstgestaltung*. Wie macht man das? Man kann zwar Allgemeines dazu sagen, muss aber konkret am Prozess selbst die Form entwickeln – die Form ergibt sich aus dem Leben, existiert nicht für sich allein. Wir müssen erst lernen, die Formen zu finden, die geeignet sind, ein freies Geistesleben zu tragen. Da kommen jede Menge Fragen auf.

Es gibt z.B. heftige Diskussionen zur Frage nach der geeigneten Pädagogik an Schulen. In Basel gab es 2016 eine politische Abstimmung über das Thema selbstbestimmtes Lernen: Dabei geht es um die Auflösung von Klassen, der Lehrer wird zum Coach, die Kinder bestimmen selbst, was sie lernen im Rahmen des Lernprogramms usw. Solche Fragen stellen sich uns zuhauf – und sie sind nicht so harmlos, wie man denkt. Wer soll darüber entscheiden? Um zukunftsweisende Antworten zu finden, muss man tiefer in die Zusammenhänge eindringen, als das vorher nötig war.

Der dritte Schritt, der dazugehört, ist die *Selbstverwaltung*, um zu erhalten und zu pflegen, was bereits da ist – auch das ist ein Problem, weil es eine verbindliche Beteiligung der Menschen verlangt. Es gibt eine dreifache Verpflichtung: des Verpflichteten, des Verpflichtenden und die Verpflichtung, die von dem, was dann entsteht, ausgeht. Diese Dreiheit erscheint im Vertragswesen. Das erfordert natürlich, dass die Verbindlichkeit auch wirklich gelebt wird. Aus dem Freiheitsimpuls muss eine ganze Kultur neu entstehen, darf nicht nur die verkürzte Version im Liberalismus ausagiert werden.

Ökonomie und innovativer Geist

Ein weiteres Thema darf nicht zu kurz kommen: dass die Ökonomie sehr wohl ein sympathisches Verhältnis zum Geist hat – nicht zum kritischen, aber zum innovativen Geist. Der treibende Faktor in der Ökonomie heute ist ja nicht die Arbeit. Solange die Wirtschaft sich auf dieser Ebene bewegt, entfaltet sie keine große Dynamik. Man sagt auch: Durch seiner Hände Arbeit kann man nicht reich werden. Die gewaltige Steigerung des Reichtums kommt nicht von der Arbeit als solcher, sondern von der Anwendung von Geist auf die Arbeitsprozesse. Hier sehen wir die Innovationsfähigkeit des Geistes am Werk, welche die Quelle der Produktivität im weitesten Sinne ist. Der Geist fragt: Kann man dieses oder jenes nicht mit weniger Aufwand produzieren? Die sozialen Folgen dieser Prozesse haben wir aber noch keineswegs gemeistert. Die Einsparung lebendiger Arbeit realisieren wir als Arbeitslosigkeit, die gerechte Verteilung des Reichtums gelingt häufig nicht. Die moderne Ökonomie bringt es aber mit sich, dass wir lernen müssen, in diesen Fragen zu sozialen Mitgestaltern zu werden, z.B. die Frage nach den richtigen und gerechten Preisen in der Praxis zu beantworten.

Der innovativen Geistesfähigkeit steht auch im Liberalismus ein Tor offen, sogar ein Scheunentor – vorausgesetzt sie bringt mehr als sie kostet, d.h. sie bringt Rendite. Es geht nicht darum, etwas Sinnvolles zu machen, sondern darum, ein Mehr zu erzielen durch den unternehmerischen Geist – der sich allerdings an die physischen Kräfte bindet. Einige nennen es gebundenes, andere zweckbestimmtes Geistesleben – das ist auch Geist, doch ihn interessieren nicht die Folgen, nur das Funktionieren.

Wenn es jedoch um den gerechten Austausch geht, nützt es mir nichts, wenn ich das Produkt, das ich hergestellt habe, behalte, weil es mir gehört – das korrigiert sich schnell und auf einfache Weise. In Bezug auf die Arbeit gilt grundsätzlich, dass wir uns dem anderen zuwenden (müssen). Arbeit basiert auf den Bedürfnissen der anderen. Ein modernes Smartphone geht nun aber weit über jede Handarbeit hinaus, wird in hochgradig rationalisierten Produktionsprozessen millionenfach hergestellt, in nahezu unbeschränkter Menge. Doch wem gehört dieses Produkt überhaupt? Das ist nicht sofort klar ersichtlich, in Bezug auf die Eigentumsfrage korrigiert sich hier nichts mehr von selbst. Es entsteht die Möglichkeit einer beliebigen Wertschöpfung. Jetzt kommt der Geist (des Herstellers) und sagt: Das habe ich gemacht! Hersteller als Eigentümer und Arbeitgeber behaupten schlicht, dass sie die jeweiligen Produkte hervorgebracht hätten. Die Arbeiter hätten ja nur zugearbeitet. Das ist der Grund, warum Unternehmer alles für sich beanspruchen und den Mehrgewinn bei sich gebunden halten. Das Zinseszinsproblem entsteht, indem der Gewinn immer wieder neu für Innovationen in eigener Sache verwendet wird. Man müsste sagen: Eigentlich müsste Zugewinn genauso weitergegeben werden, wie wir das bei den Produkten tun. Es ist das Eigentum, das diese Stau-Phänomene überhaupt erst möglich macht: Es ist schuld, dass die Erträge

des Geistes nicht zurückfließen. Wohin sollen sie im Sinne der Dreigliederung aber fließen?

Wo die geistigen Fähigkeiten herkommen

Die eine Seite des Menschen scheint zweckgebunden zu funktionieren, alles scheint der Nützlichkeit untergeordnet zu sein. In Bezug auf unsere niederen Bedürfnisse, wie Hunger und Durst, sind wir alle gleich, sind wir einheitlich konstituiert. Es gibt aber auch eine andere Seite des Menschseins, die hier nicht zum Zuge kommt und bei der es auch nicht diese Einheitlichkeit gibt. Fragt man, wo der Geist, bzw. die geistigen Fähigkeiten, herkommen, ist für jeden ersichtlich, dass diese Fähigkeiten durch Bildung angeregt werden. Jeder Mensch bekommt heute die gesamten Bildungsinhalte der Welt als Geschenk mit. Die Studiengebühren sind keine Abgeltung für das Weltwissen, das man dafür bekommt. Wir benutzen die ganze Menschheit und geben nichts zurück! Wer hat denn das so eingerichtet? Natürlich das Bildungswesen – aber es gibt noch wesentlichere Wirkfaktoren: das Vorgeburtliche und das Nachtodliche, die eine viel größere Rolle spielen, als man üblicherweise meint. Wir können in der Sozialität gar nicht arbeiten, wenn wir das nicht miteinbeziehen. Rund um die Themen Geburt, Empfängnisverhütung, pränatale Diagnostik gibt es heute viele Fragen. Warum sollte man die Pflege alter Menschen finanzieren, wo doch alles umsonst ist hinsichtlich der Erfolgswirksamkeit, wenn man das Nachtodliche außen vor lässt? Darf man alten Menschen noch ein Hüftgelenk einsetzen? Diese Fragen gibt es. Erweiterung des Menschseins auf das Gesamtmenschliche ist im Sozialen eine Zwangsläufigkeit, wenn man das Ganze im Auge hat.

Finanzierung von nicht-ökonomischen Bereichen

In diesen Sphären erzeugen wir keine wirtschaftlichen Güter, wir nutzen sie nur. Wenn ich einen Brief lese, bewirkt er etwas für mein seelisches Empfinden – dabei wird aber nichts produziert. So gesehen gibt es viele Bereiche im menschlichen Leben, die nicht im strengen Sinne ökonomischer Natur sind. Wer finanziert das? Jetzt können wir guten Gewissens sagen: Die Mittel dafür bringt der Geist selbst hervor. Richtig angewendete Produktivität führt dazu, dass Gestaltungsräume entstehen, die nicht „return of investment“ sind. Aktuell greift wieder die Ökonomie danach und fragt nach dem Outcome von Bildung und Ausbildung. Es entstehen zunehmend Bildungsanstalten durch Konzerne, die großen Gewinn machen – das greift um sich und betrifft alle genannten Bereiche. Doch hier gibt es eine Schwelle, an der die Frage, was zurückkommt, nicht so gestellt werden darf, sondern sie muss im Gesamtkontext des sozialen Organismus gesehen werden.

Das lässt sich am Beispiel der Verdunstung erläutern: Das Wasser fließt von der Quelle ins Meer. Das ist für alle sichtbar. Doch wie kommt es wieder auf den Berg? Hier gibt es einen Moment, wo es im Sinne der Ökonomie äußerlich nicht mehr zur Erscheinung kommt, während es verdunstet, um dann erneut – über

diesen Umweg der Erneuerung – zurückzufließen. Ein Teil der Erträge des Schenkprozesses muss so verwandelt werden, dass sie befruchtet werden können vom Geist, von einem frei-schöpferischen Geistesleben, nicht einem zweckgebundenen. Dadurch wird Letzteres erst mit dem Ganzen zusammengeschlossen. So entsteht ein Blickfeld, das die Kräfte Ahrimans, der durch das Geld wirkt, in etwas Heilsames verwandelt. Wo es sich verhärtet und staut, wird Geld Macht, bekommt einen negativen Touch. Wo das nicht geschieht, wird Geld zum Träger von Entwicklung – wenn die Prozesse so gestaltet sind, dass Entwicklung in den Fokus rückt. Das ist nicht von alleine der Fall, denn man kann auch lebenszerstörende Produktivität entwickeln, die dafür billig ist.

Hilfestellung für die Ökonomie – lebendige Begriffsbilder finden

Deshalb müssen wir uns die Frage stellen: Welche Einrichtungen braucht es im sozialen Organismus, an denen sich diese Themen klären können? Das wiederum lässt sich gar nicht vordenen anhand von Tatsachen, die nur das Übriggebliebene, quasi das Relikt dessen darstellen, was geistig verloren gegangen ist, was man statistisch erfassen kann. So gesehen ist unsere Wissenschaftslehre eine gewaltige Statistik und nicht mehr.

Dazu eine Stelle aus den „Kernpunkten der sozialen Frage“, wo Rudolf Steiner darauf hinweist, dass die Menschen dazu neigen, sich ihr Urteil an den Tatsachen zu bilden: „Man richtet sich in Gedanken nach den Tatsachen, die doch der Gedanke beherrschen soll. Notwendig ist aber heute zu sehen, dass man nicht anders ein an den Tatsachen gewachsenes Urteil gewinnen kann, als durch Zurückgehen zu den *Urgedanken*, die allen sozialen Einrichtungen zugrunde liegen.“² Darüber kann man denken, darüber muss man denken. Die Frage ist, auf welche Art – das können wir nicht nur vorstellungsmäßig erfassen.

Ein für die Erfassung hilfreiches Begriffsbild ist die „Metamorphose der Pflanze“, das Gedicht Goethes, das eine vollgültige Beschreibung des Pflanzenwesens darstellt – seine Entwicklung von der Wurzel bis zur Blüte und wieder zurück. Solche lebendigen Begriffsbilder müssen wir finden, damit jeder Mensch die angesprochenen Prozesse verstehen kann. Nicht alle können alle Bücher lesen über das, was bereits erarbeitet wurde. Das können nur diejenigen, die dafür freigestellt sind. Wir müssen einen Übergang finden von dem akademisch Erarbeiteten zu dem, was dann lebenspraktisch wirkt – solche Bilder sind dafür geeignet. Wenn wir das anders zu denken beginnen, muss auch die Art, wie wir mit dem Geist umgehen, anders werden. Das hat die Geistesforschung, hat die Philosophie, zu leisten. Ohne diese Hilfestellung ist die Ökonomie verloren. Denn aus der Faktizität heraus lässt sich Ökonomie nicht verlebendigen. Das soziale Urteil entsteht nicht von unten nach oben. An diesem Punkt waren wir bereits vor 100 Jahren. Nur eine vom Geistesleben verlassene Wirtschaft bringt

2 GA 23, Dn. 1976, S. 91

Theorien hervor, wie der Marxismus es tat, der Religion als Opium des Volkes bezeichnete. Ein engagiertes Geistesleben führt vielmehr in das Leben hinein. Alle ökonomischen Probleme kommen nicht aus der Praxis, sondern haben mit einem fehlenden Grundsatzverständnis zu tun. Sie haben nicht mit „Tatsachen-Unvermögen“ zu tun, sondern mit einem „Denk-Unvermögen“. Das wird unterschätzt: Wir brauchen gesunde Begriffsbilder, damit gesunde soziale Prozesse entstehen können. ■

Zur Werktheorie

Helmut Woll

Der Arbeitskreis ‚Andere Nützliche Produkte‘ der IG Metall Bremen hat 1999 (siehe auch Echolot-Gesamtausgabe) aus den Erfahrungen der Werftindustrie, besonders des Bremer Vulkan, ökologische Argumente auf den Bau von großen Schiffen übertragen. „Die Diskussion um mehr Umweltschutz, um Energie- und um Rohstoffsparen ist auch am Schiffbau nicht vorüber gegangen. Aber schaut man sich die neuen Schiffe in den Konstruktionsbüros einmal näher an, so sind sie vor allem schneller, größer und mit möglichst wenig Arbeitsplätzen an Bord, automatischer Satellitennavigation sowie am besten noch automatischer Be- und Entladung. Das Fernziel scheint zu sein, alles ohne Menschen.“ (Bettelhäuser/Ullrich 1999/S.17) Das kann aber kaum das Interesse derer sein, die das Schiff bauen, reparieren und fahren.

In den 1990er Jahren wurde ein Kriterienkatalog entwickelt für ein sozial- und umweltverträgliches Schiff. Dieses Modellschiff sollte mit ökologischen Materialien ressourcenschonend gebaut werden und arbeitswissenschaftliche Erkenntnisse sollten maßgebend sein, unter Einhaltung tariflicher Arbeitsverträge. Diese Arbeit interessierte damals nur wenige. Sie wurde nicht ernst genommen. Nachträglich hat sich die Prognose des Arbeitskreises von vor 20 Jahren mehr als bestätigt. „Wer heute seine Produktions-Technologien nach Sozial- und Umweltverträglichkeitspunkten durchleuchtet, durchforstet und umstellt, hat morgen die Verkaufsfrennen und damit die Standortsicherung, wenn die Folgen unseres Lebensstils sich weiter und unübersehbar in schwerwiegenden ökologischen und sozialen Verwerfungen niederschlagen!“ (Bettelhäuser/Ullrich 1999/S.15)

Folgende Kriterien für einen neuen modernen Werftbetrieb wurden genannt (Bettelhäuser/Ullrich 1999/S.19):

1. Ist das Produkt überhaupt notwendig?
2. Welche Arbeitskräfte werden benötigt? Qualifikation/Berufe?
„Das Produkt Schiff wird zum wesentlichen Teil von Facharbeitern zusammengebaut. Dabei ist festzustellen, dass ca. 60 Prozent vom Produkt Schiff fertig zugeliefert werden. Damit liegt der

Eigenanteil der Werft bei ca. 40 Prozent.“ (Bettelhäuser/Ullrich 1999/S.82) Die Broschüre nennt 100 hochqualifizierte Tätigkeitsfelder: Schlosser, Mechaniker, Ingenieure, Zeichner etc.

3. Welche Arbeitsbedingungen müssen hergestellt werden beim Bau, Einsatz und Entsorgen bzw. Weiter- und Wiederverwerten des Produkts?
4. Frage nach dem Energieeinsatz bei Herstellung, Einsatz und Entsorgen bzw. Weiter- und Wiederverwerten des Produkts
5. Frage nach dem Rohstoffeinsatz bei Herstellung, Einsatz und Entsorgen bzw. Weiter- und Wiederverwerten des Produkts
6. Frage nach der Umweltbelastung bei Herstellung, Einsatz und Entsorgen bzw. Weiter- und Wiederverwerten des Produkts
7. Frage nach der Lebensraum- und Landschaftsgestaltung bei Herstellung, Einsatz und Entsorgen bzw. Weiter- und Wiederverwerten des Produkts
8. Welche Alternative gibt es zum Produkt?

Diese 8 Problembereiche bieten somit die Möglichkeit über Gesundheit am Arbeitsplatz nachzudenken. „Zusammenfassend ist festzustellen, dass die befragten Beschäftigten der Vulkan Werft im gewerblichen Bereich von einer extrem hohen Arbeitsbelastung betroffen sind und unter massiven gesundheitlichen Störungen und Erkrankungen leiden.“ (Bettelhäuser/Ullrich 1999/S.136) Schadstoffe und ungesunde Baumaterialien werden thematisiert. „Die Forderung geht dahin, möglichst alles durch ungiftige Natur-Materialien zu ersetzen: Furnier statt Resopal, Holzkanten statt Plastikkanten, ungiftige und schwer entflammable Lacke. Bei der Isolierung weg von krebserzeugenden Dämmmaterialien, hin zu solchen, die die Gesundheit nicht beeinträchtigen können. Diese Punkte sind wichtig beim Bau, bei der Reparatur und beim Abwracken.“ (Bettelhäuser/Ullrich 1999/S.47)

Es geht um eine angemessene Verwendung von Energie und Rohstoffen, um eine sinnvolle Entsorgung alter Schiffe. „Wer wissen will, wie ein Betrieb mit seinen Rohstoffen umgeht, kommt nicht umhin, in die Abfallkübel zu schauen.“ (Bettelhäuser/Ullrich 1999/S.171) Es wird auch die Frage gestellt, ob die Schiffe immer größer werden müssen, oder, ob es eine optimale Schiffsgröße geben sollte? „Je größer die Menge eines transportierten Gefahrgutes (auch Rohöl ist äußerst gefährlich für Mensch, Tier und Umwelt), desto größer ist der Schaden bei einer Havarie.“ (Bettelhäuser/Ullrich 1999/S.38)

Das zukünftige Schiff sollte ein Werk sein, das in jederlei Hinsicht ökologischen und gewerkschaftlichen Standards genügt. „Bei unserem Versuch, ein sozial- und umweltverträgliches Schiff zu beschreiben, wollten wir ein bisschen mehr erreichen, als nur ein schnelles und kostengünstiges Schiff. Unsere Vorstellung, unser Traum sozusagen, ist ein Schiff, was weder Menschen noch Umwelt schädigt und

welches auch nicht die Frage ausklammert, wofür brauchen wir dieses Schiff eigentlich. (Bettelhäuser/Ullrich 1999/S.18)

So, wie hier das Transportmittel Schiff auf die Sozial- und Umweltverträglichkeit untersucht wurde, muss sich auch jeder andere Verkehrsträger untersuchen lassen. Hiermit würde ein ganz wesentlicher Punkt erreicht, die Beschäftigten würden sich mit ihrem Produkt auseinandersetzen müssen. Sie wissen, wieviel körperliche Arbeit in ihr Werk eingeflossen ist, aber auch eine ideelle Komponente würde sichtbar. Wie viele Überlegungen sind notwendig, um einen modernen Verkehrsträger erfolgreich zu bauen? ■

Literatur

Bettelhäuser, Fritz/Ullrich, Peter (Hrsg.): Das 8-Punkte Programm für ein sozial- und umweltverträgliches Schiff, Universität Bremen-Kooperationsstelle Arbeiterkammer, Bremen-Vegesack 1999, Broschüre 296 S.

Kollegen des Bremer Vulkan: Echolot-Gesamtausgabe vom 23.10.1978 bis Januar 1991, Broschüre

Solidargemeinschaften im Gesundheitswesen fordern Rechtssicherheit von der Politik

Bundessozialgericht entzog sich der Verantwortung

Die Bundesarbeitsgemeinschaft (BASSG) ist ein Dachverband von Solidargemeinschaften im Gesundheitswesen. Mitglieder sind: Die Spargemeinschaft und Unterstützungskasse der Polizei Münster (SpUKa Münster), der Spar- und Unterstützungsverein von Polizeibeamten im Oldenburger Münsterland (SUV Vechta), die Unterstützungskasse der Bediensteten in der Justizvollzugsanstalt Bielefeld und die Samarita Solidargemeinschaft aus Bremen.

Das Bundessozialgericht verweigert den BASSG-Solidargemeinschaften ein höchstrichterliches Urteil. Damit bleibt die Frage ungeklärt, ob Solidargemeinschaften die Voraussetzungen einer „anderweitigen Absicherung im Krankheitsfall“ erfüllen.

Die Entscheidung des Bundessozialgerichts, die Revision eines Mitglieds der Samarita Solidargemeinschaft wegen angeblich formaler Mängel zurückzuweisen, ist enttäuschend. Das Bayerische Landessozialgericht als vorherige Instanz hatte in dem Verfahren die Revision zum Bundessozialgericht ausdrücklich selbst wegen grundsätzlicher Bedeutung zugelassen und darauf hingewiesen, dass

bisher höchstrichterlich die Frage nicht entschieden sei, ob in der Solidargemeinschaft eine anderweitige Absicherung vorliegt. In dem Verfahren ging es darum, ob die Barmer Ersatzkasse einem Mitglied den Wechsel zur Samarita verweigern darf. Das Bundessozialgericht zieht sich mit seiner Entscheidung auf Formalien zurück und verweigert den im Dachverband der Solidargemeinschaften (BASSG) zusammengeschlossenen Solidargemeinschaften somit die dringend notwendige grundsätzliche höchstrichterliche Klärung der Frage, ob die Mitgliedschaft in einer Solidargemeinschaft die Voraussetzungen einer „anderweitigen Absicherung im Krankheitsfall“ im Sinne von § 5 Abs.1 Ziffer 13 SGB V erfüllt.

Allerdings sind noch weitere sozialgerichtliche und finanzgerichtliche Verfahren anhängig, sodass die Hoffnung besteht, dass diese Frage schließlich doch zu Gunsten der Solidargemeinschaften entschieden wird. „Zudem wird zu prüfen sein, ob gegen die Entscheidung des Bundessozialgerichts Verfassungsbeschwerden erhoben wird“, sagt BASSG-Anwalt Thomas Röwekamp.

„Es ist nicht nachvollziehbar, wieso das Bundessozialgericht die Revisionsbegründung wegen angeblicher Formfehler, die es erst nach 18 Monaten zu entdecken glaubt, zurückweist und sich damit einer Sachentscheidung entzieht“, sagt RA Otto Schily. „Wenn das Bundessozialgericht meinte, an die Revisionsbegründung überzogene Anforderungen stellen zu dürfen, hätte es mindestens einen entsprechenden Hinweis vor Ablauf der Revisionsbegründungsfrist geben müssen.“

Die Arbeit der Solidargemeinschaften, die ein seit Jahrzehnten erfolgreiches genossenschaftliches Modell der Versorgung im Krankheitsfall darstellt, wird inzwischen allgemein anerkannt. „Wir richten einen dringenden Appell an die Bundesregierung und an den Bundestag, endlich für eine rechtliche Klarstellung zu sorgen“, fordert BASSG-Sprecher Urban Vogel. Dies könnte durch eine Einfügung in das Sozialgesetzbuch geschehen, die klarstellt, dass die Mitgliedschaft in einer Solidargemeinschaft, wenn diese bestimmte Kriterien einhält, die Voraussetzungen einer „anderweitigen Absicherung im Krankheitsfall“ erfüllt. ■

Quelle: Pressemitteilung der Samarita vom 8.6.2017, <https://www.samarita.de/newsroom/presse.html>

Mit Schiller und Beethoven für die Volksabstimmung

Bündnis fordert bundesweites Abstimmungsrecht

Am 15. September feierte das Bündnis „Ich will abstimmen“ den internationalen Tag der Demokratie am Brandenburger Tor in Berlin. Die Teilnehmer forderten den Deutschen Bundestag auf, den Weg frei zu machen für die Durchführung

bundesweiter Volksabstimmungen. Prominente Unterstützung bekam die Idee der Direkten Demokratie durch das junge Berliner STEGREIF-Orchester und den Vokal System Chor mit ihrem extra komponierten Musikstück „Wir stimmen ab“. Das Stück kombiniert die 9. Symphonie von Beethoven mit neuen Musikstilen wie Jazz und Rapp sowie einer Abwandlung von Schillers „Ode an die Freude“.

„Die Demokratie ist in Wirklichkeit nicht Politik. Sie ist Kunst. Die Menschen stimmen sich ab und gestalten. Dafür fehlt aber in Deutschland das Instrument. Ein fair und gut geregeltes Abstimmungsrecht. Der Bundestag ist bis heute in der Pflicht, Artikel 20,2 unseres Grundgesetzes umzusetzen und neben den Wahlen endlich auch bundesweite Abstimmungen zu ermöglichen“, sagte Michael von der Lohe, Geschäftsführer des OMNIBUS für Direkte Demokratie.

Im Vorfeld der Aktion hatte der OMNIBUS Video-statements gesammelt, in denen Menschen aus ganz Deutschland ihre Gründe nennen, warum sie die bundesweite Volksabstimmung wollen; www.ich-will-abstimmen.de wird mittlerweile von über 58.000 Menschen unterstützt. Darüber hinaus waren vom 15. September bis zur Bundestagswahl in vielen Städten Deutschlands vom OMNIBUS initiierte Großplakate, City-Light-Poster und Litfaßsäulen-Plakate zu sehen. Sie warben für eine Volksabstimmung über die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens. Laut einer Umfrage des OMNIBUS durch infratest dimap finden es 75 Prozent der Befürworter direkter Demokratie wichtig oder sehr wichtig, dass eine Volksabstimmung über das Grundeinkommen stattfindet.

Zu der Feier am Brandenburger Tor hatten der OMNIBUS, Mehr Demokratie, DEMOCRACY INTERNATIONAL und das Bündnis „Ich will abstimmen“ eingeladen. ■

Quelle: Pressemitteilung des Omnibus für direkte Demokratie vom 15.9.2017, www.omnibus.org

SEKEM veröffentlicht Nachhaltigkeitsbericht 2016

Kairo, den 14. August, 2017: „Der Nachhaltigkeitsbericht 2016 ist nicht nur ein Zeichen dafür, dass wir die herausfordernden vergangenen Jahre gut überstanden haben, sondern zeigt auch, dass wir trotz vieler Hürden an unserem ganzheitlichen Ansatz festgehalten haben, ohne die wichtigen Bereiche Bildung, Kultur und Soziales zu vernachlässigen.“ (Helmy Abouleish, Geschäftsführer der SEKEM Initiative)

Zum 10. Mal veröffentlicht die SEKEM Initiative in Ägypten einen umfassenden Jahresbericht, in dem

ihre Bemühungen für nachhaltige Entwicklung in den Bereichen Wirtschaft, Ökologie, Kultur und Gesellschaft dargestellt sind.

In diesem Jahr geht SEKEM speziell auf die Ziele für nachhaltige Entwicklung ein, die von den Vereinten Nationen Anfang 2016 als weltweite Zielsetzung für 2030 veröffentlicht wurden. SEKEM stellt dar, wie sich die Initiative bereits seit 40 Jahren mit allen 17 Zielen beschäftigt und viele davon aktiv vorantreibt.

Weitere wesentliche Entwicklungen des Jahres 2016:

Wachstum trotz schwieriger Bedingungen im Land:

Die SEKEM-Firmen konnten, trotz der erschwerten wirtschaftlichen Lage in Ägypten, ein konsolidiertes Wachstum von 29 % erreichen und weiterhin 10 % der Einnahmen an die SEKEM Stiftung für Entwicklung abtreten, die damit verschiedene kulturelle Einrichtungen betreibt. Entgegen der landesweiten hohen Arbeitslosenrate war es der SEKEM Initiative 2016 möglich, 61 mehr Mitarbeiter als im Vorjahr fest anzustellen.

Bio-Landwirtschaft wächst:

SEKEMs landwirtschaftliche Aktivitäten konnten ebenfalls ein Wachstum von 38 % vorweisen, obwohl 2016 keine neuen Investitionen getätigt wurden. Auch die Anzahl der Zulieferer wuchs an, was ein Zeichen dafür ist, dass stetig mehr Land in Ägypten biologisch und biodynamische bewirtschaftet wird. Dadurch erhielten auch immer mehr Produkte eine Demeter-Zertifizierung.

Weniger Wasser, niedrigerer CO2-Ausstoß:

Die Gesamt-CO2-Bilanz SEKEMs lag trotz wirtschaftlichen Wachstums 2016 bei 3,017,332 t CO₂e im Vergleich zu 3,237,623 im Vorjahr. Der Wasserverbrauch stieg zwar insgesamt an, die Grundwasserverwendung in der Landwirtschaft konnte aber um 16 % verringert werden. 100 % des genutzten Wassers wird von SEKEM anhaltend wiederverwendet.

Stärkung von Gemeinschaften:

SEKEM stellte 2016 die Förderung der Gemeinschaftsbildung unter den Vertragsbauern in den Fokus. Es wurden vermehrt Fortbildungen, monatliche Treffen und Veranstaltungen zu sozialen wie kulturellen Themen angeboten. Dies soll nicht nur zu einer stärkeren sozialen Entwicklung in Ägypten beitragen, sondern gleichzeitig die Lebensmittelsicherheit unterstützen, die durch ein weitreichenderes Verständnis der Bauern für ihre Tätigkeit gefördert wird.

Bildung bleibt zentrales Anliegen:

Die kulturellen Aktivitäten SEKEMs, darunter verschiedene Bildungseinrichtungen, wurden 2016 weiter vorangetrieben. Darüber hinaus setzte sich SEKEM für nachhaltige Bildung außerhalb der Initiative ein, beispielsweise mit verschiedenen Trainings für Lehrer aus staatlichen ägyptischen Schulen. Die Heliopolis Universität für nachhaltige Entwicklung hat mittlerweile über 1.000 Studierende und konnte bereits den ersten Jahrgang

der Wirtschaftsfakultät mit dem Bachelor-Abschluss verabschieden.

Wie im vergangenen Jahr hat SEKEM versucht, den Nachhaltigkeitsbericht möglichst lebendig zu gestalten, um detaillierte Einblicke in den Alltag der Initiative zu geben. Neben den wichtigsten Zahlen werden beispielsweise unterschiedlichste Menschen, die SEKEM unterstützen, zitiert. Hinweise auf Artikel aus dem SEKEM Newsletter geben die Gelegenheit zu weiterführenden und persönlichen Informationen.

Obwohl die SEKEM Initiative im Nachhaltigkeitsbericht 2016 auch zeigt, dass nur 38 % der gesetzten Ziele voll erreicht wurden, geben die Ergebnisse Anlass zur Freude: zum einen, weil etliche weitere Absichten fast erreicht wurden und zum anderen, weil die allgemeinen Voraussetzungen in Ägypten, vor allem im zweiten Halbjahr 2016, durch die starke Abwertung des Ägyptischen Pfunds, unerwartet erschwert wurden. ■

Quelle: Pressemitteilung von SEKEM vom 14.8.2017, www.sekem.com

Zeichen der Zeit

Atomwaffenverbot gebilligt, was nun?

Der folgende Artikel von Tharanga Yakupitiyage ist dem Transcend Media Service vom 17. Juli entnommen. Der als Gründungsvater der Friedens- und Konfliktforschung geltende Johan Galtung ist Rektor der von ihm begründeten TRANSCEND International Peace University und wirkt im Rahmen des TRANSCEND-Netzwerks für Frieden, Entwicklung und Umwelt (www.transcend.org).

Am 7. Juli 2017, mehr als sieben Jahrzehnte nach dem Einsatz von tödlichen Atombomben in Japan, hat die UNO einen historischen Vertrag passieren lassen, der Atomwaffen auf der ganzen Welt verbietet. Obwohl dieser bedeutsame Schritt die Hoffnung auf eine Zukunft ohne Atomwaffen entzündet, bleibt der Erfolg des Vertrages unsicher. Mehr als 122 Länder, sprich: zwei Drittel der 192-Mitglieder-UNO, verabschiedeten den historischen Vertrag, der Atomwaffen verbietet, nach monatelangen Gesprächen.

„Wir haben es geschafft, die ersten Samen einer atomwaffenfreien Welt zu säen ... die Welt wartet seit 70 Jahren auf diese gesetzliche Norm“, sagte Elayne Whyte Gomez, Ständige Vertreterin von Costa Rica und Präsidentin der UN-Konferenz, die den Vertrag ausgehandelt hat.

Die Leiterin des Programms zivilgesellschaftliche Organisation für Abrüstung PAX, Susi Snyder, hat in ähnlicher Weise gegenüber Inter Press Service (IPS) die Bedeutung des Ereignisses hervorgehoben. Sie sagte: „Die Menschen haben seit Jahrzehnten an dem Problem gearbeitet, mich eingeschlossen, und ein solcher Moment, in dem man bis in die Zehenspitzen spürt, dass hier Geschichte geschrieben wird, erlaubt, all diese Gefühle zu spüren.“

Es gibt etwa 15.000 Atomsprenköpfe weltweit, mehr als 90 % davon gehören den USA und Russland.

Anders als der Vertrag von 1968 über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (Atomwaffensperrvertrag, NVV), der es fünf Ländern gestattete, solche Waffen zu besitzen, beinhaltet das neue Instrument ein ausdrückliches Verbot der unmittelbaren oder mittelbaren Anwendung, der Drohung mit der Anwendung, des Besitzes, Erwerbs und der Entwicklung von Atomwaffen.

Es gibt auch zum ersten Mal Verpflichtungen zur Unterstützung der Opfer von Atomwaffenversuchen und -anwendung sowie zur Umweltsanierung von Gebieten, die als Folge von Atomwaffenaktivitäten kontaminiert wurden. „Dieser normative Vertrag hebt die humanitären Konsequenzen von Atomwaffen hervor – eine große Leistung, vor allem im Hinblick auf die ‚Hibakusha‘, die Überlebenden von Hiroshima und Nagasaki“, sagte die Forscherin der Waffenkontroll-Assoziation (ACA) Alicia Sanders-Zakre gegenüber IPS.

Auf diese Konsequenzen wird im ganzen Vertrag wiederholt hingewiesen, auch zeigt sich darin tiefe Besorgnis über die katastrophalen humanitären Konsequenzen, die sich aus der Anwendung von Atomwaffen ergeben würden, und über das anhaltende Risiko für die Menschheit, das durch den „Fortbestand von Atomwaffen“ verursacht wird.

Obwohl das Bewusstsein für die verheerenden humanitären Auswirkungen von Atomwaffen sicherlich nicht neu ist, stellten Snyder und Sanders-Zakre fest, dass Staaten Atomwaffen in ihrer Sicherheitsdoktrin immer noch legitimieren.

„Einige Staaten, die den Vertrag verhandeln, werden dagegenhalten, dass sie Atomwaffen legitimieren als nukleare Abschreckung anderer Atomwaffenstaaten, und so von ihren humanitären Konsequenzen ablenken ..., die oft nicht im Vordergrund der Sicherheitsüberlegungen stehen“, sagte Sanders-Zakre. Der neue Vertrag zielt darauf ab, Atomwaffen ihr Prestige zu nehmen, indem sie völkerrechtlich als nicht annehmbar erklärt werden.

Nicht ohne Kampf

Die neun nuklear bewaffneten Staaten der Welt sowie die Mehrheit der Mitglieder des Nordatlantik-Paktes (NATO) boykottierten die Verhandlungen, mit Ausnahme der Niederlande, die gegen das Dokument stimmten.

Unter den lautesten Kritikern sind die Vereinigten Staaten, die seit Beginn der Gespräche sagten, dass der Prozess nicht „realistisch“ sei, vor allem im Hinblick auf die steigenden Spannungen zwischen der nordamerikanischen Nation und Nordkorea. „Es gibt nichts, was ich mehr für meine Familie will als eine Welt ohne Atomwaffen, aber wir müssen realistisch sein. Gibt es jemanden, der denkt, dass Nordkorea Atomwaffen verbieten würde?“ So fragte die US-Botschafterin bei der UNO, Nikki Haley.

In einer gemeinsamen Erklärung haben die USA, Großbritannien und Frankreich angekündigt, dass sie nicht die Absicht haben, den Vertrag zu unterzeichnen, zu ratifizieren bzw. Vertragspartei zu werden. „Ein angebliches Verbot von Nuklearwaffen, das sich nicht mit den Sicherheitserwägungen auseinandersetzt, die weiterhin eine nukleare Abschreckung erfordern, kann nicht zur Beseitigung einer einzigen Atomwaffe führen und wird weder die Sicherheit eines einzelnen Landes noch interna-

tionalen Frieden und Sicherheit erhöhen“, erklärten sie. Sie bekräftigten zugleich, sich weiter an den Vertrag über die Nichtweitergabe von Atomwaffen gebunden zu fühlen.

Snyder sagte IPS, es sei nicht verwunderlich, dass diese Nationen nicht teilnehmen, was ihrem Willen entspringe, die mit dem Besitz von Atomwaffen verbundene politische Macht zu behalten. Sie kritisierten die gemeinsame Bewegung für ein allgemeines Atomwaffenverbot, als sei dieses eine Verletzung des Atomwaffensperrvertrags.

Artikel 6 des Atomwaffensperrvertrags (NVV), den die Mehrheit der Mitgliedstaaten unterzeichnet hat, besagt, dass jede Partei „die Verhandlungen in gutem Glauben an wirksame Maßnahmen zur Beendigung des atomaren Wettrüstens und zur nuklearen Abrüstung zu einem möglichst frühen Zeitpunkt“ verfolgen müsse.

Snyder stellte fest, dass die Verhandlungen von der Mehrheit als eine „wirksame Maßnahme“ im Streben nach Abrüstung angesehen wurden. „Während dieses Verbot nicht die letzte Anstrengung ist, eine atomwaffenfreie Welt zu erreichen und zu erhalten, ist es doch sicherlich ein Schlüsselement für eine Welt ohne Atomwaffen. Die Abwesenheit der Atomwaffenstaaten ist für diese peinlich und demonstriert, dass ihr Engagement für unmenschliche Waffen größer ist als das für Menschlichkeit“, fuhr sie fort.

Allerdings würden nuklear-bewaffnete Nationen argumentieren, dass sie nicht gegen den Atomwaffensperrvertrag verstoßen, da sie nicht der Ansicht sind, dass das Verbot zur Beseitigung von Atomwaffen führen werde und somit keine „wirksame Maßnahme“ sei, sagte Sanders-Zakre. Der Vertrag spiegelt die wachsende Kluft zwischen Staaten mit und ohne Nuklearwaffen hinsichtlich ihrer Visionen von Abrüstung wider.

In der Klemme

Manche sind auch unzufrieden mit dem vertraglichen Verbot der territorialen Stationierung, der Installation oder des Einsatzes von Atomwaffen, da dies viele NATO-Mitglieder bei nuklearen Mitbenutzungsvereinbarungen in eine unangenehme Situation bringt.

Fünf Nationen, darunter auch Deutschland und die Türkei, haben derzeit US-Atomwaffen im Rahmen der Atompolitik der NATO auf ihrem Territorium stationiert. Damit die NATO-Mitglieder dem neuen Vertrag beitreten können, müssten sie sich von ihren vertraglichen Verpflichtungen abwenden bzw. zurückziehen.

„Einerseits will der Vertrag universell sein, um viele Mitglieder einzuschließen. Aber zur gleichen Zeit ist es ein Verbotsvertrag und ein Mitglied eines Verbotsvertrags, das Atomwaffen auf seinem Boden hat, wäre paradox“, sagte Sanders-Zakre

gegenüber IPS. Aber kann ein nuklearer Verbotvertrag ohne die betroffenen Nationen überhaupt erfolgreich sein?

Snyder und Sanders-Zakre sagen ja: „Der Vertrag setzt eine Norm, die auch für die nuklear bewaffneten Staaten eine geschichtliche Realität ist, auch wenn sie die bisherigen Verträge nicht unterzeichneten“, so Snyder, die auf den umfassenden Vertrag zum Verbot von Atomtests verweist. Obwohl dieser nicht von allen Nationen ratifiziert und nicht in Kraft getreten ist, hat er eine Norm gesetzt, durch die Atomtests verurteilt werden.

„Eine derartige Norm wird auch aus diesem Vertrag erwachsen und wird wahrscheinlich zu einer fortwährenden substanziellen Verurteilung der Aktivitäten der Atommächte führen, die nicht der Abrüstung dienen“, fuhr Snyder fort. Sanders-Zakre stellte fest, dass es auf dem Weg zum Inkrafttreten des Vertrages einige Hindernisse geben könnte, auch durch die Lobbyarbeit der Atommächte, um die anderen vor der Ratifizierung abzuhalten oder eine allgemeine Abnahme der politischen Dynamik zu bewirken.

Aber mit oder ohne die Atomwaffenstaaten wird der Vertrag einen bedeutenden normativen Schritt zur Abrüstung markieren, wenn alle 122 Staaten, die verhandelt haben, ihn unterzeichnen und ratifizieren. „Meine Hoffnung ist, dass dieser Vertrag der erste Schritt in Richtung eines produktiveren Abrüstungsdialogs sein wird und dass er als Weckruf für Atomwaffenstaaten dienen wird, die seit langem keine Abrüstungsverhandlungen mehr ernsthaft verfolgt haben“, sagte Sanders-Zakre.

Snyder beschrieb in ähnlicher Weise den historischen Anlass als den ersten Schritt von vielen und erklärte: „Dieser Vertrag wird zur Beseitigung von Atomwaffen beitragen: Er ist nicht der letzte, der sie für immer aus der Welt schaffen wird, aber er hilft, die vollständige Illegitimität dieser unmenschlichen Waffen zu bekräftigen und weist so einen Weg zu ihrer Beseitigung.“

Der Vertrag über das Verbot von Atomwaffen wird am 20. September von den Mitgliedsstaaten zur Unterzeichnung aufgelegt und markiert den Beginn der 72. Tagung der UN-Generalversammlung. Er wird 90 Tage nach der Ratifizierung durch 50 Länder Rechtskraft erlangen.

Anfang dieses Jahres sprachen Atomwissenschaftler davon, dass die Uhr auf zweieinhalb Minuten vor zwölf stehe. Darin spiegelte sich die Angst, dass die Welt einer Atomkatastrophe näher ist denn jemals seit 1953, als die USA und die Sowjetunion die Wasserstoffbombe testeten.

Quelle: Transcend Media Service, 17. Juli 2017.
Übersetzung aus dem Englischen: C. Strawe.
<https://www.transcend.org/tms/2017/07/nuclear-ban-approved-now-what/>

Literatur

Dietrich Spitta: Der soziale Organismus als Mysterium

Spirituelle Grundlagen des sozialen Lebens und seine künftige Entwicklung. 332 S., gebunden, ISBN-13: 978-3-7725-2634-3, Verlag Freies Geistesleben Stuttgart 2015

Johannes Mosmann¹

Woran scheitert die anthroposophische Bewegung?

Die anthroposophische Bewegung, so Rudolf Steiner, habe sich durch drei Phasen metamorphosieren und begründen müssen – in der dritten und letzten Phase sei sie aber eigentlich gescheitert.² Die erste Phase habe bis ca. 1909 gedauert. Bis dahin habe es sich darum gehandelt, mit dem abendländischen Denken an die (zu diesem Zeitpunkt nach Osten orientierten) spirituellen Bewegungen anzuknüpfen und so aus der Theosophischen Gesellschaft allmählich eine Anthroposophische Gemeinschaft herauszulösen.

In der zweiten Phase von 1909 bis ca. 1917 sei es darum gegangen, die Anthroposophie praktisch zu verbinden mit den Künsten und dem wissenschaftlichen Leben der Gegenwart und damit zusammenhängend die Anthroposophische Gesellschaft zu begründen und das Goetheanum zu errichten.

Das dritte Entwicklungsstadium sei die Bewegung für soziale Dreigliederung gewesen, in dem die anthroposophische Bewegung jedoch weitgehend scheiterte, und zwar aus zwei Gründen. Einerseits entfaltete die zweite Phase notwendigerweise eine antisoziale Wirkung, welche der dritten Phase im Weg stand: „Man bildete solche Zirkel, schickte seine Gedanken aus, gute Gedanken, man floh aus dem äußeren Leben in das Leben, das nur, ich sage nicht unreal ist, aber das nur in Empfindungen und Gedanken lebt. Man spaltete sich wirklich entzwei in einen, der ins Büro ging oder auf den Katheder stieg, und in den andern, der in den anthroposophischen Zweig ging und dort ein ganz anderes Leben führte.“

Andererseits aber verloren diejenigen, die dann tatsächlich das äußere Leben im anthroposophischen Sinn ergreifen wollten, also die Waldorflehrer, die Unternehmer usw., schnell die Beziehung zur Anthroposophie, so dass die Dreigliederungsbewegung bald keine „Bewegung“ mehr war, sondern

¹ Diese Rezension ist auch erschienen in den „Mitteilungen der anthroposophischen Gesellschaft in Deutschland“, 1/2017.

² GA 257, Vortrag vom 6.2.1923, S. 49ff., und Vortrag vom 13.2.1923, S. 70ff.

nur der Oberbegriff für ein Sammelsurium gut gemeinter Initiativen: „In der dritten Phase hat man die Anthroposophie in einem gewissen Sinne über allerlei Einzelbewegungen vergessen. Sie muss wiedergefunden werden, wiedergefunden werden als lebendige Geistesbewegung, als solche lebendige Geistesbewegung, die gerade von dem modernen Zivilisationsleben und vor allen Dingen von einem echten Empfinden moderner Herzen der Menschen gefordert wird.“

Wer diese Ausführungen Steiners liest und zugleich die anthroposophische „Bewegung“ von heute kennt, sieht unmittelbar: Was Steiner 1923 kurz nach der Vernichtung des ersten Goetheanums in eindringlichen Worten an die Anthroposophen richtet, ist die exakte Beschreibung ihrer gegenwärtigen Lage. Die Welt hat sich rasant entwickelt, in vielerlei Hinsicht auch entsprechend der düsteren Voraussagen Rudolf Steiners, doch die anthroposophische Bewegung steht noch dort, wo sie bereits 1923 stand: in der Spaltung dieser zwei Tendenzen, d.h. aber: im Begriff des Scheiterns.

Dietrich Spittas Buch „Der soziale Organismus als Mysterium“ ist deshalb so einzigartig und wichtig, weil es erstmals die soziale Dreigliederung aus dem gesamten Spektrum anthroposophischer Geisteswissenschaft hervorgehen lässt und somit andererseits die anthroposophische Bewegung als das hinstellt, was sie eigentlich ist: eine Geburtshelferin der Erd- und Menschheitsentwicklung. Der Leser erlebt anschaulich, warum die drei von Steiner genannten Phasen eben nicht so zu verstehen sind, dass da zunächst die Anthroposophie begründet wurde, und sich später dann irgendwelche sozialen Ideen anschlossen, gewissermaßen als verdünnte, Programm gewordene Anthroposophie, sondern so, dass sich die Anthroposophie selbst metamorphosieren, d.h., dreimal neu begründen musste. Die gegenwärtig mögliche Daseinsform der Anthroposophie ist die soziale Dreigliederung – und umgekehrt: Die Wirksamkeit sozialer Initiativen hängt von ihrer Beziehung zur Anthroposophie ab.

Dietrich Spitta beginnt bei den Kernpunkten der sozialen Frage, wandert über das Mysterium von Golgatha hin zum Wiedereintritt des Mondes in die Erde und weiter, um schließlich im Vertragsrecht zu enden. Ein kleines Mysterium ist deshalb vielleicht auch, wie es Spitta gelungen ist, den Steiner'schen Gedankenkosmos in nur einem Band inhaltlich nachzuzeichnen. Dennoch kann das Buch aus dem selben Grund selbstverständlich nicht das Studium der Quellen ersetzen, sondern „nur“ ein Leitfadens für die Orientierung in Steiners Werk sein. Wenn Spitta z.B. darauf hinweist, dass das Wirtschaftsleben in gewisser Beziehung mit dem Ätherleib, in anderer Beziehung aber mit dem Astralleib und in wieder anderer Beziehung mit dem Ich zusammenhängt, tut der Leser gut daran, sich mit Hilfe der Quellenangaben eine genaue Vorstellung dieser Zusammenhänge zu verschaffen. Für Außenstehende dürfte das Buch in der durch den gewählten Ansatz bedingten Verkürzung schwer verständlich sein und teilweise auch schockieren – insofern ist „Der

soziale Organismus als Mysterium“ auch ein sehr mutiges Buch. ■

Rainer Müller: König Kunde

Kurzgeschichten für Konsumenten. 122 Seiten, Zeichnungen von Ralf Bohde, 14 Euro, zu bestellen über rainer.mueller@gemeinwohl-oekonomie.org

Christoph Strawe

Rainer Müller ist pensionierter Waldorflehrer, ehemaliger Unternehmer und heute Aktivist der Stuttgarter Gruppe der von Christian Felber begründeten Gemeinwohlökonomie (GWÖ). Die Anregung zu dem Buch ist aus der Arbeitsgemeinschaft „GWO und Konsumenten“ erwachsen, die seit 2015 immer wieder zusammenkommt. Müller hat sich dann auf ganz individuelle Weise mit dem Thema auseinandergesetzt und versucht, Konsumentenaufklärung in 40 vergnüglich zu lesende Kurzgeschichten zu verpacken.

Inhaltlich unterscheidet sich sein Ansatz vom bloßen Verbraucherschutzgedanken durch die Idee der Mitverantwortung des Konsumenten für eine gemeinwohlorientierte und gerechte Wirtschaft. Denken und Handeln stimmen oft nicht überein. Denn der Konsument ist verführbar und dadurch selber oft Mittäter und nicht Opfer. Der Autor will „uns auf amüsante und unkonventionelle Weise auf diese Widersprüche hinweisen und zum Denken *und* Handeln anregen“. (Klappentext).

„Es war einmal ein König, der hieß Kunde ...“ heißt es am Beginn im Märchentone. Und das Ende wird bereits anvisiert: König Kunde, nachdem er seine Verantwortung endlich erkannt hat, will vom selben Tage an als „Vorbild vorangehen, und es sollte in seinem Land nur noch das konsumiert und verbraucht werden, was wirklich notwendig war und was die Natur nicht zerstörte...“

Die einzelnen Geschichten tragen Titel wie „Nicht mehr im Dunkeln tappen“, „Die Tomate“ und ein „Gespräch auf der Weide“ gibt es gleich achtfach. Wir können dabei die Kühe Liesel und Anna belauschen. Die Geschichten sind Parabeln, mit Witz und gleichzeitig mit Tiefgang erzählt, auf solide Fakten gestützt.

Für Freunde der sozialen Dreigliederung dürfte der Versuch des Autors, den Arbeitsansatz der assoziativen Wirtschaft zur Gestaltung der Beziehungen von Produktion, Zirkulation und Konsumtion mit dem der GWÖ zusammenzudenken, ganz besonders interessant sein.

Das Buch im Selbstverlag herauszubringen (Bestell-daten s. oben), war sicher ein Wagnis. Das erste Echo ist erfreulich: Die beiden großen Stuttgarter Tageszeitungen haben es bereits ausführlich besprochen. ■

Initiativen und Termine

Dreigliederung des Sozialen Organismus – Zur Aktualität nach 100 Jahren

Seminar für freiheitliche Ordnung
Ulm/Bad Boll, 13. bis 15. Oktober 2017

Fritz Andres

Vor 100 Jahren trat Rudolf Steiner mit der Idee einer Dreigliederung des Sozialen Organismus an die Öffentlichkeit, um auf die Gestaltung der politischen Verhältnisse nach dem absehbaren Ende des ersten Weltkriegs Einfluss zu nehmen. Das Seminar für freiheitliche Ordnung rechnet diese Sozialidee nach wie vor zu seinen Grundlagen und sieht seine jahrzehntelange Arbeit vor diesem Hintergrund. Wir veranstalten die Tagung zusammen mit dem Ulmer Rudolf Steiner Zweig. Der erste Teil der Tagung findet am Nachmittag und Abend des 13. Oktober in Ulm statt, der zweite Teil am 14. und 15. Oktober in Bad Boll. Beide Teile können auch unabhängig voneinander besucht werden. Alles Nähere finden Sie im Tagungsprospekt über den folgenden Link: <http://sffo.de/sffo/sffova2017.html#okt>

Die **Bad Boller Gespräche** eröffnen wir nach der Sommerpause am 9. Oktober mit einem Vortrag von Prof. Dr. Dirk Löhr zum Thema: Der Strom des Geldes fließt nach oben! – Zum herrschenden Boden- und SteuerUNrecht. Alles Nähere erfahren Sie über folgenden Link – <http://sffo.de/sffo/BadBollerGespraech.html> ■

Vorträge aktuelle Themen im forum 3 Stuttgart

Horst Kornberger, Moderation: Jonathan Stauffer:
Weltwunder Bienenstock. Donnerstag, 5. Oktober,
19.30 Uhr

Gabriela Reinwald: Willst Du rechthaben oder Zukunft gestalten? Freitag, 20. Oktober, 19.30 Uhr

Jaron Urs Michael Götz und Simon Marian Hoffmann: Warum wir Bildung neu denken sollten. Freitag, 27. Oktober, 19.30 Uhr

Dr. Yeshayahu Ben-Aharon: Ahrimanische Unsterblichkeit und Christus Ereignis. Donnerstag, 2. November, 19.30 Uhr, Freitag, 3. November, 19.30 Uhr

Armen Töugu: „Silicon Valley“ – das mächtigste Tal der Welt? Freitag, 10. November, 19.30 Uhr

Dr. Hans-Bernd Neumann: Beten und Denken – kein Widerspruch! Montag, 27. November, 19.30 Uhr

Stefan Padberg: „I Thought the Future Would Be Cooler“*. Freitag, 8. Dezember, 19.30 Uhr

Nothart Rohlf und Ulrich Morgenthaler: Im sozialen Klima der Unwahrhaftigkeit. Freitag, 19. Januar, 19.30 Uhr

Kosten jeweils Euro 7 / Rentner 5 erm. 4 / bis 21 J. 2. **Ansprechpartner:** Ulrich Morgenthaler, 0711 / 4 40 07 49 - 66, Aktuelle-Themen@forum3.de ■

Seminarreihe „Sozialkunst“

Erfahrungen und Übungswege mit der Anthroposophie im Berufsleben

Veranstalter: Sektion für Sozialwissenschaften
am Goetheanum/Dornach/Schweiz

Termine von Oktober bis Dezember 2017

Die Dreigliederung des sozialen Organismus – ein Gesellschaftsentwurf R. Steiners

Donnerstag, 19. Oktober 2017, 11 bis 19 Uhr.
Freitag, 20. Oktober 2017, 9 bis 19 Uhr. Mit Gerald Häfner und Claudine Nierth.

Inhalte: Das Rätsel von Ich und Gemeinschaft | Institutionelle und funktionale Dreigliederung | Die Dreigliederung als Gestaltungsmittel für moderne Gemeinschaften | Dreigliederung, Recht und Politik

Rahmenprogramm: Donnerstag, 19. Oktober 2017, 9.30 bis 10.30 Uhr und 20 Uhr bis 21.30

Unternehmensführung – Sinnggebung – Selbstführung

Donnerstag, 23. November 2017, 11 bis 19 Uhr
Freitag, 24. November 2017, 9 bis 19 Uhr. Mit Hilmar Dahlem und Phillip Lettmann.

Inhalte: Menschenbild und Entwicklungsbegriff | Organisationen als moderne Gemeinschaften | Kernqualitäten von Führung | Routineprozesse verbessern und Erneuerungsprozesse gestalten | Rollenbewusstsein und persönliche Entwicklung als Führungskraft | Schulungswege im Sozialen
Rahmenprogramm: Donnerstag 9.30 bis 10.30 und 20-21.30

Die Kunst des Rechts

Donnerstag, 14. Dezember 2017, 11 bis 19 Uhr
Freitag, 15. Dezember 2017, 9 bis 19 Uhr. Mit Ingo Krampen und Peter Lüdemann-Ravit

Inhalte: Die Entwicklung des Rechts aus den Mysterienströmungen Europas | Rechtssicherheit versus Gerechtigkeit | Von Anspruch und Schuld zu Verantwortung und Vertrauen | Recht als gesellschaftliche Kunst | Die Mediation als Raum des „Rechtschaffens“

Rahmenprogramm Donnerstag 9.30 bis 10.30 und 20.00 bis 21.30 Uhr

Veranstaltungen 2018

Die Wirkung des Geldes auf Mensch und Beziehung – Innere Ordnungsprozesse und Dynamik des sozialen Feldes. 1./2. Februar 2018. Mit Alexandra Traun und Paul Mackay

Das Verhältnis von Mensch und Organisation: 8./9. März 2018. Mit Joachim Ziegler und Adriaan Bekman

Sind Konflikte Schicksal? 10. bis 11. Mai 2018. Mit Prof. Dr. Fritz Glasl und Prof. Angela Mickley

Von der Selbsterkenntnis zur Selbstgestaltung der Biographie. 14./15. Juni 2018. Mit Renate Hasselberg und Franziska von Nell

Detailprogramm mit Kostenübersicht: http://sozial.goetheanum.org/uploads/media/Sozialkunst_Flyer_2017_alles_DR_03.pdf

Veranstaltungsort (bis auf Rahmenprogramm)
Haus Julian (KunstRaumRhein), Dorneckstrasse 37, 4143 Dornach Schweiz.

Online-Anmeldung: www.goetheanum.org/8500.html. **Telefonischer Ticketverkauf,** Dienstag bis Samstag, 14 bis 18 Uhr, Tel. + 41 61 706 44 44, tickets@goetheanum.ch, sektion.sozialwissenschaften@goetheanum.ch, www.sozial.goetheanum.org ■

Ökonomie der Brüderlichkeit im Umgang mit Kaufen, Leihen, Schenken

Goetheanum, Dornach/Schweiz,
17. bis 19. November 2017

Eine Ökonomie kann als brüderlich bezeichnet werden, wenn an jeder Stelle in dem ihr zugrunde liegenden Finanzkreislauf fortwährende Ausgewogenheit herrscht, das heißt: wenn beim Austauschen von Werten keiner ohne Zuspruch der

Anderen sich bevorzugt, sich in eine Vormachtstellung bringt, andere zu seinem Vorteil arbeiten lässt. Das Hypomochlion, die Zunge an der Waage, an der diese Ausgewogenheit gesucht und gestaltet werden kann, ist da, wo in einem assoziativen Vorgang der jeweils richtige Preis ermittelt wird. Die Tagung wendet sich an alle – Finanzverantwortliche, Angestellte, Fachleute, Laien, Konsumenten, Eigentümer, Schuldner und Gläubiger –, die angesichts der Weltwirtschaftslage die Frage nach konkreten Möglichkeiten für eine Veränderung ihres Finanzverhaltens bewegt und die dafür ethisch-praktische Ideen suchen.

Sie wird gemeinsam veranstaltet von: Anthroposophische Gesellschaft in der Schweiz – L'Aubier – Die Christengemeinschaft Schweiz – confoedera-Förderverein – CoOpera Sammelstiftung – Freie Gemeinschaftsbank Basel – Gemeingut Boden – IG Soziale Dreigliederung-GWÖ – Konsumentenverein Basel und Umgebung – NWO-Stiftung Belcampo – Sektion für Sozialwissenschaften am Goetheanum – Stiftung Edith Maryon Basel – Stiftung TRIGON Arlesheim

Mitwirkende: Jean-Marc Décressonnière, Geschäftsleitungsmitglied der Freien Gemeinschaftsbank, Marc Desales, Vorstand Anthroposophische Gesellschaft Schweiz, Gerald Häfner, Leiter der Sektion für Sozialwissenschaften am Goetheanum, Fionn Meier, Student der Wirtschaftswissenschaften, Cristóbal Ortín, Priester der Christengemeinschaft Zürich, Ursula Ostermai – Sprachgestaltung, Schauspiel, Sprachtherapie –, Niklaus Schär, Stiftungsrat CoOpera Sammelstiftung, u.a.

Vortreffen: Freitag, 17. November 2017 14.00 Uhr: Studienarbeit am Nationalökonomischen Kurs von Rudolf Steiner GA 340. Keine Anmeldung erforderlich.

Programmübersicht

Freitag, 17. November 2017: 17.00 Uhr Eröffnung und Einführung zum Tagungsthema.

20.00 Uhr Zwei Vorträge: Das Entstehungsmoment des Nationalökonomischen Kurses und seine Bedeutung (Marc Desales). Ökonomie als Übungsfeld einer neuen Brüderlichkeit (Gerald Häfner)

Samstag, 18. November 2017: 9.00 Uhr Drei Vorträge: Kaufen, Leihen und Schenken brüderlich gestalten (Jean-Marc Décressonnière, Marc Desales, Cristóbal Ortín) Referate und Werkstätten zum Tagungsthema (Informationen und Anmeldung bei Tagungsbeginn am Infotisch.) Darstellung konkreter Projekte (Sonett GmbH, Remei AG, Chancen eG, u.a.) und künstlerische Kurse: Eurythmie, Sprachgestaltung, Betrachtungsübungen etc. (Informationen und Anmeldung bei Tagungsbeginn am Infotisch.)

19.30 Uhr Eurythmie-Aufführung: „Das Rätsel des Judas – Verrat & Gewissen“. Else-Klink-Ensemble Stuttgart, künstlerische Leitung: Benedikt Zweifel

Sonntag, 19. November 2017: 9.00 Uhr Tagungsarbeit Referate, Übersicht und Ausblick im Plenum. 12.30 Uhr Ende der Tagung

Ein detailliertes Programm bekommt man nach Anmeldung spätestens eine Woche vor Tagungsbeginn per Post.

Anmeldung erbeten bis 27. Oktober 2017. Anmeldeformular und ausführliches Programm und Übersicht über die **Tagungskosten** unter 2017-11-17-goethaanum-oekonomie-bruederlichkeit.pdf ■

Wege in eine menschengerechte Wirtschaft

10. Nov. 2017 im Musiksaal der Waldorfschule 73035 Göppingen-Faurndau, Ahornstr. 41

Die Arbeitsgruppe Soziale Dreigliederung in Bad Boll veranstaltet an diesem Abend einen Vortrag mit Prof. Dr. Christian Kreiß (Hochschule Aalen) zum oben genannten Thema. Der Eintritt ist frei, Spende erbeten. In diesem Vortrag, der sich auch an ökonomische Laien richtet, werden verschiedene ungünstige wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen dargestellt, die zu der derzeitigen Wirtschafts-, Finanz- und Eurokrise geführt haben. Anschließend werden Wege aufgezeigt, wie wir zu einer menschengerechten Wirtschaft und Gesellschaft kommen können. Insbesondere stellen sich dabei die Fragen: Was können wir gemeinsam tun? Was kann jeder Einzelne tun? ■

Henry George – Ökonomischer Wegweiser durch das 21. Jahrhundert

Tagung anlässlich seines 120. Todestages Berlin, Mittwoch, 1. November 2017

Zeit: 14 bis 18.30 Uhr
Ort: ExRotaprint, Berlin-Wedding

Programm: 14.00: Daniela Brahm (ExRotaprint gGmbH) und Dr. Ulrich Kriese (Stiftung Edith Maryon): Begrüßung und Einführung in das Thema | 14.15: Keynote: Prof. Dr. Ottmar Edenhofer (Potsdam Institut für Klimaforschung, TU Berlin): Georgismus als Leitbild für die nachhaltige Nutzung globaler Gemeingüter? | 15.15: Prof. Dr. Hans Diefenbacher (Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft Heidelberg): Henry George zwischen François Quesnay und Adolf Damaschke | 16.30: Prof. Dr. Dirk Löhrl (Hochschule Trier, Umwelt-Cam-

pus Birkenfeld): Fortschritt und Armut – die Geoklassik von Henry George bis heute | 17.15: Dr. Ulrich Kriese (NABU Bundesverband): Was tun gegen Bodenspekulation und Mietenwahnsinn? „Grundsteuer: Zeitgemäß!“ – Der bundesweite Aufruf zur Einführung einer Bodenwertsteuer | 18.00: Abschlussdiskussion. Moderation: Prof. Dr. Stephan Tomerius (Hochschule für Wirtschaft und Recht, Berlin)

Veranstalter: Initiative „Grundsteuer: Zeitgemäß!“, unterstützt von der Stiftung Edith Maryon, dem Umweltcampus Birkenfeld, der Vereinigung für Ökologische Ökonomie und ExRotaprint

Die Tagung ist **kostenfrei!** Aufgrund einer beschränkten Zahl an Plätzen sowie zwecks Erleichterung der Tagungsorganisation wird bis zum 20. Oktober 2017 um **Anmeldung** per E-Mail gebeten an: Ina Klein, Umwelt-Campus Birkenfeld (Koordinationsstelle): i.klein@umwelt-campus.de oder, alternativ: Fon: + 49 6782 17 1581, Fax: + 49 6782 17 1225 ■

Bodenreform und Staatsfinanzierung

Wuppertal, Samstag 18./19. November 2017

Auch die 60. Mündener Gespräche beziehen sich auf den 120. Todestag von Henry George.

Programm Samstag: 9.15: Begrüßung und Einführung in die Tagung (Dipl.-Volksw. Ass.jur. Jörg Gude) | 9.30: Von den Physiokraten bis zur Neoklassik: Henry George und der vergessene Faktor Land (Dipl. sc.pol. Bernadette Felsch) | 11.00: Bezahlbarer Wohnraum durch Planungswertabschöpfung oder fortentwickelte Sozialbindung aus Art. 14, Abs. 2 GG (Prof. Dr. Fabian Thiel) | 14.30 Staatliche Überschüsse – Spielraum für Steuerentlastungen? (Dipl.-Volkswirt Heinz Gebhardt) | 16.30: Landreform und Staatsfinanzen – zur Single Tax von Henry George (Prof. Dr. Dirk Löhrl) | 20.00: Zeit für informelle Gespräche.

Programm Sonntag: 9.15 Uhr: Henry Georges verstreutes globales Erbe: Was können wir für die Bodenwertsteuer-Diskussion in Deutschland von der Handhabung in anderen Ländern lernen? (David Kapfer, M.Sc.) 10.45 Uhr: Diskussion und Rundgespräch. 12.30 Uhr: Ende der Tagung.

Tagungsort: Silvio-Gesell-Tagungsstätte in Wuppertal. Informationen zur Tagungsstätte gibt es auf der Website <http://www.silvio-gesell-tagungsstaette.de/>, ausführliche Informationen zur **Anmeldung** und ein Online-Formular ab etwa Anfang Oktober 2017 unter <http://www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de/de/muendener-gespraech.html>. ■

Einladung zum Netzwerktreffen 2017

Achberg, 1. bis 3. Dezember

Wie kann Europa zu einer West und Ost verbindenden Brücke werden? – Wie können aus dem Dreigliederungsimpuls Beiträge dazu eingebracht werden?

Begegnungen – Austausch – Aktuelle Fragen – Weiterentwicklung der Vernetzung

Die Konflikte im globalen sozialen Organismus zwischen West und Ost, Nord und Süd werden immer größer. Welche Aktivitäten können beitragen, die bestehenden Klüfte zu überbrücken? Welche können den Tendenzen, die in den Abgrund führen, entgegenwirken? Welche dieser benötigten Aktivitäten können geleistet werden von Initiativen für soziale Dreigliederung und ähnlichen zivilgesellschaftlichen Organisationen, die ebenfalls Ziele anstreben, die zur Gesundung des schwer erkrankten sozialen Organismus führen?

Wir wollen beim diesjährigen Netzwerktreffen in Achberg versuchen, die Antworten, die einzelne Initiativen zu diesen grundlegenden Fragestellungen vielleicht schon bis zu einem gewissen Grad erarbeitet haben, gegenseitig wahrzunehmen, sie zu besprechen und eventuelle Vernetzungsmöglichkeiten zu erkunden.

Konkretisiert werden diese allgemeinen Fragestellungen durch die folgenden Fragen, die sich auf die Aktivitäten der Initiative Netzwerk beziehen: Welche Vernetzung kann diese Initiative jetzt schon leisten und welche neuen Strukturelemente sind erforderlich, damit ein Vernetzungsgrad möglich wird, der notwendig ist, wenn solche sozialen Lebensprozesse initiiert und organisiert werden sollen, die vom sozialen Organismus – einem Lebewesen sui generis – benötigt werden, damit er gesund kann? Wie können in ihm Heilfaktoren wirksam werden, die es ihm immer wieder ermöglichen, dann Heilungsprozesse in Gang zu bringen, wenn aus zunehmendem, sozial ungebändigtem Egoismus Hab-, Macht- und Geltungssucht entstehen, die zu sozialen Krankheits-erregern im sozialen Organismus werden?

Die Kehrseite der zunehmenden Individualisierung der Menschen, die notwendig ist, damit sie sich in Freiheit individuell entwickeln können, ist die immer größer werdende Gefahr, dass der ungezügelte Egoismus von der Gegenwart bis in die Zukunft hinein ins Unermessliche zunimmt und im Sozialen immer zerstörerischer wirkt. Davon spricht Rudolf Steiner am 12.12. 1918 in Bern. Damit dieser Gefahr entgegengewirkt werden kann, ist es notwendig, die soziale Struktur so zu gestalten, dass „ein Gegengewicht da ist für dasjenige, was im Innern des Menschen als antisozialer Trieb wirkt. Daher ist es so notwendig, dass der Mensch in diesem Zeitraum

mit seinem ganzen Wesen ausgegliedert wird von der sozialen Ordnung. Sonst kann das eine und das andere nicht rein sein.“ (R. Steiner am 12.12. 1918 in Bern, GA 186 - S. 165).

Steiner nennt dann ein wenig später die – gemäß den drei Funktionssystemen zu gliedernde – soziale Struktur „Dreigliederung des sozialen Organismus“. Und Joseph Beuys, der bei – von Achberg aus initiierten – Projekten mitgewirkt hatte, gab, im Kontext seines künstlerischen Wirkens, der aus dem Bestehenden heraus zu gestaltenden Gesellschafts-Struktur in der Moderne den Namen „Soziale Skulptur“.

Solange eine bloß individualistische – und das heißt notwendig, eine antisoziale – Anschauung herrscht, die das Soziale nicht als etwas eigenständig Wesenhaftes begreift, solange kommen die Dreigliederungsinitiativen nicht zu einer Organisationsgestaltung, die dem angemessen ist. Steiner hat dieses Wesenhafte im selben Vortrag als das „Urphänomen der Sozialwissenschaft“ – „im Goetheschen Sinne“ gesprochen – elementar vorgestellt. Aus ihm gehe alles Soziale, bis in die größten, komplexesten Strukturen, hervor und bestehe daraus (ebd. S. 176). Wenn wir uns in der Initiative Netzwerk in diesen Grundgedanken verbunden wissen, dann kann der notwendige Organisationsgrad durch die weitere Strukturierung des Netzwerks Dreigliederung erreicht werden.

„Der einzelne steht in einem eng begrenzten Gebiet des Wirkens und Arbeitens drinnen. Wir können nur arbeiten, wir können nur wirken als moderne Menschen durch Organisationen.“ (R. Steiner am 3.10.1919, 1. Vortrag in der GA 191).

Zum Kerngeschehen bei den Netzwerktreffen gehört jeweils der Versuch, Ereignisse der gegenwärtigen Zeitlage zusammenzuschauen und der sich daran zeigenden Handlungserfordernisse gewahr zu werden, sowie das Hören der Berichte über die Aktivitäten einiger Teilnehmer, die oft Unterstützung für ihre Initiative benötigen und erwarten. Das Treffen 2017 wird den Schwerpunkt haben, die beim letztjährigen Treffen in Wuppertal begonnenen Überlegungen weiter zu besprechen. Welche nächsten Schritte wollen wir machen, damit die Initiative Netzwerk Dreigliederung sich als Organisation zeitgemäß weiterentwickeln kann? Dies ist auch deshalb zu bedenken, weil der Dreigliederungsimpuls mit dem „Aufruf“ 1919 in die Öffentlichkeit hinein kam und nun, gemäß der Umlaufzeit geschichtlicher Ereignisse, seine dritte Auferstehung in neuer Gestalt erfährt. Diese Gedanken und diejenigen aus den beiden genannten Vorträgen von Rudolf Steiner können für die Vorbereitung dieser Arbeit auch heute noch hilfreich sein. Ebenso seine Ansprache vom 1.8.1920, in der er das ‚kollegialische Zusammenwirken‘ im Bund für soziale Dreigliederung fordert (siehe: <http://www.dreigliederung.de/essays/1920-08-002>). Wir können eine erweiterte Vernetzung mit denen beginnen, die mit uns in irgendeiner Art verbunden sind.

Herbert Schliffka – Für die Vorbereitungsgruppe im Internationalen Kulturzentrums Achberg

Das Treffen wird von der Dreigliederungsinitiative im Internationalen Kulturzentrum Achberg vorbereitet und in Absprache mit dem Koordinierungskreis der Initiative Netzwerk Dreigliederung verantwortlich gestaltet.

Vorbereitungsgruppe in Achberg: Ingrid Feustel, Christoph Klipstein, Rainer Rappmann, Uwe Scheibelhut; Initiative, Koordination und **Ansprechperson:** Herbert Schliffka: E-Mail: herbert.schliffka@web.de. **Anmeldung** bitte bei dieser Adresse und nicht beim Stuttgarter Netzwerk-Büro.

Buchung von Zimmer und Verpflegung möglichst frühzeitig bei der Tagungsstätte: <http://www.humboldt-haus.de/> (Bitte Formular zur Anmeldung nutzen).

Anfahrtsbeschreibung

<http://www.humboldt-haus.de/> (Bitte Anfahrt anklicken)

Geplanter Ablauf

Beginn am **Freitag, 1. Dezember 2017** mit dem Abendessen um 18:00 Uhr. Empfang ab 16.00 Uhr

Der **Arbeitsprozess beginnt** am Freitagabend **19:30 Uhr**, mit 3 Beiträgen und Gesprächen zum Thema: Welche Dreigliederungsaktivitäten erfordert die gegenwärtige Weltlage? Darstellungen einiger Beobachtungen gegenwärtiger Zeitsymptome und Handlungserfordernisse. Eine Grundlage für unsere Gespräche beim Netzwerktreffen 2017 in Achberg über unsere Initiativen zur Sozialgestaltung aus dem Dreigliederungsimpuls. Referate von Christoph Strawe, Gerald Häfner und Gerhard Schuster sowie Gespräche dazu. Begrüßung und Moderation Herbert Schliffka.

Samstag den 2.12.17:

7:30 – 8:00: Eurythmie mit Monika Klipstein vor dem Frühstück

8:00 – 8.45: Frühstück

9.00 – 13.00 Uhr: Angefragte oder angemeldete 10- bis 20-minütige Berichte, Beiträge und spontane Kurz-Beiträge von Teilnehmern entweder über die Darstellungen von Freitagabend oder über ihre eigenen Aktivitäten und Gespräche zu den Beiträgen. Gesprächsleitung Gerhard Meister. (Pause 10:45 – 11:15 Uhr)

13:00 – 14:00 Uhr: Mittagessen

14:00 – 15:00 Uhr: Frei zu vereinbarende (künstlerische u.a.) Aktivitäten, oder Erholungszeit z.B. bei Spaziergängen in der nahen Umgebung des Humboldt-Hauses in Achberg (sowie an der Ach oder der Argen).

15:00 – 16:30 Uhr: Wenn gewünscht: Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themen.

Besonders auch zum dem Schwerpunkt-Thema: die Weiterführung der beim Treffen 2016 in Wuppertal begonnenen Gespräche darüber, welche nächsten Schritte wir machen wollen, damit die Initiative Netzwerk Dreigliederung sich als Organisation zeitgemäß weiterentwickeln kann? Wenn keine AGs stattfinden, können wir schon in diesem Zeitraum das Plenumsgespräch zum Schwerpunktthema beginnen.

16:30 – 17:00 Uhr: Kaffee-Pause

17:00 – 18.30: Gespräch zum Schwerpunkt-Thema im Plenum. Gesprächsleitung Gerhard Meister

19:30 – 22:15 Uhr: Beiträge von Michaela Glöckler, Paul Mackay und Markus Osterrieder (alle angefragt) und Gespräch im Plenum zum Thema: Wie wirkt der Dreigliederungsimpuls in geänderter Zeitlage? - Wie wirkt er aus der anthroposophischen Bewegung heraus, hinein in Gestaltungsvorgänge im sozialen Organismus? Moderation: Stefan Siber (Wien).

Ab 22.30 Uhr: Filmabend über Joseph Beuys und/oder den Achberger Jahreskongress 1974 mit Rainer Rappmann vom FIU-Verlag und dem Verein „Soziale Skulptur.

Sonntag, den 3. Dezember 2017

Die Eurythmie vor dem Frühstück und das Frühstück finden zur gleichen Zeit wie am Samstag statt.

9.00 – 10:30 Uhr: Podiumsgespräch mit Christian Felber (angefragt), Gerald Häfner und Daniel Schily zum Thema: Ökonomie, Wirtschafts-Assoziationen und das Entstehen und Vergehen des Geldes – Moderation: Rainer Rappmann

10:30 – 11:00 Uhr: Pause – Im Anschluss daran - bis zum Mittagessen um 13.00 Uhr – das Abschlussgespräch: Rückblick auf das Treffen in Achberg sowie Beratung und Vorschläge zur Frage, welche nächsten Schritte die Initiative Netzwerk auf ihrem Weg der Weiterentwicklung der Dreigliederungsvernetzung gehen will. (Im Hinblick darauf geht es beim Treffen in Achberg auch um den Versuch, viele neue Knotenpunkte in einem Netzwerk Dreigliederung anzuregen.)

Mitwirkende

Wir laden alle, die Interesse an der Dreigliederungsarbeit haben, herzlich zur Teilnahme ein. Wir haben auch zahlreiche Dreigliederungsfreunde und Persönlichkeiten aus Bewegungen mit uns nahestehenden Bestrebungen, auch aus den Benelux-Staaten, England und Frankreich, gezielt eingeladen. Wir hoffen auf zahlreiche Zusagen, Beiträge und auf weitere Vorschläge zur inhaltlichen Gestaltung in der Vorbereitungszeit. Angesprochen wurden außer den schon im Ablaufplan Genannten u.a. Henning Köhler, Brigitte Krenkers, Johannes Stüttgen, Markus Osterrieder, Ramon Brüll, Dieter Koschek, Enno Schmidt, Daniel Häni, Henning Kulak-Ublick und Claudine Nierth. ■



Institut für soziale Gegenwartsfragen e.V. Stuttgart

in Verbindung mit der Initiative Netzwerk Dreigliederung

Aufgaben heutiger Friedensarbeit

Forum 3, Gymnasiumstr. 21,
70173 Stuttgart, **6./7. Oktober 2017**

Öffentliches Werkstattgespräch,
Freitag, 6. Oktober 2017, Beginn 19 Uhr

Aufgaben heutiger Friedensarbeit.

Einleitender Vortrag: Prof. Dr. Dr. h.c. Friedrich Glasl, anschließend Kurzbeiträge der Referenten des nächsten Tages und Plenumsdiskussion (Moderation: Ulrich Morgenthaler)

Forschungskolloquium,
Samstag, 7. Oktober 2017

I. 09.00 – 10.30 Uhr: **R. Steiners
Memoranden von 1917 als Friedens-
und Integrationsprogramm.**
Einleitung: Prof. Dr. Albert Schmelzer

II. 11.00 – 12.30: **Eskalationsgefahren und
Deeskalationsmöglichkeiten in aktuellen Konflik-
ten.** Einleitung: Prof. Dr. Dr. h.c. Friedrich Glasl

III. 14.00 – 15.30: **Migration und Integration.**
Einleitung: Prof. Dr. André Bleicher

IV. 16.00 – 17.30: **Schwerter zu Pflugscharen
– Der innere Aspekt der Friedensfrage.** Einlei-
tung: Udo Herrmannstorfer

V. 17.30 – 18.30: **Frieden und Gerechtig-
keit.** Abschlussrunde. Gesprächseinstieg
Prof. Dr. Christoph Strawe

Teilnahme von Gästen, Spenden

Die **Forschungskolloquien** an den Samstagen sind ein Gespräch zwischen Menschen, die sich bereits intensiver mit dem jeweiligen Thema auseinandergesetzt haben. Interessierte Gäste sind als Zuhörer willkommen und herzlich eingeladen. Wir erbitten zur Kostendeckung, und damit zur Ermöglichung der Veranstaltung, eine Spende, die Sie nach eigenem Vermögen und Ermessen ansetzen können.

Stirb und Werde Aspekte einer „Postwachstumsökonomie“

Forum 3, Gymnasiumstr. 21,
70173 Stuttgart, **16./17. Febr. 2018**

Öffentliches Werkstattgespräch
Freitag, 16. Februar 2018, Beginn 19 Uhr

Einleitende Podiumsdiskussion zum Tagungs-
thema mit anschließendem Gespräch im Plen-
um. Teilnehmer: André Bleicher, Hanjo Achatzi,
Udo Herrmannstorfer, Karl Huober (angefragt).
Moderation Ulrich Morgenthaler

Teilnahmebeitrag nach Selbsteinschätzung
(Richtsatz EUR 10)

Forschungskolloquium
Samstag, 17. Februar 2018

I. 9.00 – 10.30 Uhr: **Das Dogma vom
stetigen Wachstum.** Einleitung: Prof. Dr.
André Bleicher, Karl Huober (angefragt)

II. 11.00 – 12.30: **Wachstum und Ent-
wicklung.** Einleitung: Udo Herrmannstorfer,
Prof. Dr. Christoph Strawe

III. 14.00 – 15.30: **Nachhaltigkeit und
Wachstum: ein Widerspruch?** Einleitung:
Udo Herrmannstorfer, Hanjo Achatzi

IV. 16.00 – 17.30: **„Stirb und Werde“ als
ökonomische Kategorie.** Einleitung: Prof.
Dr. André Bleicher, Udo Herrmannstorfer

17.30 – 18.30: **Abschließende Vertiefungs-
runde.** Ergebnisse, Handlungsmöglichkeiten

Kontakt und Anmeldung

Institut für soziale Gegenwartsfragen
e.V. Stuttgart, Libanonstr. 3, 70184 Stuttgart,
E-Mail: Institut@sozialimpulse.de
Internet: www.sozialimpulse.de



Institut für soziale Gegenwartsfragen e.V. Stuttgart

in Verbindung mit der Initiative Netzwerk Dreigliederung

Individualität in sozialer Verantwortung

**Die Auseinandersetzung
mit den antisozialen Kräften
in unserer Zeit**

Forum 3, Gymnasiumstr. 21, 70173
Stuttgart, **15./16. Juni 2018**

Öffentliches Werkstattgespräch
Freitag, 15. Juni 2018, Beginn 19 Uhr

**„Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende
auch...“ Die große Regression: geistige
und soziale Entwicklungen unserer Zeit.**
Vortrag mit anschließender Diskussion:
Udo Herrmannstorfer (Moderation: Ulrich
Morgenthaler)

Teilnahmebeitrag nach Selbsteinschätzung
(Richtsatz EUR 10)

Forschungskolloquium
Samstag, 16. Juni 2018

- I. 9.00 – 10.30 Uhr: **Die soziale Frage
im Wandel. Motive in R. Steiners Wirken
im Jahr 1918.** Einleitung: Stephan Eisenhut
 - II. 11.00 – 12.30: **Quellen des Antisozialen
im Denken, Fühlen und Wollen.
Individuelle und institutionelle Ansätze
zur Selbstkorrektur des Egoismus.**
Einleitung: Prof. Dr. Christoph Strawe
 - III. 14.00 – 15.30: **Wie verstehen wir
das „Urphänomen der Sozialwissen-
schaft“?** Einleitung: Herbert Schliffka
 - IV. 16.00 – 17.30: **Aggression und
Gewaltprävention heute.** Einleitung:
Prof. Dr. André Bleicher
- 17.30 – 18.30: **Abschließende Vertiefungs-
runde. Ergebnisse, Handlungsmöglichkeiten**

Europa: Zerfall oder Erneuerung?

Forum 3, Gymnasiumstr. 21, 70173
Stuttgart, **12./13. Oktober 2018**

Öffentliches Werkstattgespräch
Freitag, 12. Oktober 2018, Beginn 19 Uhr

**Geistige, politische und wirtschaftliche
Aspekte europäischer Identität.** Einleitende
Referate: Udo Herrmannstorfer und Gerald
Häfner. Anschließend Diskussion
(Moderation Ulrich Morgenthaler)

Forschungskolloquium
Samstag, 13. Oktober 2018

- I. 9.00 – 10.30 Uhr: **Ökonomischer
Imperialismus oder Solidarwirtschaft?**
Einleitung Prof. Dr. André Bleicher
 - II. 11.00 – 12.30: **Europa zwischen
Ost und West.** Einleitung Kai Ehlers
 - III. 14.00 – 15.30: **Wege zu
einer neuen Verfasstheit Europas.**
Einleitung Gerald Häfner
 - IV. 16.00 – 17.30: **Horizontale Subsidiarität
und Selbstverwaltung: Entwicklungs-
perspektiven Europas?** Einleitung Udo
Herrmannstorfer und Prof. Christoph Strawe
- 17.30 – 18.30: **Abschließende Vertiefungs-
runde. Ergebnisse, Handlungsmöglichkeiten**

**Teilnahmebedingungen und Anmeldung
siehe vorherige Seite**